

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

#### Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: halbjährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf., frei ins Ausland. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Buzenburger, Bulgarien, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

#### Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Kolonnenzeile über deren Raum 60 Pf., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Berichtigungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das festgedruckte Wort 20 Pf. (zweifach 20 Pf. gedruckt), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenanzeigen und Stellenvermittlungen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 16. Mai 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

## Die sabotierte Altersversicherung.

Aus Paris wird uns geschrieben:

Am 3. Juli dieses Jahres tritt das Gesetz vom 5. April 1910 über die Altersrenten der Arbeiter der Bauern in Kraft. So steht es im Gesetz selbst, aber es kann heute nicht mehr in Abrede gestellt werden, daß die Ausführung auf das allerernsteste gefährdet ist. Die Verhinderung der Altersversicherung, der sich auch die verbittertesten Manchester-Defonomen des Senats und der Deputiertenkammer nicht zu widersetzen wagten, ist das Werk der Arbeiter selbst. Der in der Kleinbürgerlich-anarchistischen Denkweise der Volksmassen wurzelnden mißtrauischen Abneigung gegen alle staatliche Reglementierung gab im Proletariat die von den Revolutionärsyndikalisten betriebene Agitation gegen das Gesetz neue Nahrung. Es mag fraglich sein, inwieweit das Fiasco des Gesetzes der Passivität der Versicherungspflichtigen oder der bewußten Boykottierungstendenz zuzurechnen ist. Tatsache ist, daß die Befürchtungen, die man für die notwendigen organisatorischen Vorbereitungen der Versicherung hegen mußte, verhängnisvoll übertroffen wurden. Trotz aller von der Regierung herabgegebenen populären Belehrungen über die Vorteile des Gesetzes und trotz der Inanspruchnahme der Bürgermeisterämter und der Volksschullehrer zu dieser Aufklärung ist die Anmeldung für die Listen der Versicherten so geringfügig geblieben, daß die Regierung den am 3. Mai ablaufenden Termin um 15 Tage zu verlängern sich gezwungen fühlte, und auch das Ergebnis dieser Verlängerung findet sich als so minimal an, daß die Regierung schon erklären muß, daß sie die Listen von Amts wegen ergänzen lassen wird. Die Verhältniszahl der Versicherungspflichtigen, die ihre Anmeldung vollzogen haben, beträgt bisher kaum fünf Prozent, oft noch erheblich weniger — und dieses Ergebnis wird in den großen industriellen Zentren nicht minder als in den Kleinbürgerlichen und ländlichen Bezirken verzeichnet. Alle Schwierigkeiten in Betracht gezogen, womit ein so kompliziertes Gesetz eine so große Volksmasse in seinen Bereich ziehendes Gesetz bei seiner Durchführung rechnen muß — so bedeutet ein solches Resultat doch eine völlige Vereitelung seiner Zwecke. In diesem Sinne erheben denn auch die Anarcho-Syndikalisten ein wahres Triumphgeschrei, während die großkapitalistische Presse nicht minder unterhohlen jubelt, daß das „unpopuläre“ Gesetz nun abgetan ist. Schon werden für das Parlament Anträge angekündigt, wonach es formell außer Kraft gesetzt und durch ein auf die Selbsthilfefassen gestütztes System einer fakultativen Versicherung ersetzt werden soll. Trotzdem die eigentliche radikale Parteipresse das Gesetz verteidigt, ist die Durchsetzung dieser Absichten keineswegs unmöglich und der leidenschaftliche Eifer ist wohl beargwünzlich, womit *Yaurès* in der „Humanité“, in energischer Polemik namentlich gegen das neue syndikalistische Tagblatt „La Bataille Syndicaliste“ den Arbeitern die Notwendigkeit, die Durchführung des Gesetzes zu sichern, darzulegen strebt.

Rekapitulieren wir kurz die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes:

Die Altersversicherung umfaßt zwei Gruppen: die der obligatorisch und die der fakultativen Versicherten. Zur ersten gehören alle über 13 Jahre alten Arbeiter und Angestellten der Industrie, des Gewerbes, des Handels, der Landwirtschaft und der öffentlichen Körperschaften sowie die Diensthöfen und Tagelöhner — bis zu einem Jahreseinkommen von 3000 Frank, zur zweiten die Angestellten bis zu einem Gehalt bis 5000 Frank, die Pächter, kleinen Landwirte und gewerblichen Unternehmer, die nur einen einzigen Arbeiter beschäftigen.

Die Kosten der obligatorischen Versicherung werden getragen: 1. Durch den Beitrag des Versicherten. 2. Durch den Beitrag des Unternehmers. 3. Durch einen Zuschuß des Staates. Der Beitrag des Arbeiters und des Unternehmers ist gleich. Er beträgt 9 Frank jährlich (3 Centimes für den Arbeitstag) für den erwachsenen männlichen Arbeiter, 6 Frank für die Arbeiterin, 4½ Frank für jugendliche Arbeiter unter 18 Jahren. Der Abzug des Unternehmerbeitrags vom Lohn ist verboten, im Fall von Krankheit und Arbeitslosigkeit entfällt die Beitragspflicht, aber die Rente wird entsprechend vermindert. — Der Beitrag des Staates beträgt 60 Frank.

Der Rentenbezug beginnt mit dem 65. Jahr, kann aber auch schon mit 55 Jahren beansprucht werden. Der Rentenbetrag ist verschieden, je nachdem der Beitrag als „reserviertes“ oder „veräußertes“, der allgemeinen Masse zugeführtes Kapital angelegt wurde. Der Höchstbetrag der Rente (für Personen, die am 3. Juli d. J. 13 Jahre alt sein werden) beträgt bei „reserviertem“ Kapital 342,35 Frank, bei veräußertem 400,20 Frank für Männer; 276 bzw. 317,35 Frank für Frauen. Mit 55 Jahren beträgt die Rente 132,45 bzw. 150,95 Frank und 107,70 bzw. 122,30 Frank. — Für die Ubergangsperiode sind besondere Bestimmungen getroffen. So zählt der Staat allen über 65 Jahre alten Arbeitern, auch wenn sie keinen Beitrag geleistet haben, nach dem Inkrafttreten des Gesetzes eine Rente bis zum Betrag von 100 Frank. Von Wichtigkeit ist ferner folgende Bestimmung: Die Witwe eines Arbeiters unter 64 Jahren empfängt vom gleichen Datum an drei Monate hindurch je 50 Frank.

Die finanzielle Basis der Versicherung ist das — allerdings beträchtlich variierte Kapitalisationsverfahren.

Dieses im Vorstehenden analysierte Gesetz hat in allen seinen Hauptpunkten von Seiten der Arbeiter eine strenge und sicher im ganzen wohlverdiente Kritik erfahren. Sicher ist das Bezugsalter von 65 Jahren viel zu hoch — „die Totenrente“ sagt ein rasch volkstümlich gewordenes Schlagwort —, der Rentenbetrag viel zu niedrig. Die Invaliditätsversicherung ist nur in einem ganz jämmerlichen Ausmaß da. Die heftigsten Angriffe aber wurden gegen den Arbeiterbeitrag und gegen das Kapitalisationsverfahren gerichtet. In der sozialistischen Partei war es besonders Jules Guesde, der die Beitragspflicht der Arbeiter als einfach unannehmbar erklärte. Gegen das Kapitalisationsverfahren wendeten sich die Anhänger der anarcho-syndikalistischen Konföderationsmehrheit mit dem Argument, daß das angesammelte Kapital vom Bourgeoisstaat für militärische Zwecke in Beschlag genommen werden würde — ein Einwand, der im Hinblick auf die für seine Verwendung getroffenen Bestimmungen — es soll namentlich die Errichtung von Volkswohnungen gefördert werden — wenig stichhaltig erscheint. Der Konarx der vereinigten sozialistischen Partei in Nimes, der im Februar des vorigen Jahres stattfand, beschloß nach eingehender Diskussion, daß die Fraktion für das Gesetz stimmen, sofort jedoch mit der Partei eine Aktion für seine Verbesserung einleiten solle. Demgemäß stimmten die Deputierten für die Vorlage — bis auf Jules Guesde, der allein seinen prinzipiellen Widerstand aufrechterhielt. Am 23. Januar dieses Jahres beantragte Guesde in der Deputiertenkammer in einer leidenschaftlichen Rede, den Arbeiterbeitrag abzuschaffen und durch eine progressive Besteuerung der Nachlässe über 100 000 Frank zu ersetzen. Guesde erklärte, daß der Abzug des Beitrags vom Lohne durch die Unternehmer in den Industriegegenden Aufstände gleich dem in der Champagne hervorgerufen werde. Die Dringlichkeit seines Antrags wurde mit 390 gegen 178 Stimmen abgelehnt. — Die Arbeiterkonföderation ihrerseits hat auf ihrem Kongress in Toulouse im letzten Oktober eine Agitation gegen das Gesetz beschlossen.

Im Augenblick stehen nun die Dinge so, daß das Gesetz, dessen Durchführung durch ein umständliches Klebeverfahren zweifellos überflüssig erschwert wird, tatsächlich von der über-großen Mehrheit der an der Altersversicherung Interessierten durch eine passive Resistenz sabotiert wird. Unter den Motiven, die dabei wirksam sind, spielt zweifellos die Abneigung gegen die Beitragsleistung eine weitaus größere Rolle als die Ablehnung der Kapitalisation, die ein gar nicht vorhandenes Interesse für die Details des Gesetzes voraussetzt, vor allem sind es aber die niedrigen Rentensätze und das hohe Bezugsalter, die die Feindseligkeit der Arbeitermassen bestimmen. Es ist interessant, daß die syndikalistischen Kritiker die Einwände gegen den Arbeiterbeitrag jetzt in den Hintergrund stellen oder überhaupt fallen lassen. Jaurès kann in der „Humanité“ sogar die sicher merkwürdige Tatsache feststellen, daß auch der bekannte Syndikalist *Pouget*, einer der Seniores des französischen Anarchismus, nur für eine vom Parlament durchzuführende Reform der staatlichen Versicherung eintritt — was freilich nur ein neuer Beweis dafür ist, in welchen Widersprüchen sich der „Anarchismus“ und „Antiparlamentarismus“ herumtreibt. Sicher aber hat Jaurès recht, wenn er gegen die Agitation der revolutionären Gesetzesgegner einwendet, daß ihr Erfolg keineswegs die Verbesserung des Gesetzes, sondern den Verzicht der bourgeois Weaner, an die Stelle der Zwangsversicherung irgend-ein selbsthilferisches, humanitär aufgeputztes System zu setzen, zur Folge haben werde. Es ist in der Tat ein sehr gefährliches Unternehmen, den ersten, bei all seinen Schwächen groß angelegten Versuch einer sozialen Versicherung, der in der Republik unternommen worden ist, zum Scheitern zu bringen, besonders in einem Zeitpunkt, da die sozialreaktionären Elemente inmitten einer korumpierten öffentlichen Meinung zu einer Angriffstaktik überzugehen bereit scheinen.

## Zur Stuttgarter Wahl.

Wer da gemeint hätte, der württembergische König und seine Regierung würden froh sein, der Stellungnahme zur Verfestigung eines sozialdemokratischen Bürgermeisters entgehen zu sein, hätte das Massenbewußtsein dieser Faktoren und ihre Entschlossenheit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie erheblich unterschätzt. Welchen Wert sie darauf legen, zu betweisen, daß sie durchaus in jenem Sinne gehandelt hätten, die die preussischen Junker von ihnen erwarten und fordern, zeigt folgende Auslassung des „Württembergischen Staatsanzeigers“:

Das Festhalten an der Kandidatur *Red* seitens des demokratischen Ortsausschusses und einzelner leitender Persönlichkeiten wurde in weiten Kreisen der Bürgerschaft als Quertreiberei empfunden. Jedenfalls hat sich gezeigt, daß man an jener Stelle die Stimmung in der Bürgerschaft durchaus unrichtig eingeschätzt hat. Wenn von jener Seite für die Aufrechterhaltung der Kandidatur *Red* zeitweise auch der Gedanke geltend gemacht worden ist, daß dadurch der radikalere Teil der Bürgerschaft von einer Abstimmung für die Sozialdemokratie abgehalten werde, so ist die Wahr-

scheinlichkeit, daß eine solche Gefahr im ernstlichen Maße bestand, gar nicht groß; aber man braucht darüber nach dem jetzigen Wahlausgang nicht weiter zu rechten. Der Sieg, den die Stuttgarter Bürgerschaft errungen hat, ist hoch erfreulich. Er hat den politischen Ruf der württembergischen Hauptstadt vor dem Reiches gerettet. Der Anspruch sozialdemokratischer Massen Herrschaft ist zurückgewiesen, wodurch die weitere aufwühlende Agitation ferngehalten und der Haupt- und Residenzstadt eine ruhige und gedeihliche Entwicklung gesichert ist. Es wird der Bürgerschaft überall zum Ruhme angerechnet werden, daß sie ihre Sache nicht auf einen Eingriff der Staatsregierung und der Krone und auf die unabsehbaren Wirnisse eines wiederholten Wahlganges ankommen ließ, sondern mit Tatkraft und Entschlossenheit selbst in die Hand genommen hat.

Es ist also sicher, daß Genosse Lindemann die königliche Bestätigung unter keinen Umständen erhalten hätte. Man hätte es lieber auf „die Wirnisse eines wiederholten Wahlganges“ ankommen lassen, also auch die Wiederwahl Lindemanns mit der Nichtbestätigung beantwortet. Damit ist in dankenswerter Weise volle Klarheit geschaffen. Die Monarchie hat sich selbst wieder in schärfsten Gegensatz zum Willen des Volkes gestellt. Um so lächerlicher und würdeloser wäre es, wenn sich in der Partei noch ein Verteidiger freiwilliger Loyalitätsbezeugungen und byzantinischer Liebedienereien fände. Die Proklamation des „Württembergischen Staatsanzeigers“ ist zugleich die beste Kritik jener Taktik, die den Wahlkampf mit einer Debatte über Repräsentationspflichten beginnen zu müssen glaubte.

Ueber die Wahl selbst wird uns aus Stuttgart geschrieben:

Wie vorausgesehen war, hat die Stuttgarter Bürgermeisterwahl mit ihren eigenartigen Begleitumständen zu Auseinandersetzungen in der Parteipresse und in Versammlungen geführt. Der „Vorwärts“, die „Neue Zeit“, die „Leipziger Volkszeitung“, das „Hamburger Echo“, das „Volkblatt für Halle“ und noch eine ganze Anzahl anderer Parteiblätter haben die Art, wie die Kandidatur des Genossen Dr. Lindemann, unseres bekannten Kommunalpolitikers, zustande gekommen ist, für mehr oder minder Bedenklich erachtet. Andere Parteiblätter, u. a. die „Frankl. Tagespost“, das Heilbronner „Redar-Echo“, Karlsruhe „Volksefreund“, „Wälder Post“ usw. haben die Kandidatur Lindemanns mit Jubel begrüßt. So schrieb z. B. das Heilbronner „Redar-Echo“ am Tage der Wahl unter der Ueberschrift: „Der große Tag“:

„Wenn heute abend noch dem Schluß der Wahlhandlung in Stuttgart die Wahlausgänge ihre Zäharbeit beginnen, dann werden die Hände in zitternder Erregung über den Zettelhaufen streichen, der höher und höher wächst und endlich den Namen Lindemann im Kampfe um das Amt des Stadtvorstandes der württembergischen Landeshauptstadt zum Siege tragen wird. Und um allen, denen die Erwartung in den Fingerringen krabbelte, wird die Nachricht des Erfolges als einer der größten Augenblicke erscheinen, den die Parteigeschichte dereinst aus den Jahren der Gegenwart zu nennen weiß: zum ersten Male weht die Fahne der Arbeit vom Rathaus einer deutschen Stadt und einer Großstadt dazu, zum ersten Male ergreift einer unserer Besten Besitz von der leitenden Stellung in einer Königsresidenz.“

Nur mühsam vermag sich unser an nächsterns Gelassenheit gewöhntes Gehirn an die riesenhafte Bedeutung dieser Entscheidung zu gewöhnen, erst allmählich erkennen wir, welche ungewaltige Kraft aus dieser Stunde strömt. Das Volk der Arbeit wird einen Triumph feiern, den erst das sichere Zeitmaß reisender Entfremdung in seiner ganzen Größe zeigen wird“ usw.

Auf der einen Seite schwere Bedenken, auf der anderen überschwengliche Hoffnungen. Der Ausfall der Wahl hat mächtig auf beide gewirkt. Die Notwendigkeit, Klarheit in dieser Frage zu schaffen, wird dadurch allerdings nicht berührt. Leider ist durch den Genossen Dr. Lindemann selbst am Abend des Wahltages noch eine polemische Schärfe in die unausbleiblichen Auseinandersetzungen hineingetragen worden, die vielleicht besser unterblieben wäre. Nach dem Bericht der „Schwab. Tagwacht“ vom 13. Mai hat Genosse Dr. Lindemann die Nachricht seiner Nichtwahl „mit vornehmer Ruhe und überlegenem Humor“ angenommen. Die Ansprache, die er an die zur Entgegennahme des Wahlergebnisses Versammelten richtete, läßt leider diese „vornehme Ruhe und überlegenem Humor“ vollständig vermissen. Für den Mißerfolg glaubte er „zwei Punkte von weitestgehender Bedeutung“ besonders hervorheben zu müssen. Als ersten Punkt nannte er die Stellungnahme des vollparteilichen Landtagsabgeordneten *Dießing* gegen die Sonderkandidatur seiner Partei; ein Punkt, der später noch kurz besprochen werden soll. Weiter führte Genosse Dr. Lindemann aus:

„Nun glaube ich aber noch einen Punkt hervorheben zu müssen. Ich glaube, wir sind es unserer Partei schuldig, daß wir heute abend auf diesen Punkt hinweisen. Genosse *Wessmeyer* hat mit Recht darauf hingewiesen, daß in einem solchen Wahlkampf die Geschlossenheit der Organisation die erste Voraussetzung jedes Erfolges ist. Bestand diese Geschlossenheit bei uns? Womit haben in den letzten Tagen der „Kultur“, das „Volkblatt“, das „Tagblatt“, der „Vorwärt“, die „Reichspost“ und alle übrigen bürgerlichen Blätter des Landes ihre Spalten gefüllt? Parteigenossen! Mit Auszügen aus der „Leipziger Volkszeitung“, aus dem „Vorwärts“, aus der „Neuen Zeit“ und anderen Parteiblättern. Das ist keine Geschlossenheit der Organisation! Man kann über mancherlei Dinge eine verschiedene Ansicht haben, auch über die Taktik. Aber wenn eine lokale Organisation einen solchen Niesenkampf unternimmt, dann ist es die politische Pflicht der

übrigen Parteigenossen, während der Dauer des Kampfes zurückhalten. Ich bedauere, daß das nicht geschehen ist. Wenn man die Presse verfolgt hat, so konnte man beobachten, daß sie bei ihren Angriffen auf uns fast ausschließlich gelebt hat von dem, was in der sozialdemokratischen Presse geistanden hat."

Es ist nicht Aufgabe des Schreibers dieser Zeilen, die vom Genossen Dr. Lindemann schwer angegriffenen Parteiblätter zu verteidigen. Das können diese selber viel besser besorgen. Aber das eine muß festgestellt werden: Die Schlussfolgerung Lindemanns, daß die Ausnützung der Artikel der genannten Parteiblätter durch die bürgerliche Presse wesentlich mit beigetragen habe zum Mißerfolg der Wahl, ist falsch! Eher liege sie auf dem Gegenteil. Es sind andere, tieferliegende Ursachen gewesen, die den Wahlausfall herbeigeführt haben.

Volle Klarheit wird erst geschaffen werden, wenn das Protokoll der Versammlung, in der Genosse Dr. Lindemann zum Kandidaten proklamiert wurde, der Parteigenossenschaft Deutschlands zur Kenntnis gebracht worden ist. Wie bekannt, sind bereits in dieser Versammlung schwere Bedenken und Einwände gegen die Kandidatur Lindemanns auf Grund der von Lindemann gegebenen Erklärung laut geworden. Daß wenige Tage vor der Wahl von einem ausführlichen Bericht abgesehen wurde, ist verständlich. Jetzt nach der Wahl dürfte der Veröffentlichung des Protokolls nichts mehr im Wege stehen.

Aber auch die Tatsachen, die bisher bekannt geworden sind, lassen klar erkennen, daß die Anschuldigung Lindemanns unrichtig ist. Lassen wir diese Tatsachen sprechen:

Der bisherige Oberbürgermeister Stuttgarts, v. Gauß, gehörte der fortschrittlichen Volkspartei an. Er war zeitweise als „parteilos“ gewählt worden. „Krankheitshalber“ legte er sein Amt nieder. Am 12. Mai fand die Neuwahl statt. Wahlberechtigt sind alle Gemeindeglieder. Die hauptsächlichsten Voraussetzungen für die Erwerbung des Gemeindegliederrechts sind: Staatsangehörigkeit, dreijährige Steuerzahlung am Ort. Die Bürgerrechtsgebühr beträgt 2 M. Die Wahl ist direkt, gleich und geheim. Bei mehr als zwei Kandidaten genügt die relative Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Wahl bedarf der Bestätigung durch den Räte. Die Verfassung der Bestätigung braucht nicht mit Gründen versehen zu sein. Wegen der Verfassung gibt es keine Beschwerde. Im Falle der Wiederwahl im zweiten Wahlgang ist die Verfassung der Bestätigung nur erforderlich, wenn die Wiederwahl mit zwei Dritteln der Stimmen erfolgt ist.

In diesem Wahlkampf standen sich zunächst fünf Kandidaten gegenüber. Die Auffstellung des Genossen Dr. Lindemann bewirkte, daß drei der bürgerlichen Kandidaten ihre Bewerbung zurückzogen. Zwei bürgerliche Kandidaten blieben, der national-liberale Regierungsrat Lautenschlager, dessen Kandidatur auch von den Konservativen und dem Zentrum unterstützt wurde, sodann der von der fortschrittlichen Volkspartei auf den Schild erhobene Oberbürgermeister Dr. Reck von Göttingen. Alle Anträge wurden auf bürgerlicher Seite, eine Einigung auf einen Kandidaten herbeizuführen, scheiterten. Die Volkspartei rechnete offenbar so: Eine Zurückziehung der Kandidatur Reck wird vielleicht einen Teil unserer Wähler ins sozialdemokratische Lager treiben. Damit ist die Wahl Dr. Lindemanns gesichert. Bei absoluter Stimmenmehrheit ist die Bestätigung Lindemanns möglich. Wird die Bestätigung versagt, so stehen sich im zweiten Wahlgang nur noch der Sozialdemokrat und der Nationalliberale gegenüber. Die Volkspartei scheidet aus. Sollten wir unsere Kandidatur aufrecht, so besteht die Möglichkeit, daß im zweiten Wahlgang die Sozialdemokratie sich für unseren Kandidaten entscheidet nach dem Rezept des „kleineren Übels“. Inwendige Uneinigkeit, dem Sozialdemokraten zum Siege zu verhelfen, wird auch der größte Optimist der Volkspartei nicht zutrauen.

Die tatsächlichen Berechnungen der Wahlleiter der Volkspartei für die sozialparteiliche Abgeordnete und Vorstand der Landtagsfraktion Liesching, der in einer Wahlersammlung des gegnerischen Kandidaten Lautenschlager seine Parteifreunde aufforderte, bereits im ersten Wahlgang für diesen zu stimmen. Gegen Liesching wandte sich außer dem Vorstand des sozialparteilichen Vereines auch der Kandidatkollege Gaußmann. Ob durch dieses Zwischenspiel ein erheblicher Teil der sozialparteilichen Wählerschaft, der sonst vielleicht für Reck gestimmt hätte, bereits im ersten Wahlgang ins Lager der nationalliberal-zentrumsliberal-konservativen Oberhäufen getrieben worden ist, läßt sich mit Sicherheit natürlich nicht sagen.

Die Sozialdemokratie konnte auf den Sieg hoffen. Bei der Bürgerauswahl (Stadtverordneten-)Wahl im Dezember 1910 stellte sich die zahlenmäßige Stärke der Parteien folgendermaßen dar: Sozialdemokratie 10 219 Wähler, Nationalliberale 8566, Volkspartei 4181, Konservative 1864, Zentrum 1377. Den 10 219 sozialdemokratischen Stimmen standen also 9506 nationalliberale, konservative und Zentrumsstimmen gegenüber. Die Volkspartei mit ihren 4181 Stimmen konnte zunächst aus der Wahrnehmung ausschließen.

Die Wahl endete bekanntlich mit dem Siege Lautenschlagers. Er erhielt nach vorläufiger Zählung 13 154 Stimmen, Genosse Dr. Lindemann 12 236 Stimmen, der sozialparteiliche Kandidat Reck 3365 Stimmen.

Die Wahlbeteiligung war außerordentlich stark. Von 33 565 wahlberechtigten Bürgern haben 28 537 = 86 Proz. abgestimmt. Die Sozialdemokratie hat sich glänzend geschlagen. Seit der Bürgerauswahlwahl 1910 hatte sich die Zahl der wahlberechtigten Bürger um 1614 erhöht. Die Mehrzahl dieser Neubürger dürfte ihrer sozialen Stellung nach den bürgerlichen Parteien zuzurechnen sein. Trotzdem stieg die Stimmengahl der Sozialdemokratie von 10 219 auf 12 237, also um mehr als 2000. Wir haben unsere Wählerzahl nicht nur um die Zahl der Neubürger, sondern noch darüber hinaus erhöht.

Den weitaus größten Teil unseres Wählerzuwachses haben wir aus dem Proletariat herausgeholt. Die ganze Werbearbeit der sozialdemokratischen Vereine, die zu der starken Steigerung seiner Mitgliederzahl geführt hat, offenbart sich auch in unserer Wählerzahl. Auch Genossen, die an der Kandidatur Dr. Lindemanns infolge der Erklärung Lindemanns über die Ausübung seiner Repräsentationspflichten und den Verlehe mit der Krone wie auch über die Beiseitenschiebung der Beschlüsse der Organisation keine Freude hatten, haben Disziplin gehalten und getan, was in ihren Kräften stand, um den Beschluß der Versammlung zur Durchführung zu bringen.

Ein großer Rechenfehler hat sich aber in die Wahlkalkulation eingeschlichen: Der Bezug auf bürgerlichen Lager ist vollständig ausgeblieben! Von den eifrigsten Bewerbern der Kandidatur Lindemanns ist wiederholt und mit allem Nachdruck der sicheren Erwartung Ausdruck gegeben worden, daß wir aus jenen Kreisen namhaften Zugzug erhalten würden. Diese Erwartung hat auch der Wahlkalkulation den Stempel aufgedrückt, und die Parteileitung hat wohl mit voller Absicht dieser Färbung der Agitation sich nicht widersetzt, um die Probe aufs Exempel nicht zu scheitern. Sie hat den Genossen, die mit dem Genossen Lindemann in der Frage

der höchsten Repräsentation und der Beachtung der Beschlüsse grundsätzlicher Natur der örtlichen Organisation auf einem Boden stehen, vollständig freie Hand gelassen. Und der Erfolg dieser auf bürgerliche Kreise berechneten Agitation? Er ist gleich Null, wie der Wahlausfall zur Evidenz beweist.

Man nehme zum Beispiel den Aufruf vom Tag vor der Wahl zur Hand. Er füllt eine halbe Seite der „Schwäb. Tagwacht“. Doch die Sozialdemokratie wird darin nicht erwähnt, das Wort wird sorgsam vermieden. Man umschreibt: „Das Programm einer bestimmten Partei“ sei dem Amt des Bürgermeisters nicht schädlich usw., man spricht von dem „besonderen politischen Standpunkt“ des Kandidaten, von „politisch freiheitlicher Politik“, wenn es hoch kommt von „unserer Partei“. Das ist alles. Nur einmal kommt das Wort „sozialdemokratisch“ zur Anwendung — nämlich in der Unterschrift: „Das sozialdemokratische Wahlkomitee.“

In dieses Fach gehört auch die wiederholte Erklärung des Genossen Dr. Lindemann, daß er bei Ausübung des Amtes stets unparteiisch entscheiden und sich durch keinerlei Einwände beeinflussen lassen werde, „mögen sie kommen, von welcher Seite sie wollen“, gehört die Erklärung, daß er Beschlüssen grundsätzlicher Natur des Ortsvereins sich nicht beugen könne, daß sie ihn an der Ausübung des Amtes als Oberbürgermeister hindern würden.

Bei dieser Gelegenheit sei ein starker Irrtum der „Partei-korrespondenz“ richtig gestellt. Vor einiger Zeit hat aus einem bestimmten Anlaß eine sehr stark besuchte Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereines Stuttgart beschlossen, daß die Stuttgarter Gemeindevereinerfraktion bei wichtigen Entscheidungen, soweit das möglich sei, zuvor den Willen der Parteigenossenschaft einholen möge. Die Wiederwahl eines arg kompromittierten Gemeindevereiners, die in Stuttgart und darüber hinaus Erregung verursacht hat, hatte zu diesem Beschluß geführt. Daß diese Resolution, die ein enges und tatkräftiges Zusammenarbeiten der Fraktion und der Parteigenossenschaft auch in tatsächlichen Fragen bezweckt, für den Oberbürgermeister nicht anwendbar ist, liegt auf der Hand. Die Parteileitung und die Vertrauensleute der Partei hatten sich deshalb in ihrer von der Versammlung abgelehnten Resolution zur Kandidatur Lindemanns darauf beschränkt, nur die Anerkennung der Beschlüsse grundsätzlicher Natur, die für jeden Parteigenossen gelten, zu fordern. Hierin gehören zum Beispiel Bestrebungen zur Abschaffung lokaler Verbrauchssteuern, zur Ausdehnung des Frauenwahlrechts und der Anteilnahme der Frauen an der Gemeindeverwaltung usw. Hierin gehört auch die Stellungnahme der Stuttgarter Organisation gegen die Verletzung des republikanischen Geistes unseres Programms und der betreffenden Parteitagbeschlüsse. Das ist in der Versammlung wiederholt und ausdrücklich festgelegt worden.

Alles in allem: in der Wahlagitacion ist nichts versäumt worden, bürgerliche Kreise zu gewinnen. Ernstlich kann auch nicht bestritten werden, daß die Kritik einer Anzahl „radikaler“ Parteigenossen und Blätter an dieser Taktik den kritisierten dem Bürgerum nicht unschonlicher, sondern im Gegenteil annehmbarer hätte machen müssen. Ist das nicht geschehen, so liegt die Schuld nicht an den beschuldigten Parteiblättern, die Ursachen müssen tiefer liegen. Und dem ist so.

Wenn etwas an der Stuttgarter Stadtvorstandswahl imponiert, so die wuchtige Manifestation des bürgerlichen Klasseninstinkts! Man beachte wohl: der Wahl voraus ging eine Kauferei der bürgerlichen Parteiführer um die Kandidatur, die Kauferei in der bürgerlichen Presse, die Käuferei der Leiter der einzelnen Parteien untereinander. Der Kandidat Lautenschlager ist durchaus kein Mann, der den Bürgermann begeistern könnte; er ist ein Bureaukrat, der freien Rede kaum mächtig. Ob er dem Amt gewachsen sein wird? Die Bürgerschaft dafür wied kaum einer seiner Wähler ernstlich übernehmen wollen. Die Wahlagitacion der bürgerlichen Parteien beschränkt sich in der Hauptsache auf persönliches Herunterreißen der eigenen Kandidaten. Man fürchtete schließlich allgemeine Wahlverdrossenheit der bürgerlichen Kreise, auch ein Abströmen der Verärgerten ins sozialdemokratische Lager. Doch was erleben wir: Die Wahlbeteiligung der bürgerlichen Wähler ist weit stärker denn jemals zuvor. In einzelnen Bezirken steigt sie über 90 Proz. Halb-tote lassen sich ans Wahllokal fahren, um dort ihren Stimmzettel abzugeben — gegen die Sozialdemokratie! Was kümmert sie die Streiterei der Parteiführer, was schert sie die Qualität der Kandidaten. Sie können nur eine Pflicht, gegen die Sozialdemokratie zu stimmen! Lautenschlagers Kandidatur scheint eher geeignet, die Sozialdemokratie zu werfen — also stimmt man für Lautenschlager. Wäre ein Simburger Käse ein sicheres Mittel gewesen, den Ansturm der Sozialdemokratie abzu-schlagen, man hätte den gewollt.

Dieser Klasseninstinkt hat allerdings auch die Wahlbewegung auf unserer Seite beeinflusst. Nichts ist falscher als die Proklamierung der Kandidatur des Genossen Dr. Lindemann zu einem Sieg des „Revisionismus“, wie es in bürgerlichen Blättern geschrieben ist. „Unter keinen Umständen für einen bürgerlichen Kandidaten!“ das war die Stimmung weiter Kreise in der Stuttgarter Parteigenossenschaft. Und da stimmte man, unbekümmert um Erklärungen und Warnungen, für den einzigen Kandidaten, der ernsthaft in Frage kommen konnte.

Ein schwerer Fehler — das muß ausgesprochen werden — hat auch die Stuttgarter Parteileitung begangen, deren Vorsichtiger Westmeyer begangen. Statt die Parteigenossen früh genug über die prinzipielle Bedeutung der Wahl aufzuklären, wurde die Behandlung der Frage in einer Versammlung bis acht Tage vor der Wahl hinausgeschoben. Wohl ist richtig, daß die Erklärung der von vier Redakteuren der „Tagwacht“ provozierten öffentlichen Parteipressestellen durch die Vertrauensmänner der Organisation loyale Zeit in Anspruch genommen hat. Wichtig ist auch, daß die Einmündigung der Behandlung der Kandidatenfrage zur Vereinerlichung der bürgerlichen Parteien wesentlich beigetragen und — bei der tatsächlichen Schlagfertigkeit der eigenen Parteileitung — bei Aufstellung eines eigenen Kandidaten die Aussicht auf Erreichung des Mandats vergrößern, bei Unterfaltung eines bürgerlichen Kandidaten die Auswahl unter diesen sowie das Maß von Zugeständnissen seitens dieser steigern mußte. Das alles ist richtig. Aber alle tatsächlichen Feinheiten wiegen rechtzeitig prinzipielle Aufklärung nicht auf. Und daran hat es gefehlt.

Die völlig falsche Beurteilung der politischen Situation, die die Ausführungen des Genossen Lindemann gegen den „Vorwärts“ erkennen lassen, findet sich auch in der „Schwäbischen Tagwacht“, im „Karlsruher Volksfreund“ und in überflüssig ruppiger Weise auch im „Heilbronner Redar-Voh“, dessen gänzlichen Mangel an politischem Augenmaß die früher zitierte Stelle über die Bedeutung der Stuttgarter Wahl so possierlich verrät. Unsere Stuttgarter Korrespondenz hat ja das Verlehte dieser Behauptungen bereits

nachgeliefert. Wir möchten nur hinzufügen, daß unserer Meinung nach die angeführten Parteiblätter der Partei einen weit besseren Dienst leisteten, wenn sie statt der noch dazu ungerechtfertigten Klagen über die Absprengung einiger Mitglieder die Parteigenossen auf die sehr beherzigenswerten und wichtigen Lehren hinwiesen, die aus der Wahl über die Schärfe des Klassenkampfes zu ziehen sind. Wir meinen, gerade diese Wahl wäre sehr geeignet, schädliche Illusionen zu zerstören, und solcher Hinweis wäre weit nützlicher und fruchtbringender, als die Trauer um ein paar entgangene Stimmen. Gerade Genosse Lindemann, der bei der Kürze der Wahlzeit den Klassencharakter unseres Kommunalprogramms vielleicht nicht immer mit der nötigen Schärfe hervorheben konnte, hätte jetzt Gelegenheit, bei Besprechung der Lehren der Wahl das Versäumte nachzuholen.

Im übrigen können wir nur wiederholen, daß einem jeden Versuch, einzelne Genossen von der Kontrolle der Gesamtpartei und ihrer zuständigen Instanzen zu entziehen, stets mit der nötigen Entschiedenheit und Festigkeit entgegengetreten werden wird. Wollten die Genossen, die jetzt ihren Ärger über enttäuschte Illusionen an uns auslassen, solche Diskussionen vermeiden, dann hätten sie es unterlassen müssen, die Stuttgarter Parteiversammlung zu einem mindestens zweideutigen Beschluß fortzuführen.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 15. Mai 1911.

### Arbeiterfeindliche Gesetzesmacherei.

Aus dem Reichstag, 15. Mai. Es wird weiter entredet im Reichstag. Ohne viel zu reden, ohne mit der Wimper zu zucken, werden den Arbeitern bei der Beratung der Reichsversicherungsordnung Rechte genommen, die sie jetzt besitzen haben, Rechte vorenthalten, die sie bei Neuordnung der Verhältnisse naturgemäß erhalten müßten. So unüberlegt verfährt dabei der Entredungsblock, daß Genosse Mollenbuh heute im Laufe der Verhandlungen mit vollem Recht voraussetzen konnte, daß nach Inkrafttreten des Gesetzes seine Urheber in vielen Fällen durch die Praxis mit der Rolle darauf gestoßen werden würden, welchen Wider-sinn sie beschlossen haben.

Zunächst handelte es sich um einen Versuch der Sozialdemokraten, das Oberverwaltungsgericht als Instanz der Rechtsprechung im Verwaltungsstreitverfahren bei Beschwerden gegen das Versicherungsamt einzuführen. Genosse Heine wies darauf hin, daß zwar das Oberverwaltungsgericht keineswegs ein idealer Gerichtshof sei. Es gewähre aber wenigstens die Möglichkeit eines kontraktarischen Verfahrens. Nach einigen Gegenbemerkungen des Direktors Caspar wurde auch dieser Antrag abgelehnt. Gleiches Schicksal hatte ein sozialdemokratischer Antrag, die Grenze für Erhöhung der Klassenleistungen über die Regelleistungen hinaus ohne Zustimmung der Arbeitgeber von 4 1/2 Proz. auf 6 Proz. zu erhöhen, den Genosse Schmidt begründet hatte. Auch hierbei siegte das Unternehmerinteresse.

In dem § 447 des Gesetzes wird bestimmt, daß ein Arbeitgeber sich und seine Arbeiter von der Krankenkasse „befreien“ kann, wenn er seinen Arbeitern eine „gleichwertige“ Unterstützung im Erkrankungsfalle zusichert. Zutreffend brandmarkt Genosse Busold diese ungeheuerliche Bestimmung als ein Ausnahmengesetz zugunsten der Großgrundbesitzer, da der kleine Grundbesitzer nicht in die Lage kommen könnte, davon Gebrauch zu machen, während sie dem Großgrundbesitzer die erwünschte Handhabe biete, sich von der Aufbringung der Krankenkosten nach Möglichkeit zu drücken. Der freikonservative Herr Arnstadt stellte wieder die Behauptung auf, daß die Grundbesitzer ihren Arbeitern überhaupt mehr gewähren, als das Gesetz verlange, gegen ihn trat wieder der freisinnige Bauer Jeger auf, und auch die Genossen Schmidt und Mollenbuh wiesen an der Hand jener Bestimmungen nach, daß sie tatsächlich den Großgrundbesitzern im Einvernehmen mit dem Landrat die Beiseitenschiebung des Gesetzes ermöglichen. Galt nichts! In namentlicher Abstimmung nahm der Entredungsblock auch diesen Paragraphen an.

Ebenso fand der § 452 Annahme, der den Krankenkassen anheimstellt, das Krankengeld im Winter bis auf 1/2 des Arbeitslohnes zu ermäßigen. Vergeblich wies Genosse Zubeil nach, daß diese Bestimmung einfach zur Verflüchtigung der Krankenunterstützung führen würde, würde sie doch in Ostpreußen und Schlesien nur noch 24 Pfennig für den Tag betragen. Als er die Verböhnung der armen Kranken in kräftigen Worten geißelte, wurde er vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Auch die Genossen Keil und Lehmann-Wiesbaden kämpften vergeblich gegen die geplanten Krankengeldverlängerungen an.

Schließlich kam es dann noch zu einer lebhaften Auseinandersetzung über die Paragraphen, in denen die Wander-gewerbetreibenden und Hausgewerbetreibenden der Willkür der Unternehmervertreter in den Krankenkassen überantwortet werden. Auch diese geäußerten Arbeiterstimmen können sich bei dem Entredungsblock dafür bedanken, daß sie gleich den Landarbeitern und Diensthöfen entmündigt werden sollen. Alle in ihrem Interesse gestellten Verbesserungsanträge wurden abgelehnt.

Morgen wird um 11 Uhr das Entredungswerk fortgesetzt werden.

### Die zweite Lesung des Zweiverbandsgesetzes

wurde bereits am Montag beendet. Am Dienstag wird bereits, da der Einspruch der sozialdemokratischen Fraktion gegen die Durch-führung des Gesetzes nicht die nötige Unterstützung fand, die dritte Lesung der beiden Gesetze stattfinden und zu Ende geführt werden. Eine Arbeit, für die man im Arbeitsplan fünf Tage vorgesehen hatte, wäre so in kaum vier Tagen absolviert — ein in den Annalen des Abgeordnetenhauses nicht allzu häufiger Fall.

Wozu freilich auch noch lange ernsthafte Debatten führen, da doch die Entscheidung bereits gefallen ist und die reaktionäre Mehrheit, die sich aus Konservativen, Freikonservativen, Zentrum und meist auch den Nationalliberalen zusammensetzt, ihren Willen ohne große oratorische Anstöße einfach rücksichtslos durchdrückt. Die Opposition des Freisinnigen steht ganz offenbar unter dem demprimierenden Eindruck dieser Tatsache. Sie entbehrt jeder Zuversichtlichkeit und Leidenschaftlichkeit. Hier, wie auch sonst, ist es die keine sozialdemokratische Gruppe, die mit Entschiedenheit große Gesichtspunkte in den Vordergrund rückt und prinzipielle Forderungen erhebt; zuweilen auch gegen den Freisinn! Geißelte doch Genosse Hoffmann mit Recht die reaktionäre Haltung des Freisinnigen, der auf dem Gebiet der Kommunalpolitik, also da, wo seine politischen und wirtschaftlichen Interessen in Frage kommen, ein ebenso abgefolgter Feind des gleichen Wahlrechts ist, wie ein Junker, der seine Domänen gegen die Geltendmachung der Volkinteressen verteidigt.

Besonders nahm sich Genosse Hoffmann das Zentrum vor, das ohne Wimperzucken gebildet hatte, daß ein seiner Kommissionsmitglieder den ebenso absurden wie widerlich byzantinischen Antrag gestellt hatte, der Krone das Recht einzuräumen, zur Zweckverbandversammlung Groß-Berlins zehn Vertreter zu ernennen! Graf Spee, der bekannte Wählerrechtsfeind, meldete sich darauf als Antragsteller und suchte — unter dem Beifall seiner Parteifreunde — seinen ungeheuerlichen Antrag noch als harmlosen Ausfluß jener gut monarchischen Gesinnung hinzustellen, die sich das Zentrum niemals streitig machen lassen werde! Zu befremden braucht solch schamlos volksverräterisches Gebaren freilich kaum noch — denn im byzantinischen ist das Zentrum seit seiner neuen Blodverbrüderung mit der Rechten selbst dem sozialdemokratischen Sozialisten überlegen!

Daß das Zentrum im übrigen den Junkern half, aus dem bürokratischen Hampelstod nach Kräften eine Zwangsjacke für die Großstadtbewohner zu machen, beweist sein Stimmverhalten den Antrag Brandenstein, der die Ausschussmitglieder durch Verteidigung und Stellung unter das Disziplinarverfahren vollends zu gefügigen Marionetten der reaktionären Staatsgewalt herabdrückte. Diese Forderung hätte nicht einmal die Regierung selbst im Entwurf gestellt. Der Junker Brandenstein gebärdete sich päpstlicher als der Papst und chinesischer als das preussische Mandarinentum. Aber getreu ihrer erhabenen Mission, alle Zeit der Handlanger jüngerlicher Rücksicht zu sein, akzeptierte die Regierung durch den Mund des Reichstages v. Döllmuth dienstfertig diesen Mittelparagraphen, was Genosse Dieblich natürlich gebührend kritisierte. Dieblich ließ dann später noch dem konservativen Tolpatsch Stroher wegen einer irdischen Anrempelung unserer Fraktion eine wohlverdiente Abfuhr erteilen werden.

### Die Reichstagsaufgaben nach den Plänen der Regierung.

Die Regierung hat die Absicht, und die Blockmehrheit des Reichstags scheint diese Absicht unterstützen zu wollen, vor Beginn der zweiten Lesung der Versicherungsordnung zu Ende zu bringen und außerdem die Elsaß-Lothringische Verfassungsvorlage und den Schwedischen Handelsvertrag zu erledigen. Mit der Möglichkeit, nach Beginn noch einen beschlußfähigen Reichstag zusammenzubringen, rechnet man nicht.

Im Herbst soll der Reichstag etwa am 10. Oktober wieder zusammentreten und der Reihe nach erledigen: das Schiffsfahrtsabgabengesetz, das Gesetz über die Privatbeamtenversicherung, das Heimarbeitergesetz und endlich die Strafprozessordnung. Auf die Strafprozessordnung würde die Regierung verzichten, wenn bis Anfang Dezember dieses Jahres nicht zu erledigen wäre. Die Reichstagswahlen würden, wenn alles nach den bestehenden Plänen läuft, im Januar 1912 stattfinden.

### Die christlichen Gewerkschaften und die Zentrumsarbeiterkandidaturen.

Die „Münchener Post“ berichtet in ihrer letzten Nummer über die geheime Konferenz christlicher Gewerkschaftsbeamten und Arbeitersekretäre, die am 29. März in München tagte und an der neben anderen Führern der christlichen Gewerkschaftsbewegung auch der Generalsekretär Stegmann aus Köln teilnahm.

Die Konferenz beschäftigte sich mit folgenden Fragen: Arbeiterkandidaturen, Wahlparole der christlichen Arbeiter und Gründung einer eigenen Tagespresse.

Generalsekretär Stegmann referierte. Er meinte, man sei noch zu schwach, um den Bürgerlichen in der Zentrumsparlei entgegenzutreten zu können. Wollte die christliche Arbeiterpartei schon jetzt eine eigene Wahlparole ausgeben, so würde man ein gründliches Fiasko erleiden, denn die Weislichen — besonders die aus dem Lande — würden es doch wieder verstehen, die Arbeiter zu sich herüberzuziehen und zur Stimmenabgabe für das Zentrum zu bestimmen. Man dürfe sich nicht im eigenen Lager befinden, denn auf dem Lande seien noch große Massen, die man für die christliche Bewegung gewinnen könne. Würde man bei der Wahl etwas gegen das Zentrum unternehmen, so würde den christlichen Gewerkschaften der Boden abgegraben.

In der Debatte wurde die Ansicht geäußert, für die Durchführung einer eigenen Wahlparole seien die christlichen Arbeiter nicht verlässlich genug, in den Städten würden sie ohne hin zu den Sozialdemokraten abwandern! In den Städten hätten die freien Gewerkschaften ohnehin schon einen ungeheuren Vorsprung und man würde nur diesen nähern, wenn es zu Differenzen mit dem Zentrum komme.

Was die Gründung einer eigenen christlichen Tagespresse anlangt, so sehe die Sache leider so, daß die christlichen Arbeiter sich mehr dafür interessieren, wenn „ein Krähl mit sechs Füßen“ auf die Welt komme, als um die christliche Politik, die Sozialreform und ähnliche Dinge. Jedem würden, wenn eine solche Gründung zustande komme, die bürgerlichen Zentrumsblätter sofort über die christlichen Gewerkschaften herfallen und sie abraufen. Wichtiger sei deshalb, daß man sich Einfluss verschaffe in der Partei, bei den Weislichen auf dem Lande und in der Presse. Dringend nötig sei es, die christlichen Arbeiter von Verwirrungen abzulösen und sie besonders von dem Gedanken der sieben Arbeiterkandidaturen abzubringen. Man könne heilsam sein, wenn man den bürgerlichen Zentrumsblättern einen Arbeiterabgeordneten abringe. Deshalb müsse man nun die Parteileitung höflich bitten, den Arbeitern wenigstens eine sichere Kandidatur einzuräumen.

Der Abgeordnete Walterbach (Redakteur des „Arbeiters“) nahm an der Konferenz nicht teil. Er hatte aber mitgeteilt, daß er mit den Herren von der Partei wegen der Arbeiterkandidatur reden werde. Die Konferenz erteilte ihm den Auftrag, für die Aufstellung eines Arbeiterkandidaten Sorge zu tragen.

Sehr ungünstig urteilen die christlichen Arbeiter über den „Arbeiter“. Dieses Blatt, so wurde in der Konferenz ausgesprochen, habe die Sache der Arbeiterkandidaturen miserabel vertreten. Man hätte die Arbeitervereine mobil machen müssen. Da werde nun in dem Blatt das ganze Jahr für das Zentrum agitiert; wenn aber für die christliche Arbeiterschaft bei der Partei etwas erreicht werden solle, gehe man behutsam darüber hinweg.

### Zentrums-Zinaturen.

Konservative, Zentrum und Reichsverband werden nicht müde, immer wieder zu behaupten, in den Klassen, in denen die Sozialdemokratie die Mehrheit habe, werde nur für die Interessen der Parteigehörigen gesorgt. Von einigem Interesse ist aus diesem Grunde ein Hinweis auf die Ortskrankenkasse B. in Weußen, die unter Merklers Leitung steht. Dort wurde ein Merklerer Magistratsbeamter, der jährlich 2100 M. Pension bezieht, mit einem Monatsgehalt von 540 M. als Kandidat angestellt. Außerdem erhält er monatlich 25 M. Monatslohn und als Belohnungsgratifikation ein volles Monatsgehalt. Neben seinem Mandantenamt verwaltet er noch

eine Anzahl von Innungskrankenkassen. Hilfskräfte, die durch diese anderweitige Betätigung des Mandanten notwendig werden, bezahlt die Ortskrankenkasse. Das Einkommen des betriebsamen Zentrumsmandanten beträgt also jährlich mehr als 10 000 M. Der Vorsitzende der Kasse, auch eine Zentrumsfunktion, erhält jährlich 1000 M. für seine „Bemühungen“.

Die „ökonomisch“ dagegen mit den Mitgliederbeiträgen gewirtschaftet wird, geht aus folgenden Tatsachen hervor:

Die unter „sozialdemokratischer“ Leitung stehende Ortskrankenkasse Rattowig verbraucht bei 185 000 M. Gesamtumlage rund 10 000 M. für Verwaltungskosten, die Ortskrankenkasse Königsblüte, deren Vorstände zwei Sozialdemokraten angehören, verbraucht bei 175 000 M. Umlage rund 13 000 M. für die Verwaltung. Dagegen wendet die unter Merklers Leitung stehende Ortskrankenkasse B. in Weußen bei 185 409,54 M. Umlage fast 24 000 M. für Verwaltungszwecke und „Sonstiges“ auf. Unter die Rubrik „Sonstiges“ fallen auch die Delegationskosten. So wurden z. B. dem Mandanten zum Besuche einer Ausstellung in Süddeutschland über 500 M. bewilligt. Zum letzten Krankentage in Berlin wurden zwei Vorstandsmitglieder delegiert, die je 200 M. Diäten erhalten sollten.

### Wann kommt das Buchhausgesetz?

Die Petitionskommission des Reichstages hatte sich mit einer Anzahl Petitionen aus Unternehmertreuen zu beschäftigen, die gesetzliche Maßnahmen gegen Streikende fordern. Bei dieser Gelegenheit wurde die Regierung auch gefragt, wie es mit der angelegten Ausnahmevorschrift gegen Streikende stehe. Geheimrat Dr. Jöel konnte keine Auskunft darüber geben, was in der vom Reichsjustizamt eingesetzten Kommission bisher zustande gekommen sei. Es läge meinte er, außer dem Strafgesetzbuch, auch noch die Gewerbeordnung in Frage. Ferner müsse die Frage in Betracht gezogen werden, ob eine Schadenersatzpflicht der Gewerkschaften für dolose Schädigungen einzuführen sei, was wieder mit der Frage der Rechtsfähigkeit der Berufsvereine zusammenhänge.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten wandten sich nachdrücklich gegen diese Petition und verlangten Uebergang zur Tagesordnung. Auf Antrag eines Zentrumsmandanten wurde jedoch mit 8 gegen 12 Stimmen die Ueberweisung der Petitionen als Material beschlossen. Zentrum, Konservative und Nationalliberale standen in fester Bruderschaft zum Buchhausgesetz.

### Polizei und Staatsanwaltschaft abgewiesen.

Am 9. d. M. teilten wir an dieser Stelle mit, daß das Landgericht II auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft die Frage zu prüfen hatte, ob junge Leute, welche zu einer Kartoffel- und Pflanzenspartie nach Mecklenburg zogen, das Vereinsgesetz übertreten haben. Bekanntlich hatten sich die jungen Leute den Scherz gemacht, auf ihrem Wege nach dem Bahnhof ein mit Kartoffeln und Pflanzenspartie behängtes Schild zu tragen, auf dem die Worte zu lesen waren: „Eich, wir machen eine Landpartie.“ Die Staatsanwaltschaft wollte, daß dieser Gang nach dem Bahnhof als ein öffentlicher Aufzug im Sinne des Vereinsgesetzes angesehen werde und daß der Verfertiger sowie der Träger des besagten Schildes bestraft würden, weil sie es unterlassen hätten, für ihren „öffentlichen Aufzug“ die polizeiliche Genehmigung nachzusuchen. Diefem Verlangen der Staatsanwaltschaft kam das Gericht nicht nach. Das gestern verkündete Urteil geht dahin: Die Verletzung des Vereinsgesetzes durch den Aufzug wird verworfen, die Kosten, einschließlich der Verteidigungskosten werden der Staatskasse auferlegt. Das Gericht hält nicht für festgestellt, daß das, was Gegenstand der Verhandlung war, ein Aufzug im Sinne des Vereinsgesetzes gewesen ist.

Das Urteil ist also so ausgefallen, wie es ausfallen mußte, wenn die Logik und der gesunde Menschenverstand nicht vergeblich werden sollten. Zurückgewiesen ist ein Versuch der Staatsanwaltschaft, das Vereinsgesetz auf einen Vorgang anzuwenden, der nicht den geringsten Zusammenhang hat mit der durch dieses Gesetz geregelten Materie.

### Der Vorläufer der Hamburger Universität.

Am Sonnabend wurde das von dem Abgeordneten der Hamburger Bürgerkammer, Herrn Edmund Siebert gestiftete und aus eigenen Mitteln — 1 1/2 Millionen Mark — erbaute Vorlesungsgelände eingeweiht und dem Staate übergeben. Herr Siebert kommt es auf eine solche „Meinigkeit“ nicht an, er hat doch schon vor Jahren die große Lungenheilstätte „Edmundsial“ in der Hamburger Landgemeinde Westdorf dem Staate geschenkt.

Das öffentliche Vorlesungswesen Hamburgs sowie das Kolonialinstitut haben nun eine schöne Stätte gefunden. Das große Gebäude mit dem mächtigen Kuppelbau, das so angelegt ist, daß es nach drei Richtungen hin erweitert zu werden vermag, enthält außer den sonstigen Räumen zwölf Hörsäle von 700 bis hinab zu 30 Personen fassend, elf Seminare usw. An der Säulenhalle stehen die Worte: „Der Fortschritt, der Lehre, der Bildung“. Damit von Hause aus die nötige Edelbeine errichtet werde, um so anzudeuten, daß hier nur klassenmäßige Bildung zum Verschleiß gelange, hatte das Vorlesungsbureau es unterlassen, das größte Blatt Hamburgs, unser Vorkämpfer, das „Hamburger Echo“, zu diesem Festakt einzuladen, während sogar die Vertreter der unbedeutendsten Vorortblätter, die sonst in Hamburg nicht einmal dem Namen nach bekannt sind, Einladungen erhalten hatten.

Das Charakteristik der „Janze Richtung“. Bei der Feier wurde bereits Propaganda für die „kommende Universität“ gemacht, die in Hamburg mächtige Rufverweirter und ebenso mächtige Gegner hat. Zunächst wird voraussichtlich eine Hochschule für einige Fakultäten kommen mit Berechtigung, d. h. die in Hamburg absolvierten Semester sollen zur Anrechnung kommen.

### Das marokkanische Abenteuer.

Der Beschluß der französischen Regierung, Fes zu besetzen und damit Frankreich noch mehr in das unüberlegte marokkanische Abenteuer auf Befehl der Kolonialtreiber zu verstricken, findet in der französischen Presse wachsenden Widerpruch. Stand zuerst die Sozialdemokratie mit ihren warnenden Protesten allein, so sehen jetzt auch bürgerliche Blätter ein, welche Gefahren diese Politik über das französische Volk heraufbeschwört. Es seien folgende Stimmen zitiert:

„Les Nouvelles“ schreibt: Hat denn General Koinier den Befehl erhalten, Fes zu besetzen? Die Regierung hat sich stets dagegen verwehrt, einen solchen Befehl erteilt zu haben. Sie hat demnach die öffentliche Meinung bewußt irreführt. Das ist für alle ehrlichen Leute, welche an die Aufrichtigkeit des Ministers Cruppi geglaubt haben, eine arge Enttäuschung, und man muß heute zugeben, daß das Vorgehen des Abgeordneten Jaurès gerecht war. So ist denn Frankreich in eine Eroberungsexpedition verwickelt worden, während wir nur an eine bloße Polizeimahnahme glaubten. Hat sich Minister Cruppi wenigstens der Zustimmung der beteiligten Mächte verschert, ehe er das Land in dieses Abenteuer hineintrief? Wir wollen es hoffen.

„Journal des Debats“ schreibt bezüglich des gestrigen Ministerratsbeschlusses: Sieht die Regierung sich veranlaßt, den Krieg ihrer militärischen Operationen in Marokko immer mehr zu erweitern? Wenn sie weiterhin unvorsichtige Maßnahmen trifft, dann werden nicht 20 000, ja nicht einmal 50 000 Mann hinreichen. Dann wird, um alle Punkte zu besetzen und um die Verbindungen frei zu halten, eine regelrechte Armee notwendig sein. Wo werden wir die hernehmen? Wir werden dann in Europa ein Spielball des Zufalls werden.

Die Spannung, die das marokkanische Abenteuer erzeugt, erlaubt auch dem verfaulten Parisismus, sich einzumischen. Dies geht aus folgender offiziellen Auslassung der Koffiga hervor:

Die russische Regierung hat mit vollkommener Sympathie die Mitteilung aller Handlungen des Pariser Kabinetts empfangen, welche zur Herstellung der Ordnung in Marokko geeignet sind und dem Saubere der Europäer dienen. Da die traditionellen freundschaftlichen Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland immer auf einem vollkommenen aufrichtigen und offenen Meinungsaustausch in den Fragen der internationalen Beziehungen basieren, so waren auch in diesem Falle die Erklärungen unseres Bundesgenossen Gegenstand eines Meinungsaustausches zwischen der russischen und der deutschen Regierung. Diese freundschaftliche Aussprache ergab die volle Identität der Meinungen beider Regierungen betreffend die volle Aufrichtigkeit der französischen Absichten in Marokko und das lokale Verhalten Frankreichs gegenüber den eingegangenen internationalen Verpflichtungen. Dieses volle Uebereinstimmen der Anschauungen über die Unruhen in Marokko und andere internationale Fragen begreifen wir um so mehr, als eben jetzt russisch-deutsche Verhandlungen in Fragen des Eisenbahnbaues in Nordpersien vor sich gehen. Diese komplizierten Verhandlungen, die sich noch im Stadium technischer Vorarbeiten befinden, werden freilich nicht so bald beendet werden, doch wird die günstige allgemeine Lage augenscheinlich ihr glückliches Zustandekommen fördern.

Die russische Diplomatie will also Deutschland ebenso durch die Aussicht auf den Vertrag in Schach halten, wie sie Frankreich und England durch ihre Drohung eines Abzweckens zu Deutschland hin ihren Forderungen gefügig machen will. So kommt der Gegensatz zwischen Deutschland und den Westmächten ausschließlich dem Parisismus zugute.

Unterdessen rücken die Franzosen und Spanier in Marokko vor und bringen das Land immer mehr in Aufruhr. Die europäischen Truppen werden von den Stämmen in kleine Schärmügel verwickelt und jedes solcher Schärmügel dient den Kolonialhebern als weiterer Beweis für die Notwendigkeit ferneren Vordringens.

### Frankreich.

#### Für die Staatsbediensteten.

Paris, 15. Mai. Der Finanzminister hat die Gründung eines alle Beamten sämtlicher Verwaltungen umfassenden gegenseitigen Unterstützungsbereins vollzogen, der hauptsächlich den Witwen und Waisen der Staatsbediensteten zugute kommen soll. Die hierfür erforderlichen Mittel sollen zumest durch eine geringfügige Erhöhung des für Ruhegehälter bestimmten Gehaltsabzuges sowie durch Ueberlassung einer gewissen Anzahl von Gebäuden erlangt werden, die infolge des Trennungsgesetzes dem Staat anheimgefallen sind. Diese Gebäude sollen in Krankenhäuser und Asyle für die Witwen und Waisen der Staatsbediensteten umgewandelt werden.

#### Senatoren gegen die Eisenbahner.

Paris, 14. Mai. Mehrere gemäßigte republikanische Senatoren, darunter Wéanger und General Langlois, richteten an den Präsidenten der Republik und an den Präsidenten des Senats ein Schreiben, in welchem sie darauf hinweisen, daß der gegenwärtige Minister der öffentlichen Arbeiten infolge eines gleichfalls leblich von der Deputiertenkammer gefassten Beschlusses für die Wiedererrichtung der Eisenbahner eingeschritten sei. Es stelle dies eine offenkundige Verfassungsverletzung dar, denn eine der beiden Kammern allein könne ohne Zustimmung der anderen niemals den normalen Lauf der Gesetze aufheben oder abändern. Der Präsident der Republik als Hüter der Verfassung und der Präsident des Senats als Verteidiger der Vorrechte des Senats sollten erwägen, ob die angeführten Tatsachen ihre Eingreifen nicht erforderlich machen.

### Spanien.

#### Die allgemeine Wehrpflicht beschlossen.

Madrid, 14. Mai. Die Deputiertenkammer genehmigte gestern den bereits vom Senat angenommenen Gesetzentwurf betreffend den obligatorischen Militärdienst.

### Türkei.

#### Keine Differenzen?

Konstantinopel, 14. Mai. Das jungtürkische Zentralkomitee erklärt in einer Depesche an die Partei der Jungtürken, daß das Zentralkomitee nach unparteilicher Prüfung der Parteidifferenzen feststelle, daß in der Partei keine prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten beständen. Das Zentralkomitee beschloß, die Partei als einheitlichen Block zu betrachten und diejenigen Parteimitglieder auszuschließen, die darauf beständen, andere Gruppen zu bilden. Die sieben jungtürkischen Deputierten, die seinerzeit aus der Kammerpartei ausgeschieden waren, haben unter dem Namen Fortschrittsgruppe eine neue Fraktion gegründet, welche die äußerste Linke der Komiteepartei bilden soll.

#### Ein Selbstmordversuch Abdul Hamids.

Saloniki, 15. Mai. Aus Billa Alatini kommt die Nachricht, daß das Besinden des ehemaligen Sultans eine Verschlimmerung erfahren hat; es scheint eine Nervenkrise eingetreten zu sein. Der Sultan soll versucht haben, sich aus dem Fenster zu stürzen. Man vermutet, daß die Mitteilung von der bevorstehenden Ankunft seines Bruders ihm in die größte Erregung versetzt habe. Der Arzt hegt die Hoffnung, daß der Zustand des Abdul Hamids nur vorübergehender Natur sei, obgleich Anzeichen von Delirium vorliegen sollen.

### Absinnien.

#### Der Nachfolger Menslifs.

Adis Abeba, 14. Mai. Lidj Jassu ist feierlich zum König ausgerufen worden. Die Krönung findet später statt. Im Lande herrscht Ruhe.

Köln, 15. Mai. Die kölnische Zeitung meldet aus Adis Abeba unter dem heutigen Datum: Der Bruder der Kaiserin, Ras Wolle, ist heute wegen Hochverrats zum Tode verurteilt worden.

### Mexiko.

#### Die Lage in der Hauptstadt.

New York, 15. Mai. Die Stadt Mexiko ist heute ruhig. Inzwischen werden weitere Vorkehrungen zur Verteidigung getroffen und namentlich die Wachen gegen Attacken geschärft. Es verlautet, die Verhandlungen der Regierung mit Figueroa, dem Führer der Insurgenten in den Staaten Guerrero und Morelos, unmittelbar südlich der Hauptstadt, hätten sich gescheitert und dieser marschiere bereits auf die Hauptstadt. Der „Sun“ zufolge belaufen sich seine Anhänger auf viele Tausende. Inzwischen wird von neuen Friedensverhandlungen berichtet, ja es heißt sogar, binnen vierundzwanzig Stunden dürften schon Resultate erwartet werden.

# Gewerkschaftliches.

## Der Deutsche Bauarbeiterverband.

Mitglied veröffentlichte der Vorstand dieses Verbandes die Schlussabrechnung der früheren Verbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter. Damit ist die letzte Formalität erfüllt, die durch die Verschmelzung bedingt ist, und Rechte und Pflichten der alten Organisationen gehen auf den neuen Verband über. Ein Blick auf die Entwicklung der beiden alten Verbände eröffnet zugleich einen Einblick in die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung überhaupt. Die Gründung erfolgte im Jahre 1891, in der Zeit tiefgehender wirtschaftlicher Depression, dazu kamen schwere innere Kämpfe um die Form der Organisation, die lange Zeit die Entwicklung hemmten. In diesen Widerständen gefasste sich ein erheblich größerer, nämlich, daß die Berufsangehörigen zum größten Teil der Landbevölkerung entstammen und mehr oder weniger mit dieser in ständiger Verbindung stehen. Den Organisationen gelang es aber in zwei Jahrzehnten bewundernswürdiger Arbeit, diese Widerstände zu meistern und sich zur achtungsfördernden Stärke durchzurufen. Die Entwicklung der Mitgliederzahl und der Vermögensverhältnisse vom Gründungsjahr bis zur Verschmelzung geben von dieser Entwicklung ein interessantes Bild.

Die Abrechnung des Maurerverbandes für die erste Berichtsperiode zeigt, daß in 159 Vereinen 12 800 Mitglieder vorhanden waren und das Verbandsvermögen 2863 M. betrug. Der Bauhilfsarbeiterverband konnte am Schlusse des Jahres 1891 nur 27 Vereine und 2503 Mitglieder sein eigen nennen und der Vermögensstand erreichte die Höhe von 901,04 M.

Bei der Verschmelzung Ende 1910 betrug die Zahl der Mitglieder im Maurerverband 169 645, im Bauhilfsarbeiterverband 72 208, insgesamt also 241 848.

Der Vermögensstand betrug: Im Maurerverband: in der Hauptklasse 3 779 808 M., in den Nebenklassen 1 816 196 M. Im Bauhilfsarbeiterverband: in der Hauptklasse 1 190 453 M., in den Nebenklassen 150 858 M. Das ergibt ein Gesamtvermögen von 6 877 875 M.

Mit dieser Mitgliederzahl und dem Stammesbestand begann der Bauarbeiterverband seine Tätigkeit. Diese günstigen Ergebnisse sind um so erfreulicher, als ja hinlänglich bekannt ist, daß die Bauarbeiter im vorigen Jahre eine große Aussperrung überstanden haben, mit der die Unternehmer die „böhsche“ Absicht verbanden, die Rassen der Organisationen zu leeren, ihre Kampffähigkeit zu schwächen und dann die Arbeiter unter die Vormähdigkeit des Arbeitgeberbundes zu zwingen.

Die erfreulichen Ergebnisse, die durch die Opferwilligkeit der Mitglieder erreicht wurden, befanden eine große Einsicht der Mitglieder in die Kampfbedingungen der heutigen Zeit. Die Aussperrungen verzichteten in den ersten beiden Aussperrungswochen auf materielle Unterstützung und die in Arbeit gebliebenen Mitglieder brachten nahezu 2 1/2 Millionen Mark durch außerordentliche Streikbeiträge auf. Der neue Verband konnte somit seine Wirksamkeit auf sehr solider Grundlage beginnen. Er entwickelt sich denn auch kräftig vorwärts. Nach der Auslage der deutschen und fremdsprachigen Fachorgane der Organisation beträgt die Mitgliederzahl am Anfang des 2. Quartals bereits 20—25 000. Diese Entwicklung hält im 2. Quartal an, so daß die an die Verschmelzung geknüpften hauptsächlichsten Hoffnungen, die Kampffähigkeit der Bauarbeiter zu erhöhen, in Erfüllung gehen wird.

### Berlin und Umgegend.

**Metallarbeiter!** Bei der Delegiertenwahl für den diesjährigen Gewerkschaftskongress sind folgende Kollegen gewählt: Wredow, Cohen, Habicht, Halse, Herbst, Konnenmacher, Richter und Kollegin Margarethe Grabow.

Deutscher Metallarbeiterverband, Ortsverwaltung Berlin.

Für die neugegründete Innungsbrüderkassen der Fleischerinnung finden die Delegiertenwahlen am Dienstag, den 16. Mai, von nachmittags 5 Uhr bis abends 10 Uhr in den Bismarckpalast, Neue Grünstr. 23, statt. Von den Arbeitgebern sowie den „Gelben“ wird diesmal alles versucht den Sieg der Gelben zu ermöglichen. Wir ersuchen alle Partei- und Gewerkschaftsmitglieder, die mit Fleischergefelln zusammenkommen, diese auf die Wahl aufmerksam zu machen. Wahlberechtigt ist jeder Fleischergefell, jede Verläuferin, jeder Rutscher usw., der bei einem Innungsmeister beschäftigt und das 21. Lebensjahr erreicht hat.

**Fleischergefell!** In der „Allgemeinen“ und „Deutschen Fleischerzeitung“ wird mitgeteilt, daß der Streik bei Dörffler, Greifswalderstraße 33a, beendet sei. Wir bemerken hierzu, daß dies un wahr ist. Der Streik dauert fort. Die Firma ist noch nicht in der Lage, den Betrieb aufrecht zu erhalten und scheint wohl die Beendigung des Streiks herbei, die sie haben kann, wenn sie die Forderungen bewilligt.

Zentralverband der Fleischer, Ortsverwaltung Berlin.

Der Streik der Schuhmacher bei der Firma Müller u. Schützweg, Rungestr. 17, ist durch die unter Mitwirkung von Vertretern der beiderseitigen Verbände stattgefundenen Verhandlungen beigelegt worden. Außer der WiederEinstellung des gemahregelten Kollegen wurden bei verschiedenen Positionen Lohnzulagen bewilligt, welche die Kollegen akzeptierten. Die Arbeit wurde daher am Montag wieder aufgenommen. Dagegen nimmt der Streik bei der Firma Hamann u. Co., Nikolaikirchstr. 15, seinen Fortgang. Diese Firma hat es bisher abgelehnt, in Verhandlungen einzutreten. Trotzdem sagte der Vorsitzende des Fabrikantenverbandes zu, diesbezügliche Schritte unternehmen zu wollen. Ob diese von Erfolg gekrönt sein werden, ist fraglich, denn der Inhaber dieser Firma will, wie er bei Beginn des Streiks seinen Arbeitern erklärte, auch mit seinem eigenen Verbands nichts zu tun haben. Dieser Herr setzt seine ganzen Hoffnungen auf seine geliebten Arbeitswilligen. Auf seine Initiative führen die Streikenden auch die Anzeigen wegen angeblicher Bedrohungen Arbeitswilliger zurück, die von einigen dieser nützlichen Elemente gegen eiliche Streikende erfolgt sind. Natürlich hofft die Firma, dadurch den Streikenden das Recht des Streikpostensnehmens unterbinden zu können. Tatsächlich bedurfte es bereits einer Intervention eines unserer Verbandsvertreter beim Reviervorstand, da den Streikenden bereits jeder Aufenthalt verboten wurde. Selbstverständlich ist es Pflicht der gesamten Kollegenschaft, weiteren Zug auf strengste fernzuzulassen.

Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

**Mitarbeiter!** Bei der Firma Rading u. Treuner, Diand-Sattelwerk, in Tempelhof, Dorffstr. 23, haben sämtliche Sattler die Arbeit niedergelegt. Die Ursache bildet die strikte Weigerung der Firma, den Berliner Tarif für Sattlarbeiten anzuerkennen. Der Betrieb ist für jeden organisierten Kollegen gesperrt.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler und Portefeuller.

Der Streik bei der Firma Kampffmeier in Potsdam dauert ununterbrochen fort. Trotz mehrfachen Versuchs, die Firma zu Verhandlungen zu bringen, lehnt die Firma jegliches Entgegenkommen rundweg ab. Die auf den Namen beschäftigten Bootleute vertriehen Streikbrüderarbeit. Auch aus Neptun haben sich Arbeitswillige eingeschrieben. Es wird dringend gebeten Zug fernzuzulassen. Alle arbeitervreundlichen Mütter werden gebeten um Abdruck.

Deutscher Transportarbeiter-Verband, Die Lohnkommission.

Ausgedrückt mit Gummischläuchen und Bierflaschen gegen in Niederlehme die Arbeitswilligen der Vereinigten Berliner Räderwerke durch das Dorf, um die Streikenden zu belästigen. Niemand trat ihnen entgegen, während den christlichen Arbeitern die Ausübung ihres Koalitionsrechtes nach Möglichkeit schwer gemacht wird. Das Streikpostensystem wird von den Gendarmen nach Möglichkeit verhindert. Die Streikenden stehen geradezu unter einem Ausnahmegefecht. Die Lokale müssen um 8 Uhr geschlossen werden. In einer öffentlichen Versammlung, in der alle diese Dinge zur Sprache kamen, erklärte ein Vertreter der polnischen Berufsvereinigung die Solidarität seiner Kollegen. Auch im polnischen Osten leuchtet das Morgenrot. — Der Streik dauert fort.

### Deutsches Reich.

Die Arbeiter der Grube zur Stadt Gölzig (Eigentum der Stadt Gölzig) in Köhlitz legten der Verwaltung im April einen Tarif vor, der von der Verwaltung abgelehnt wurde. Der Arbeiterausschuß, der beim Grubenvorstand in Gölzig vorstellig wurde, bekam eine ausweichende Antwort. Die Belegschaft beschloß darauf, die Kündigung einzureichen und die Ortsverwaltung des Bergarbeiterverbandes gab Kündigungszettel heraus. Jetzt nun hat die Direktion die gesamte Ortsverwaltung des Bergarbeiterverbandes und den Knappschaftskassen unter Auszahlung von sechs Schichten Arbeitslohn sofort entlassen. Die Verwaltung glaubte damit gewiß der Bewegung Einhalt zu gebieten. Die Arbeiter wollten sofort die Arbeit einstellen, nur auf Ermahnung des Angestellten des Bergarbeiterverbandes ist die Arbeit nicht sofort eingestellt worden. Die gesamte Belegschaft unter Tage hat aber die Kündigung unterschrieben und am Sonnabend der Grubenvorwaltung eingereicht. Zug nach Köhlitz ist daher fernzuzulassen.

### Lohnbewegungen im Töpfergewerbe.

In Schneidemühl ist ein Töpferstreik ausgebrochen. Die Konjunktur ist eine besonders gute, so daß sich hier endlich einmal Gelegenheit bietet, in die völlig verrotteten Zustände des Schneidemühl Töpfergewerbes Ordnung zu bringen; zirka 20 von auswärts in Schneidemühl in Arbeit getretene Ofenseher haben den Ort bereits verlassen. Zug ist streng fernzuzulassen!

Der Streik in Senftenberg ist abgebrochen worden. Sämtliche Streikende stehen in Arbeit mit 10 Proz. Lohnrückzahlung. Die Firmen Walter, Kilian und Lehmann bleiben gesperrt, weil sie sich noch immer nicht dazu bequemen können, die gleiche Lohnzulage zu gewähren. Herr Walter ist Vorsitzender des Brandenburgischen Provinzialverbandes der Töpfer- und Ofensehermeister. Der Streik der Ofenseher bei Wuhlers in Calbe (Saale) ist mit Erfolg beendet. Zug von Ofensehern ist jedoch immer noch fernzuzulassen.

**Holzarbeiter.** In der Pfeifenfabrik von Herrn Thiem in Waltershausen i. Thüringen legten 180 Arbeiter am Sonnabend die Arbeit nieder. Aufbesserung der Akkordpreise, Regelung des Stundenlohnes und Verkürzung der Arbeitszeit sind die Forderungen der Arbeiter, die die Firma in mehrfachen Verhandlungen ohne jedes Entgegenkommen zurückwies. In einer großen Anzahl von Zeitungen sucht nun Herr Thiem durch Inzertate Streikbrecher zu werden. Zug nach Waltershausen ist streng fernzuzulassen.

### Vom Kampf in der Hamburger Holzindustrie.

In der letzten Versammlung der Holzgewerbetreibenden von Hamburg und Nachbarorten münkte man den starken Mann und erklärte sich mit der „bisherigen Führung im Kampfe gegen den Holzarbeiterverband“ einverstanden. Der Vorstand wurde beauftragt, auf den Abschluß eines günstigen Tarifvertrages hinzuwirken, unter allen Umständen aber jede Maßnahme zu unterlassen, die eine vorzeitige und die Sache der Arbeitgeber schädigende Beendigung des augenblicklichen Kampfes herbeiführen könnte. Die von gegnerischer Seite vorgelegten Einzelverträge sollen zurückgewiesen werden. — Das klingt sehr vornehmlich. Inzwischen ist bei beiden Parteien ein Schreiben des Vorsitzenden des Hamburger Gewerbegerichts eingegangen, der „aus Fertigungsnotizen“ ersieht hat, daß der Lohnkampf immer noch nicht beendet ist.“ Der Herr sucht von beiden Seiten in Erfahrung zu bringen, ob die Vermittlung des Gewerbegerichts als Einigungsamt erwünscht sei. Der Holzarbeiterverband, Verwaltungsstelle Hamburg, hat zu Sonnabend nachmittags eine Versammlung der auswärtigen Holzarbeiter einberufen, in der von der Streikleitung betont wurde, daß die gute Sache der Arbeiter das Licht der Öffentlichkeit und die Erörterung vor dem Einigungsamt nicht zu scheuen habe. Die Streikleitung sei sich ihrer Verantwortung aller an diesem Kampfe direkt oder indirekt beteiligten Interessenten gegenüber bewußt, glaube aber trotzdem aussprechen zu müssen, daß von einer Herabsetzung oder Mäßigung der Forderungen keine Rede sein könne. Unter dieser Voraussetzung wurde der Vorschlag der Streikleitung, dem Vorschlag des Gewerbegerichts stattzugeben, einstimmig angenommen.

### Vom Hamburg-Altonaer Bäckerstreik.

Der Wirtschaftliche Schuhverband von Hamburg und Umgegend glaubte sich in diesem Kampfe ganz besonders hervortun zu sollen. Zwar sah er fallen Blatt, indem ein Reister nach dem andern bewilligte, so daß, abgesehen von vier größeren Betrieben, nur noch die kleinen, zumeist gar keine Gesellen beschäftigenden Bruchbuden nachblieben, aber er führt in fetten Anzeigen in der bürgerlichen Presse den Kampf gegen sozialdemokratische Gewalttätigkeiten munter fort. In der von diesem Scharfmacherverband veröffentlichten „Antihöflichkeit“ sind die Namen von 46 Meistern enthalten, die längst die Forderungen der Gesellen bewilligt haben. Also weder mit der Fingertip noch mit der Nadeligkeit kann der von Dr. Westphal geleitete Verband Staat machen.

Am Montag vormittag fand eine Versammlung der Gesellen statt, in der Genosse Behm an über den außerordentlich günstigen Stand des Lohnkampfes berichtete. Niemand habe geglaubt, daß binnen einer Woche der Kampf soweit zu unserem Gunsten verlaufen sein würde, daß wir schon heute die Beendigung des Streiks empfehlen und nur noch auf die Sperrn einiger Betriebe beschränken könnten.

Dem Situationsbericht entnehmen wir folgendes: In den neuen Bedingungen arbeiten etwas über 1400 Gesellen, Gehilfen usw., die Zahl der Streikenden beträgt 270, davon waren aber vor Beginn des Kampfes 140 arbeitslos. Die Zahl der eigentlich noch im Kampfe befindlichen Arbeiter beträgt mithin nur noch 130.

Dem Vorschlag der Streikleitung wurde zugestimmt, so daß der Streik als beendet gilt. Ueber den Rest der widerhaarigen Unternehmer wurde die Sperre verhängt. Zug nach Hamburg und Umgegend ist bis auf weiteres fernzuzulassen.

Die Tarifbewegung der Bauhölzer in Kassel ist nunmehr zum Abschluß gebracht und deshalb die Sperre aufgehoben worden. Die maßgebenden Firmen der Branche haben den Forderungen des Metallarbeiterverbandes im wesentlichen entsprochen und mit den übrigen Kleinunternehmern hofft der Verband nach und nach fertig zu werden.

### Zum Streik auf Zechen Glückauf-Zegen.

Auch die neuerdings von der Belegschaft unternommenen Schritte zur Beilegung des Streiks sind gescheitert. Die Direktion hat die neugewählte Kommission zwar empfangen, doch erklärte sie ihr, das Doppelnummersystem werde nicht zurückgezogen; ein solches Angebotsangebot mache man einer Belegschaft nicht, die seit sieben Wochen im Streik liege. Der Lohn für sechs Schichten, der als Kontraktbruchstrafe einbehalten worden ist, werde nicht zurückgezahlt, denn der Abzug sei gesetzlich berechtigt. Und darüber, daß nach

erfolgt Wiederansahrt Maßnahmen nicht vorgenommen werden sollten, bestimmte die Verwaltung allein. Diese Streiden sollen übrigens schon zu Bruch gegangen sein. Aber die Verwaltung bleibt hartnäckig. Sie hat selbst die gesetzlichen Bestimmungen nicht eingehalten. Sie wollte der Belegschaft Reuerungen aufrufen, ohne derselben die Frist zur Kündigung zu gewähren, wie das nach den geltenden Bestimmungen notwendig gewesen wäre. Weil aber die Verwaltung willkürlich handelte, soll nun die Belegschaft wegen Kontraktbruch bestraft werden. Unzutreffend ist der Einwand, daß man einer Belegschaft, die sieben Wochen im Streik steht, ein solches Zugeständnis nicht machen könne. Die Belegschaft hat sofort um Verhandlungen nachgesucht, aber die Verwaltung hat sich nicht darauf eingelassen. Jetzt tut sie so, als ob die Belegschaft sieben Wochen blind- und planlos gestreift habe und nicht verhandeln wolle.

In geheimer Abstimmung beschloß die Belegschaft, im Streik weiter zu beharren.

### Die Aussperrung in der bayerischen Textilindustrie vermieden.

Wegen der Freigabe des Sonnabendnachmittags entstanden bei manchen in einigen Textilfabriken in Hof Differenzen, die von den Unternehmern zu einer allgemeinen Aussperrung im bayerischen Industriebezirk benutzt werden sollten. Zwischen dem Verband der süddeutschen Textilindustriellen und dem Textilarbeiterverband ist es nunmehr zu einer Einigung gekommen. Die Arbeitszeit für den Sonnabend wurde auf 8 Stunden festgesetzt, für die übrigen Tage bleibt die 10stündige Arbeitszeit bestehen; die Freigabe des Sonnabendnachmittags konnte also nicht erreicht werden. Bei den Verhandlungen wurde aber weiter erreicht, daß bei Warten auf Material die Arbeiter pro Stuhl und Stunde mit 10 Pf. entschädigt werden, wenn das Warten länger als 6 Stunden beträgt; von der vierten Stunde an wird das Warten bezahlt. Zur Erklärung diene, daß der Arbeiter meist 3 Stühle bedient und wegen Mangel an Material einen und zwei Stühle leer laufen lassen muß. Ferner wurde bestimmt, daß bei schlechtem Geschäftsgang Arbeiterentlassungen 3 Wochen vorher bekanntgegeben werden müssen. Sämtliche auswärtigen Arbeiter werden innerhalb acht Tagen eingestellt, Maßnahmen dürfen nicht stattfinden.

Eine von etwa 1000 Arbeitern besuchte Versammlung erklärte sich mit diesen Abmachungen einverstanden. Damit sind die Differenzen in Hof beseitigt und unterbleibt somit die geplante Aussperrung in Bayern.

### Ausland.

**Beim Streik der 5000 Bauarbeiter in Zürich kam es zu Zusammenstößen.** An einem Neubau wurden seitens der Polizei Ziegelsteine auf die Streikenden geworfen. Statt daß die Polizei die Urheber gefangen nahm, wurde mit den Säbeln auf die Streikenden losgehauen, jedoch nur mit dem Erfolg, daß drei Schutzleute unter Bedeckung schwer verletzt nach dem Krankenhaus geschafft werden mußten. Viele Verhaftungen kamen vor und wurden auch gleich neun Mann aus der freien gattlichen Schweiz ausgewiesen. Zugleich wurde seitens der Regierung des Kantons Zürich auf Veranlassung der Unternehmer die Vereinstellung von zirka 3000 Mann Militär beschloffen, die sofort einzurücken haben, falls wiederum „Erzesse“ vorkommen sollten. Die Streikleitung ersucht deshalb, den Zug nach der ganzen Schweiz und speziell Zürich fernzuzulassen für alle Bauarbeiter.

## Letzte Nachrichten.

### Aus Marokko.

Paris, 15. Mai. Wie der Agence Sabas unter dem 14. aus Mekhedia gemeldet wird, haben die Jemmur und Benihasen in der Nacht vom 13. zum 14. in das Lager der Kolonnen Uralard und Gouarad in Valla Ito einzubringen versucht. Der Feind wurde zurückgeschlagen und ließ mehrere Tote auf dem Platz. Auf französischer Seite wurde ein Tirailleur getötet.

### Vom albanischen Aufstand.

Saloniki, 15. Mai. (Meldung des Wiener I. I. Korrespondenten.) Eine auf vierhundert Mann geschätzte Abteilung kufständischer berische, auf den Höhen von Schale türkische Militärabteilungen anzugreifen, wurde jedoch unter starken Verlusten durch Artilleriefeuer vertrieben. Die Türken verloren fünfzehn Mann, ein Offizier wurde tödlich verwundet. Auch gegen Pula mußte Artillerie eingesetzt, um die Rebellen zurückzuwerfen.

### 40 000 Arbeiter ausgesperrt.

Kopenhagen, 15. Mai. (B. T. N.) Die seit langer Zeit geführten Vergleichsverhandlungen mit dem Klemperverband wurden heute ohne Ergebnis abgebrochen. Infolgedessen tritt morgen die vom Arbeitgeberverband angekündigte Erweiterung der Aussperrung von 14 000 auf 40 000 Arbeiter in Kraft.

### Ganz wie in Europa.

Charbin, 15. Mai. (B. T. N.) In einer Eingabe an die Zentralregierung spricht sich der neue Vizewal der Mandchurei gegen die Einführung der Militär in der Mandchurei aus und schlägt vor, die zu diesem Zweck gesammelten Gelder zur Verstärkung der regulären Truppen in der Mandchurei zu benutzen. Der Vizewal spricht der Militär den Kriegswert ab und ist der Meinung, daß sie bei gewissen Verhältnissen für die Ruhe des Landes und die Dynastie eine ernste Gefahr bieten könnten.

### Beilegung des Kohlengräberstreiks in Südwales.

London, 15. Mai. (B. T. N.) In einer Konferenz zwischen den Vertretern der Vereinigung der Kohlengrubenbesitzer von Südwales und des Bergarbeiterverbandes wurde heute ein Abkommen in dem Cambrian Kohlengrubenstreik getroffen, der mehrere Wochen dauerte und 12 000 Mann in Mitleidenschaft zog.

### Der amerikanische Oberste Gerichtshof und der Boykott.

New York, 15. Mai. (Meldung der „R. C.“) Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat in seiner heutigen Sitzung ein bemerkenswertes Urteil gefällt, indem er das gegen die Vorhänder des amerikanischen Arbeiterbundes erlassene Urteil aufhob. Der Präsident des Arbeiterbundes Samuel Gompers war zu einem Jahr, der Vizepräsident John Mitchell zu neun Monaten und der Sekretär Frank Morrison zu sechs Monaten Gefängnis wegen Verletzung des Gerichtsverurteilt worden. Bei dem Streik, der in den Werkstätten der Vads Stone Range Company in St. Louis ausgebrochen war, hatte der amerikanische Arbeiterbund Plakate drucken und verteilen lassen, die von den drei Angeklagten unterzeichnet waren, in denen die amerikanische Arbeiterschaft zum Boykott der Erzeugnisse der Ofenfabrik aufgefordert wurde. Trozdem die Fabrik ein Gerichtsurteil erzielte, das die Verbreitung dieser Boykottplakate unterlagte, wurden diese Plakate weiter gedruckt und verbreitet.

Die Entscheidung des Obersten Gerichtshofes, die einstimmig erfolgte, ist außerordentlich wichtig, da sie den Gewerkschaften das Recht gibt, den Boykott zu proklamieren. In dem Urteil spricht der Oberste Gerichtshof seine Ansicht dahin aus, daß die Verurteilung irrt, als sie Gefängnisstrafen und nicht Geldstrafen verhängte. Es handelte sich um kein kriminelles Verbrechen, sondern um ein Zivilvergehen.

# Die Reichsversicherungsordnung im Plenum des Reichstages.

Das Ergebnis der langen Beratung über das Selbstverwaltungswort der Arbeiter in den Krankenkassen war, daß die Kompromißparteien alle von ihnen beabsichtigten Verschlechterungen ohne die mindeste Rücksicht auf den Protest der vielen Millionen von Arbeitern annahmen.

Im Vorstand und im Ausschuss der Krankenkassen sind nach wie vor zwei Drittel der Mitglieder Vertreter der Versicherten und ein Drittel Vertreter der Arbeitgeber. Jedoch wird der Vorsitzende nicht mehr mit einfacher Mehrheit gewählt, vielmehr ist nur der gewählt, der die Mehrheit der Stimmen, sowohl aus der Gruppe der Arbeitgeber, als auch aus der Gruppe der Versicherten, im Vorstände erhält. — Die Sozialdemokraten beantragten, diese Bestimmung zu streichen.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien,** mit Ausnahme des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Thoma sowie der Zentrumsabgeordneten Dr. Bill-Strahburg und Wetterlé.

Wenn eine Wahl nicht zustande kommt, dann ernennt die Aufsichtsbehörde den Vorsitzenden.

Die Sozialdemokraten beantragten, auch diese Bestimmung zu streichen.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien,** mit Ausnahme der vorgenannten Abgeordneten.

Bei den Krankenkassen werden die aus Mitteln der Kasse bezahlten Stellen der Beamten und derjenigen Angestellten, für die die Dienstordnung gilt, ebenfalls nur durch übereinstimmenden Beschluß beider Gruppen im Vorstände besetzt. Einigen sich die Gruppen nicht, so kann die Anstellung beschlossen werden, wenn mehr als zwei Drittel der Anwesenden dafür stimmen. Die Wahl bedarf aber der Bestätigung durch die Aufsichtsbehörde. Bestätigt die Aufsichtsbehörde sie nicht, oder kommt sonst kein Anstellungsbeschluß zustande, so ernennt auch hier wiederum die Aufsichtsbehörde den Beamten. — Die Sozialdemokraten beantragten, auch diese Entreechtung der Arbeitervertreter zu streichen.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien,** mit Ausnahme der vorgenannten Abgeordneten.

Die Maßregelung eines Beamten steht dem Vorsitzenden der Kasse und, wenn dieser sich den Wünschen der Aufsichtsbehörde nicht fügt, der Aufsichtsbehörde zu. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß nur die Mehrheit des Vorstandes eingreifen dürfe.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien,** mit Ausnahme der vorgenannten Abgeordneten.

Die Dienstordnung der Beamten wird wiederum nicht von der Mehrheit beschlossen, sondern kann nur zustande kommen, soweit sowohl die Mehrheit der Arbeitgeber als auch der Arbeitnehmer dafür stimmt, und muß überdies vom Versicherungsamt genehmigt werden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß die Dienstordnung durch einfachen Mehrheitsbeschluß des Vorstandes festgesetzt wird.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,** mit Ausnahme der Zentrumsabgeordneten Dr. Bill-Strahburg und Wetterlé und der fortschrittlichen Abgeordneten Dr. Döhrn, Pothhoff und Schrader. Der fortschrittliche Abgeordnete Gotthein hat sich der Stimme enthalten.

Endlich soll die Landesregierung befugt sein, den wichtigsten Beamten der Kasse die Pflichten und Rechte der staatlichen oder gemeindlichen Beamten zu übertragen, sie also ganz unter die Disziplinargewalt der Aufsichtsbehörde zu stellen. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch diese Bestimmung gestrichen werde.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

In den Landkrankenkassen werden sogar die Vertreter der Versicherten für die Versicherungsorgane und Versicherungsbehörden durch die Vertretung des Gemeindeverbandes gewählt, so daß die fünf Millionen Arbeiter in den Landkrankenkassen gar kein Wahlrecht haben und von solchen Vertretern vertreten werden, die in Wahrheit die Arbeitgeber wählen. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß den Versicherten in den Landkrankenkassen dasselbe Wahlrecht wie in den Ortskrankenkassen gewährt wird.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien,** mit Ausnahme mehrerer Rationaliberaler und Zentrumsabgeordneten.

Bei den Ortskrankenkassen ist das Stimmrecht der einzelnen Arbeitgeber bei der Wahl der Arbeitgebervertreter nach der Zahl ihrer versicherungspflichtigen Beschäftigten zu bemessen. Die Sitzung kann es abtufen und eine Höchstzahl der Stimmen vorschreiben. Abtufung und Höchstzahl bedürfen der Zustimmung des Oberversicherungsamtes. Dieses Ueberwiegen der Großkapitalisten bei der Wahl, beantragten die Sozialdemokraten zu streichen.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien,** mit Ausnahme der Polen.

In den Betriebskrankenkassen führt der Arbeitgeber oder sein Vertreter den Vorsitz. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß der Vorsitzende der Betriebskrankenkasse vom Vorstände gewählt wird.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Wer die Mitgliedschaft bei einer Betriebskrankenkasse freiwillig fortsetzt, ist weder wählbar noch wahlberechtigt. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Mitglieder der Kasse, die von dem Betriebsinhaber unabhängig sind und deshalb am besten die Interessen der Arbeiter vertreten können, wählbar und wahlberechtigt sein sollen.

**Abgelehnt von allen Kompromißparteien.**

Die Sozialdemokraten beantragten ferner, daß einem Arbeitervertreter im Ausschuss und im Vorstände einer Betriebskrankenkasse zu einem früheren Zeitpunkt als zum Ablauf seiner Wahlperiode das Arbeitsverhältnis durch den Arbeitgeber nur aus einem wichtigen Grunde gekündigt werden kann.

**Abgelehnt von den Kompromißparteien.**

In Innungskrankenkassen soll der Vorsitzende und sein Stellvertreter von der Innung aus den Vorstandsmitgliedern bestellt werden. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß auch in Innungskrankenkassen der Vorsitzende und sein Stellvertreter vom Vorstände selbst gewählt werden.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Die Beschlüsse des Ausschusses, durch die die Satzung geändert oder die Kasse aufgelöst oder mit anderen Kassen freiwillig vereinigt wird, sind, abgesehen von einigen Ausnahmen, nur gültig, wenn sowohl die Mehrheit der Vertreter der Arbeitgeber als auch der Versicherten zustimmt. — Die Sozialdemokraten wollten für diese wichtigen Beschlüsse die einfache Mehrheit maßgebend sein lassen.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Kassenmittel sollen für den Besuch von Krankenkassenkongressen, die den gesetzlichen Zwecken der Krankenversicherung dienen, nur mit Zustimmung der obersten Verwaltungsbehörde verwendet werden dürfen. — Die Sozialdemokraten wollten diese Bevormundung der Krankenkassen gestrichen haben.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Wenn die Kassen nicht genügend Ärzte zur Behandlung der Kassenpatienten finden, sollen sie mit Genehmigung des Oberversicherungsamtes berechtigt sein, statt der erforderlichen ärztlichen Behandlung eine gewisse Geldsumme zu gewähren. — Die Sozialdemokraten beantragten, daß dazu nicht die Zustimmung des Oberversicherungsamtes, sondern die Zustimmung der Arbeitervertreter in dem Ausschuss der Kasse notwendig sein soll.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Krankenhäuser, die lediglich zu wohltätigen oder gemeinnützigen Zwecken bestimmt oder von öffentlichen Verbänden oder Körperschaften errichtet sind, dürfen nur aus einem wichtigen Grunde mit Zustimmung des Oberversicherungsamtes von der Behandlung der Kassenpatienten ausgeschlossen werden. — Die Sozialdemokraten forderten, daß diese Krankenhäuser die Aufnahme von Kassenpatienten auch nur aus einem wichtigen Grunde ablehnen dürfen, und daß ein Streik der Ärzte mit Verzicht wegen Regelung des ärztlichen Dienstes nicht als wichtiger Grund gelten darf.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Den Krankenkassen ist es verboten, mit einzelnen Apothekenbesitzern oder Verwaltern im Bereiche ihrer Kasse einen Vertrag zu schließen, nach dem sämtliche Arzneimittel nur von diesen Apothekern bezogen werden. — Die Sozialdemokraten wollten die Beschränkung der Vertragsfreiheit für die Krankenkassen streichen.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

Die Krankenkassen sind gezwungen, auch dann die teuren Preise für freigegebene Arzneimittel an die Apotheker zu bezahlen, wenn sie dieselben Mittel von den Drogerien und anderen Arzneimittelhändlern zu billigeren Preisen beziehen können. — Die Sozialdemokraten beantragten die Streichung dieser ganz unfinnigen Belastung der Krankenkassen.

**Abgelehnt von allen bürgerlichen Parteien.**

## Reichstag.

175. Sitzung. Montag, den 15. Mai, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratstisch: Dr. Delbrück.

Die Beratung der

### Reichsversicherungsordnung

wird fortgesetzt bei § 408, der die Aufsicht über die Krankenkassen dem Versicherungsamt zuweist und bestimmt, daß Anordnungen rechtlich nicht begründet seien, dem Oberversicherungsamt zur Entscheidung zuweist.

Abg. Heine (Soz.):

Meine Freunde haben in der Kommission beantragt, das Verwaltungsstreitverfahren mit dem Oberverwaltungsgericht als Spitze zuzulassen, den Antrag aber zurückgezogen, als ein Vertreter erklärte, in den §§ 1740—1745 sei das Verwaltungsstreitverfahren durchgängig zugelassen. Das war eine Ironie.

jene Paragraphen gelten nur für die Unfallversicherung, deshalb haben wir den Antrag jetzt wieder aufgenommen. Das Oberversicherungsamt ist durchaus bürokratisch zusammengesetzt und daher keine unabhängige Rechtsinstanz, die eine Garantie für eine liberale und gerechte Handhabung der Reichsversicherungsordnung bietet. Dazu kommt, daß die Beschlüsse nicht auf Tatsachen, sondern nur auf Rechtsgründe gestützt werden darf. Wenn das Versicherungsamt fälschlich behauptet, ein Angestellter habe seine Stellung politisch mißbraucht, und ihn deshalb entläßt, steht ihm überhaupt keine Beschwerde zu. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Daß die Konventionen vom Oberverwaltungsgericht nichts wissen wollen, begreife ich; das Oberverwaltungsgericht ist ja nicht ein Hort der Freiheit und der Fortentwicklung der Selbstverwaltung geworden, aber immerhin ist es ein Kollegium aus Richtern, die das Verantwortlichkeitsgefühl haben, nicht einfach über das Gesetz hinwegzuspringen und das Recht zu beugen, wenigstens in normalen Fällen. Der § 408 ist auch ein Glied in der Kette, die Selbstverwaltung der Krankenkassen zu ersticken und politisch zu mißbrauchen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die Liberalen sollten unseren Antrag nicht ablehnen; auch das Zentrum scheint sich über die Ungeheuerlichkeit, die in der Abschneidung des Verwaltungsstreitverfahrens liegt, nicht klar geworden zu sein. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar: In späteren Paragraphen ist bestimmt, daß eine weitere Beschwerde an das Reichsversicherungsamt möglich ist; das Oberversicherungsamt ist also nicht letzte Instanz. Abg. Dr. Rugan (Sp.): Im Interesse einer einheitlichen Rechtsprechung müssen wir den sozialdemokratischen Antrag ablehnen.

Abg. Heine (Soz.):

Getwist ist eine einheitliche Rechtsprechung wünschenswert; aber eine ungleiche Rechtsprechung ist immer noch besser als gar keine. Dadurch, daß die Beschlüsse nicht auch auf Tatsachen gestützt werden können, kann jemand ohne jedes mündliche Verfahren auf falsche tatsächliche Behauptungen hin entscheiden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Bei dieser Bestimmung kann es nicht bleiben, wenn Sie nicht die reine Verwaltungswilktir haben wollen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Geheimrat Caspar: Die Beteiligten müssen in jedem Falle gehört werden.

Abg. Heine (Soz.):

Wenn jemand vernommen und darüber ein Protokoll aufgenommen wird, so ist das kein mündliches kontradiktorisches Verfahren.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Ein weiterer sozialdemokratischer Antrag verlangt die Einschließung eines § 410a, wonach die Krankenkassen dem Reichsversicherungsamt Auskunft über die Durchführung der Krankenversicherung und Krankenverhütung zu geben haben.

Abg. Severing (Soz.):

Unser Antrag will eine Zentralisierung der Krankenstatistik erreichen.

Geheimrat Caspar: Der Antrag ist überflüssig; schon jetzt kann der Bundesrat solche Erhebungen anordnen.

Abg. Severing (Soz.):

Der Präsident des kaiserlichen statistischen Amtes hat selbst auf den Antrag der Krankenstatistik aufmerksam gemacht. Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Die §§ 416 bis 420 bestimmen, daß eine Kasse die Beiträge zu Ausgaben über die Regelleistungen hinaus über 4 1/2 Proz. des Grundlohnes nur mit Zustimmung der Arbeitgeber erhöhen darf, ebenso über 6 Proz. zur Deduktion der Regelleistungen; decken bei Betriebs-, Innungs- oder Landkrankenkassen auch 6 Proz. die Regelleistungen nicht, so hat der Arbeitgeber resp. die Innung resp. der Gemeindeverband die erforderlichen Beihilfen zu leisten.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Wir beantragen, in diesen Paragraphen 6 Proz. statt 4 1/2 und 7 1/2 Proz. statt 6 zu setzen. Wenn irgendwie die Leistungen über die Regelleistungen erhöht werden sollen, ist mit 4 1/2 Proz. Beitrag nicht auszukommen. Die Unternehmer werden aber stets der Erhöhung der Beiträge großen Widerstand entgegenzusetzen. Die Berechtigung zum Bezug von Altersrente haben wir in der Kommission beantragt mit dem 65. statt dem 70. Jahr beginnen zu lassen; das hätte eine Erhöhung des Beitrages um 4 Pf. für den Arbeiter, um 2 Pf. für den Unternehmer nötig gemacht. An diesen 2 Pf. ließ man die Sache scheitern, die Industrie könnte das nicht tragen, wurde ausgeführt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das kennzeichnet den Standpunkt der Unternehmer. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Jri (Z.): Der Grundlohn wird gegen den bisherigen erhöht, und dadurch wachsen die Einnahmen von selbst.

Abg. Schmidt (L.) begründet einen Kompromißantrag Schulz, wonach bei Landkrankenkassen der Gemeindeverband das Amt des Kassenvorsitzenden einem Vertreter übertragen kann, falls sechs Prozent des Grundlohnes als Beitrag für die Regelleistungen nicht ausreichen.

Abg. Schmidt-Berlin (Soz.):

Die Erhöhung des Grundlohnes, die übrigens nicht überall eintreten wird, ändert nichts daran, daß bei Erhöhung der Leistungen über die Regelleistungen hinaus, also zum Beispiel bei Zahlung des Krankengeldes über die 26. Woche hinaus, bei Erhöhung des Krankengeldes über den halben Lohn, bei Einführung einer Mutterchaftversicherung mit 4 1/2 Proz. Beitrag nicht auszukommen ist. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Die sozialdemokratischen Anträge werden abgelehnt, der Antrag Schulz wird angenommen.

§ 436 gestattet Krankenkassen, sich zu einem Verbandsverein zu vereinigen, wenn sie ihren Sitz im Bezirke desselben Versicherungsamtes haben; andernfalls kann das Oberversicherungsamt resp. die oberste Verwaltungsbehörde die Genehmigung zur Bildung eines Krankenverbandes verweigern.

Abg. Koch (Soz.):

Wir beantragen die Streichung aller beschränkenden Bestimmungen in diesem Paragraphen. Die Krankenverbände haben wichtige Aufgaben zu erfüllen, z. B. Heilanstalten und Genesungsheime anzulegen und zu betreiben. Das wirtschaftliche Leben ist nicht schablonenhaft begrenzt nach den Bezirken der Versicherungsämter. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Der einzige Grund für diese Bestimmung ist der enge bürokratische Gesichtspunkt, daß die Ueberwachung dabei am einfachsten ist. Das darf aber nicht ausschlaggebend sein. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Der Antrag der Sozialdemokraten wird abgelehnt.

§ 443a bestimmt, daß für Krankenvereinigungen, die den allgemeinen Zwecken der Krankenhilfe dienen, Kassenmittel nur mit Zustimmung beider Gruppen im Vorstände verwendet werden dürfen, und daß Krankenvereinigungen mit Genehmigung der obersten Verwaltungsbehörde einzelne Aufgaben von Krankenverbänden übernehmen dürfen.

Abg. Wolfenbühl (Soz.):

Wenn man eine Zusammenstellung der Bestimmungen zur Verhinderung des Ausbaues der Krankenkassen aus diesem Gesetz nehmen wollte, würde man ein ganz umfangreiches Gesetz bekommen, aus dem hervorgehen würde, daß man im Deutschen Reichstage die Entwicklung der Krankenkassen für das größte Unrecht hält. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) In diesen Bestimmungen gehört auch der § 443a. Man hat hier gleich zwei Hemmnisse für diese Entwicklung mit aufgenommen, indem jedesmal die oberste Verwaltungsbehörde ihre Zustimmung geben muß und zweitens auch die Arbeitgeber. Eine dieser beiden hemmenden Bestimmungen genügt vollaus, und wir beantragen daher, die Notwendigkeit der Zustimmung der Unternehmer zu streichen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt.

§ 447 bestimmt, daß auf Antrag des Arbeitgebers von der Versicherung befreit wird, wer von dem Arbeitgeber eine den Leistungen der zuständigen Krankenkasse gleichwertige Unterstützung erhält. Ueber solche Anträge entscheidet das Versicherungsamt endgültig.

§ 447a beschränkt die Befreiung auf die Dauer des Arbeitsvertrages.

Die Abg. Brandts und Genossen (Polen) beantragen, in § 447 das Oberversicherungsamt an Stelle des Versicherungsamtes zu setzen.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) und ebenso die Abgg. Althaus und Genossen (Sp.) beantragen, beide Paragraphen zu streichen.

Im Falle der Ablehnung dieser Anträge beantragen die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.), dem § 447 den Absatz zuzufügen:

„Den Versicherungsamtlichen steht die Auswahl unter den von der zuständigen Kasse für den Aufenthaltsort des Kranken bestellten Ärzten frei.“

und dem § 447a den Zusatz:

„Tritt im ersten Jahre nach dem Beginn der Weiterversicherung der Versicherungsfall ein, so hat der Arbeitgeber, der von dem § 447 Gebrauch gemacht hat, der Kasse den Ueberbruch der Aufwendungen über die eingezahlten Beiträge zu ersetzen.“

Abg. Krustadt (L.) tritt für die Kommissionsfassung ein. Die landlichen Arbeitgeber tun für die Arbeiter vielfach mehr, als sie gesetzlich zu tun verpflichtet sind. Daher ist es nur recht und billig, daß die in den §§ 447 und 447a enthaltenen Bestimmungen zugunsten der Naturalleistungen getroffen werden.

Abg. Busold (Soz.):

Die beiden Paragraphen bedeuten ein Ausnahmegesetz zugunsten der großen und zugunsten der kleinen ländlichen Besitzer. Die Reglementierung haben in der Kommission ja auch zugeben müssen, daß bei den beiden Paragraphen nur die größeren Besitztümer in Betracht kommen. Also den größeren Besitzern wird es ermöglicht sich den Leistungen für die Landkrankenkassen zu entziehen; die Kleinbauern sind neben den Landarbeitern die Benachteiligten. Und man rede uns doch nicht vor, daß Naturalleistungen einen Ersatz für Krankenpflege bedeuten. Ist es etwa gleichgültig, ob der Kranke im Krankenhaus oder in einem Bett liegt, das in einem Verfluche neben dem Kufstall steht? (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Dazu kommt, daß gerade die Großgrundbesitzer mit Vorliebe die alten Arbeiter abziehen. Diese fallen dann den Landkrankenkassen anheim. Diesen Kassen wird damit ein erhöhtes Risiko aufgebürdet. Es wird auch gar nicht so selten vorkommen, daß schwangere Dienstmädchen abgehoben werden, über deren Zustand aus guten Gründen der Unternehmer besonders genau orientiert war. So wird der Besitzer die Wochenbeihilfe los und die Landkrankenkasse hat den Schaden zu tragen. Auf diese Weise macht man aus einem Gesetz zum Besten der Arbeiter ein Gesetz zum Besten der Unternehmer. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

den Sozialdemokraten.) Die §§ 447 und 447a sind ein Ausnahmengesetz zugunsten des Großgrundbesitzes. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fegter (Sp.): Ich erwarte, daß ich wegen meiner Haltung in dieser Frage wieder von der agrarisch-konservativen Presse angepöbelt werde. (Lächeln des Präsidenten.)

Präsident Graf Schwerin: Anpöbeln ist kein parlamentarischer Ausdruck. (Murmur, Heiterkeit und Zwischenrufe rechts.)

Abg. Fegter (fortfahrend): Die „Deutsche Tages-Zeitung“ hat meinen Freund Mugdan und mich wegen unfeiner Haltung in der Sonnenbädigung mit allerlei Schimpfwörtern beschimpft. Selbstredend lassen diese Schimpfereien uns kalt; wir konstatieren aber, daß dieser Ton von den Leuten angeschlagen wird, die immer von der „guten Kinderstube“ sprechen. (Lebhafte Zustimmung.)

Präsident Graf Schwerin: Wenn Sie vorher von der Presse gesprochen hätten, so hätte ich den Ausdruck „Anpöbeln“ nicht beanstandet. (Lebhafte Zustimmung links; Er hat von der Presse gesprochen.)

Abg. Fegter: Ich habe von der Presse gesprochen! (Lebhafte Zustimmung links.)

Präsident Graf Schwerin: Dann ziehe ich die Beanstandung des Ausdrucks zurück!

Abg. Fegter (fortfahrend): Die §§ 447 und 447a bedeuten ein neues Ausnahmengesetz zugunsten des Großgrundbesitzes. Die endgültige Entscheidung liegt beim Landrat und was wir von der Unparteilichkeit des Landrats zu erwarten haben, haben wir bei dem Ober-Prozess gesehen. (Sehr wahr! links.) Auch scheint hier wieder einmal die Absicht vorzuliegen, Zwietracht in die häuslichen Kreise zu tragen und durch ein neues Verbot ein Teil des Mittelbauernums an die Fahne des Bundes der Landwirte zu fesseln. (Sehr wahr! links.) Die Bestimmungen der beiden Paragraphen werden einen Sturm des Unwillens im Lande hervorrufen. Das Zentrum aber sollte es sich überlegen, ob es sich zu einer solchen schändlichen Ungerechtigkeit hergeben will. (Ruf bei den Sozialdemokraten: Ach, das Zentrum! Das macht alles mit!) Ich bitte dringend, die beiden Paragraphen zu streichen, wenn nicht in der zweiten, so doch in der dritten Lesung. (Lebhafte Zustimmung links.)

Abg. Reuner (natl.): Es handelt sich hier keineswegs um ein Ausnahmengesetz. Wenn aber von Ausnahmestimmungen gesprochen werden kann, so sind es solche zugunsten der kleinen Besitzer (Heiterkeit links) und zugunsten der Landarbeiter. (Ernaute Heiterkeit links.) Wir werden für die Kommissionsbeschlüsse stimmen. (Bravo! bei der Mehrheit.)

#### Abg. Schmidt-Vorlin (Soz.):

Ganz gewiß handelt es sich bei den beiden Paragraphen um Ausnahmestimmungen schimmiger Art. Ein Teil der Landarbeiter wird noch ungünstiger gestellt als die übrigen Landarbeiter, die schon weit schlechter gestellt sind als die Industriearbeiter. Und da will man leugnen, daß wir es hier mit Ausnahmestimmungen zu tun haben? (Zehr gut? bei den Sozialdemokraten.) Es ist nicht wahr, daß keine Erfahrungen über die ländliche Krankenversicherung gesammelt worden sind. In einem großen Teile Deutschlands besteht bereits die Krankenversicherung der ländlichen Arbeiter. — So steht es mit der Behauptung, daß es sich um Ausnahmestimmungen zugunsten der Landarbeiter handle. Und was die Behauptung betrifft, daß es sich um Ausnahmestimmungen zugunsten der ländlichen Klein- und Mittelbesitzer handle, so ist dem zu erwidern: die Bestimmungen sind so abgefaßt, daß, wenn ein mittlerer oder kleiner Besitzer von ihnen Gebrauch macht, er aufs schwerste geschädigt wird. (Hört! hört! links.)

Besonders schwer werden die ausländischen Arbeiter geschädigt. Dem Kurpfuschertum wird Vorzug geleistet: wir kennen ja aus der Kurpfuschert-Kommission die große Korruption, die die Konservativen für Schächer- und sonstige sympathische Auren beklundeten. (Heiterkeit und Sehr gut! links.) So verschlechtert man durch diese Durchlöcherungsparagraphen noch mehr die ländliche Krankenversicherung, deren Sätze sowieso derart niedrig gehalten sind, daß sie mehr unter dem Begriff der Armenpflege, als unter den einer sozialen Versicherung fallen. (Lebhafte Zustimmung links.) Ich fasse meine Ausführungen dahin zusammen: die §§ 447 und 447a sind ein Ausnahmengesetz zugunsten des großen Grundbesitzes, zum Schaden des kleinen Grundbesitzes und der Landarbeiter. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Die Herren von der Mehrheit mögen sich brechen und wenden wie sie wollen: es handelt sich um ein Ausnahmengesetz zugunsten der ostelbischen Agrarier. Das hat ein konservativer Herr in der Kommission ja auch ziemlich deutlich zugegeben. (Hört! hört! links.) Der bairische und der württembergische Bevollmächtigte erklärten: für unsere heimischen Verhältnisse kommt eine derartige Bestimmung gar nicht in Betracht. (Ernaute Hört! hört!) Es handelt sich weniger um Herabminderung der Leistungen der Krankenkassen — diese sind so miserabel, daß sie kaum noch herabgemindert werden können (Sehr gut! links) — als darum, daß die Großagrarien nicht wollen, daß andere als von ihnen abhängige Leute über Gesundheit, Krankheit und Arbeitsfähigkeit ihrer Arbeiter entscheiden. (Sehr wahr! links.) Die ostelbischen Großgrundbesitzer werden aus den Landkrankenstellen austreten und die Bauern allein werden darin bleiben. — Wir bitten dringend um Streichung der zwei Paragraphen. (Lebhafte Zustimmung links.)

#### Abg. Mollenhuth (Soz.):

Mich wundert es, daß Herr Kollege Fegter so inländisch das Zentrum gebeten hat, für die Streichung der beiden Paragraphen zu stimmen. Wer die Geschichte der sozialen Versicherung kennt, weiß, daß es keinen schlimmeren Feind der Krankenversicherung gibt als das Zentrum. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Während 1893 der Sprecher der Konservativen, v. Malayhn-Gulz, noch für die Einbeziehung der ländlichen Arbeiter in die Krankenversicherung eintrat, eiferte das Zentrum dagegen und auf Antrag Dettling wurde die Nichtinbeziehung der Landarbeiter beschlossen. (Lebhafte Zustimmung links.) Seitdem hat sich nicht etwa das Zentrum zum damaligen Standpunkt der Konservativen, sondern die Konservativen haben sich längst zum damaligen Standpunkt des Zentrums bekehrt. Im innersten Grunde wollen beide Parteien keine ländliche Krankenversicherung. Nur Gegner einer Krankenversicherung konnten einen Beschluß fassen, wonach Naturalverpflegung mit der Krankenpflege als „gleichwertig“ zu sehen sei. Was heißt überhaupt „gleichwertig“? Zwei Dinge können an sich gleichwertig sein, und doch kann das eine dieser Dinge im Augenblick gänzlich wertlos sein. Ein paar Stelchen mögen einer bestimmten Menge Fleisch und Brot durchaus gleichwertig sein; und doch sind sie für einen hungerrigen Kranken durchaus wertlos. (Lebhafte Zustimmung links.) Und wer soll über die Gleichwertigkeit der Leistungen entscheiden? Der Landrat? Den Landrat möchte ich sehen, der in einer solchen Frage gegen einen feudalen Herrn entscheidet. (Sehr wahr! links.) Nehmen Sie meinen Antrag an und beseitigen Sie diese Paragraphen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Reuner (natl.) weist darauf hin, daß die Bestimmungen der beiden Paragraphen nur geltendes Recht festlegen wollen.

Abg. Dr. Mugdan (Sp.): Wenn das, was die beiden Paragraphen wollen, in einigen Gebenden geltendes Recht ist, so ist es um so nötiger, mit diesem Recht zu brechen. (Bravo! links.)

Hiermit schließt die Diskussion. Die auf Antrag Bedel namentliche Abstimmung wird auf eine spätere Stunde verschoben.

§ 460 bestimmt, daß die Kasse den nach § 447 Befreiten die Leistungen zu gewähren hat, soweit sie der Arbeitgeber nicht erfüllt. Der Arbeitgeber hat ihr das Weiserte zu erlassen.

Die Abgg. Albrecht und Genossen (Soz.) beantragen, zuzufügen: „Soweit die Kasse ihre Leistungen nicht vom Arbeitgeber einziehen kann, ist ihr Ersatz aus der Staatskasse zu leisten.“

#### Abg. Busold (Soz.):

Unser Antrag ist unumkehrbar gerechtfertigt, als nicht der Vorstand einer Kasse endgültig zu entscheiden hat, ob eine Befreiung von den Beiträgen eintritt, sondern das Versicherungsamt.

Die Abstimmung über den Antrag Albrecht wird zurückgestellt.

§ 462 gestattet den Landkrankenstellen, im Winter (für die Zeit vom 1. Oktober bis 31. März) das Krankengeld bis auf 1/2 des Ortslohnes zu ermäßigen und die Beiträge entsprechend zu ermäßigen.

Abg. Arnstadt (L.): In Rücksicht auf die eigenartigen Verhältnisse in der Landwirtschaft ist diese Bestimmung notwendig.

#### Abg. Zubeil (Soz.):

Wir beantragen, diesen Paragraphen zu streichen. In Ostpreußen und Schlesien würde das Krankengeld nach dieser Bestimmung nur 24 Pf. betragen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Statt Krankengeld bieten Sie den Landarbeitern und Heimarbeitern nur Spott und Hohn. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Geradezu verbrecherisch ist es, daß diese Bestimmung auch auf Frauen zutreffen soll, die in das Wochenbett kommen.

Die Scham der Mehrheit ist, die den Hundes entflohen. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Präsident Graf Schwerin ruft den Redner zur Ordnung.

#### Abg. Zubeil (fortfahrend):

Die Säuglingssterblichkeit wird, wenn der § 462 Gesetz wird, noch zunehmen. Aber freilich, den Herren recht gilt der Landarbeiter nur als Dung, wenn er verbraucht ist, wird er fortgeworfen, denn Sie können immer wieder neue Arbeiter aus dem Ausland beziehen. Die Sie den Landarbeiter misshandeln, hat der frühere Minister v. Wittich erzählt, als er hier ausführte, es gäbe Landstriche, wo die Gutbesitzer den Arbeitern am Sonntag nichts zu essen gäben, weil sie nicht arbeiten. (Hört! hört! bei den Soz.) Auch Herr v. Gamp behauptete, daß die Gefangenen besser behandelt würden als die Landarbeiter. Aus tristem Eigennutz ist diese Bestimmung geboren. Es kommt noch hinzu, daß im Winter zahlreiche Bauarbeiter, die im Sommer in den Städten gearbeitet haben, aufs Land zurückkehren und in den Forsten arbeiten. Diese Rekrutanten von Arbeitern bewahren sich bisher ihre Rechte in freien Hilfsklassen. Das freie Hilfsklassengesetz wollen Sie aber ebenfalls aufheben, daher sollten Sie sie nicht auch noch durch diese Bestimmung schädigen, sondern den § 462 ablehnen, wie Sie es in der ersten und zweiten Lesung in der Kommission getan haben, da waren Sie nach unseren Gründen zugänglich; jetzt aber hat Ihr Hof gegen die Sozialdemokratie Sie blind und toll gemacht. (Lebhafte Zustimmung links.) Noch nie hat eine herrschende Klasse ihre Macht so mißbraucht, wie die Mehrheit dieses Hauses gegenüber der Arbeiterklasse. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Fegter (Sp.) tritt ebenfalls für Streichung des § 462 ein. Die Anträge auf Streichung des § 462 werden abgelehnt. Nach § 464 kam die oberste Verwaltungsbehörde den Landkrankenstellen gestatten, durch die Sezung für arbeitsunfähig Erkrankte erweiterte Krankenpflege einzuführen.

#### Abg. Reil (Soz.):

Wir beantragen die Streichung dieses Paragraphen. Die sog. erweiterte Krankenpflege im Krankenhaus oder einer ähnlichen Heilanstalt bedeutet durch die Herabsetzung des Krankengeldes an die Angehörigen und durch die Kürzung des Sterbegeldes, mit denen sie verbunden ist, in Wahrheit eine verminderte Krankenpflege. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hierzu kommt, daß der Landarbeiter auf alle Fälle sich der Einweisung ins Krankenhaus fügen muß, der gewerbliche Arbeiter nicht; dabei ist die Krankenpflege auf dem Lande so schlecht, daß in manchen Fällen die Hauspflege der Krankenpflege vorzuziehen ist. Diese Ausnahmestimmungen würdigen den Landarbeiter noch mehr herab; mit unserem Antrage dienen wir den Landarbeitern und der Landwirtschaft. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

§ 464 wird angenommen.

#### Abg. Lehmann-Wiesbaden (Soz.):

Begründet einen Antrag auf Streichung des § 462. Danach dürfen Landarbeiter zwar den Ersatzstellen beitreten, werden dadurch aber nicht von der Mitgliedschaft in den Landkrankenstellen befreit. Es ist das also wieder eine Ausnahmestimmung gegen die Landarbeiter. Zur Begründung sagte ein Vertreter der Regierung in der Kommission, für die Landarbeiter bestünde kein Bedürfnis nach Ersatzstellen. In Wahrheit will man verhindern, daß die Landarbeiter ein erhöhtes Krankengeld beziehen. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

#### Abg. Mollenhuth (Soz.):

Zum ersten Male seit Bestehen der Reichsgesetzgebung wird einer Gruppe von Staatsbürgern hier verboten, von einem allgemein gültigen Rechte Gebrauch zu machen. In Preußen stehen die Landarbeiter unter Ausnahmestimmungen, aber das Reichsrecht hat sich bisher davor gehütet. Jetzt aber sollen die Landarbeiter mit unehrlichen Gewerbetreibenden auf eine Stufe gestellt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten), dem sollte man entgegen treten.

§ 462 wird angenommen.  
§ 464 lautet: „Der Dienstberechtigte kann das Krankengeld auf den Lohn anrechnen, den er dem Dienstboten während der Krankheit weiterbezahlt hat.“

#### Abg. Mollenhuth (Soz.):

Wir beantragen Streichung dieses Paragraphen. Der wahre Sinn der Bestimmung des § 464 ist, daß die Dienstboten durch die Reichsversicherungsordnung schlechter gestellt werden, als sie bisher standen. (Sehr wahr! bei den Soz.) während die Dienstherren besser gestellt werden als vorher. Die große Mehrheit des Reichstags hat sich gegen die Aufrechnung des Krankengeldes der Handlungsgehilfen auf den während der Krankheit weiterbezogenen Lohn ausgesprochen. Den Dienstboten aber soll nicht recht sein, was den Handlungsgehilfen billig ist. Ihnen soll ein bestehendes Recht entzogen werden. Streichen Sie diesen unsozialen Paragraphen! (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Der Streichungsantrag wird abgelehnt.  
§ 460 lautet in der Kommissionsfassung: „Unständig ist die Beschäftigung, die auf weniger als eine Woche entweder nach der Natur der Sache beschränkt zu sein pflegt oder im voraus durch den Arbeitsvertrag beschränkt ist.“

Die Sozialdemokraten beantragen, den § 460 in der Fassung des Regierungsentwurfs wieder herzustellen. Diese lautet: „Unständig ist die Beschäftigung, die nach der Natur der Sache oder im voraus durch den Arbeitsvertrag auf weniger als eine Woche beschränkt ist.“

Abg. Busch-Göthem (L.) klagt über die schwere Belastung des Mittelstandes, der unter den sozialen Lasten zusammenbräche. Dem Mittelstand rufte man zu: Bezahle und halte das Maul. (Große Heiterkeit.) Wenigstens sollte die Regierung darauf sehen, daß bei den Ausführungsbestimmungen alle Schereien in bezug auf die Versicherung unständiger Arbeiter vermieden werden.

Ministerialdirektor Caspar sucht die Befürchtungen des Vortredners zu zerstreuen.

#### Abg. Leber (Soz.):

Die Kommission hat die Fassung des Entwurfs bedeutend verschlechtert, indem sie an die Stelle des präzisen Ausdrucks „beschränkt ist“, den zweideutigen Ausdruck „beschränkt zu sein pflegt“ gesetzt hat. Nun gibt es eine ganze Reihe Arbeiter, die Jahrzehnte hindurch bei einem Arbeitgeber beschäftigt sind, aber an jedem Sonnabend entlassen und am folgenden Montag wieder angestellt werden. So zum Beispiel in der Expedition:

Branche. Man sieht, was für eine Ausdehnung der Begriff „unständig Arbeiter“ hat. Die Kommissionsfassung gestattet, den Begriff noch viel weiter auszudehnen. Das bedeutet eine schwere Schädigung und

#### Befreiung zahlreicher Gelegenheitsarbeiter,

umso mehr, als auch die übrigen Bestimmungen über die unständigen Arbeiter sehr wenig günstig für sie gefaßt sind. — Bisher bestand für die unständigen Arbeiter nur das Versicherungsrecht, aber nicht für die Versicherungspflicht. Von dem Recht hat nur die Minderheit Gebrauch gemacht. Die neuen Bestimmungen sind nicht geeignet, den bestehenden Zustand beträchtlich zu verbessern. Bei einigermaßen gutem Willen wäre es möglich gewesen, die unständigen Arbeiter besser und im wesentlichen den ständigen Arbeitern gleichzustellen. Aber an diesem guten Willen hapert es eben. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

§ 460 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

Die folgenden Paragraphen werden debattelos unter Ablehnung aller Änderungsanträge in der Kommissionsfassung angenommen.

Nach § 488 hat im Wandergewerbebetriebe der Arbeitgeber die Beiträge an die Landkrankenstellen für die Zeit bis zum Ablauf des Wandergewerbejahres oder mit Erlaubnis des Kassenvorstandes für kürzere Zeit im voraus zu entrichten.

Unter Ablehnung eines vom Abg. Dr. Mugdan (Sp.) begründeten fortwährenden Antrages auf Festsetzung von Teilzahlungen wird § 488 in der Kommissionsfassung angenommen.

Die §§ 494—520, die von der Versicherung der Heimarbeiter handeln, werden mit Ausnahme des § 514, zu dem Änderungsanträge vorliegen, in der Diskussion verbunden.

Abg. Enbers (Sp.): Es handelt sich bei der Versicherung der Heimarbeiter um einen Sprung ins ungewisse Dunkel. Umso mehr muß die Gesetzgebung und die ausführende Verwaltung mit Vorsicht vorgehen und auf die Schwierigkeit und die große Mannigfaltigkeit der einschlägigen Verhältnisse Rücksicht nehmen. Bedauerlich ist es, daß den Landkrankenstellen, bei denen durchweg die Heimarbeiter versichert werden, in bezug auf Selbstverwaltung so außerordentlich schlecht gestellt werden. (Sehr richtig! links.) Jeder bürokratische Schematismus muß vermieden werden. (Beifall bei den Fortschrittlern.)

Gehelmirat Spielhagen: Der Entwurf ist durchaus von der Absicht getragen, in wirtschaftliche Verhältnisse nicht ohne zwingende Veranlassung einzugreifen und jeden Schematismus zu vermeiden.

#### Abg. Mollenhuth (Soz.):

Mein Herr haben die freisinnigen Vertreter in der Kommission gegen unsere Verbesserungsanträge gestimmt. Wir haben schon bei verschiedenen Gelegenheiten erlebt, daß die freisinnige Fraktion die Abstimmung ihrer Vertreter in der Kommission bedauerte und ich vermute, daß wir noch manchmal das Schauspiel erleben werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Heimarbeiter werden durchweg bei den Landkrankenstellen versichert. Das bedeutet, daß sie zwar Beiträge zu bezahlen haben, daß sie aber in die Verwaltung nicht hineinzurechnen haben, die von den Großagrariern besorgt wird. Allenfalls haben sie das Recht, hin und wieder angehört zu werden.

Die Versicherung bei der Landkrankenstelle bedeutet, wie wohl nicht näher auseinandergelegt werden braucht, eine schwere Benachteiligung gegenüber der Versicherung bei der Ortskrankenstelle. In manchen Industrien, z. B. in der Tabakindustrie, kommt der Uebergang von der Fabrik zur Hausarbeit häufig vor und der Arbeiter, der diesen Wechsel vornimmt, wird von der Ortskrankenstelle abgehoben. Alle unsere Anträge, den Arbeiter vor den üblen Folgen solchen Wechsels zu schützen, sind von der Mehrheit abgelehnt worden. Und ebenso sind in der Kommission alle unsere Anregungen abgelehnt worden. Die Regelung der Auftragsverhältnisse für die Heimarbeiter günstiger zu gestalten. Das Plenum wird nach den bisherigen Erfahrungen natürlich auch nicht daran denken, die Heimarbeiterversicherung in großzügiger Weise zu regeln. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Pfeiffer (L.): Auch ich hege zahlreiche Bedenken, die sich jedoch in anderer Richtung bewegen, als die des Abg. Mollenhuth. Namentlich fürchte ich, daß die Bestimmungen über die Auftragsverhältnisse ohne eine geradezu unmögliche Hauskontrollen undurchführbar sein werden.

Die Debatte schließt.

Es folgt die namentliche Abstimmung über § 447. Er wird mit 181 gegen 88 Stimmen bei 1 Stimmenthaltung in der Fassung der Kommission angenommen; der Zusatzantrag Brendhs (Pole) zu § 447 wird angenommen.

§ 447a und § 450 werden in der Kommissionsfassung angenommen, ebenso die Paragraphen über die Versicherung der Hausgewerbetreibenden bis auf § 516a.

§ 516a bestimmt, daß, wenn für einen Bezirk oder ein Gewerbe die Versicherung der Hausgewerbetreibenden bereits durch statutorische Bestimmung geregelt ist, die oberste Verwaltungsbehörde genehmigen kann, daß die statutorische Bestimmung in Geltung bleibt. Voraussetzung der Genehmigung ist, daß Auftraggeber und Hausgewerbetreibende im Bezirk der Versicherungsamts ihren Betriebsort haben, und daß die den Hausgewerbetreibenden zugebilligten Leistungen denen dieses Gesetzes mindestens gleichwertig sind.

Abg. Dr. Gieshoff (Sp.) beantwortet den Antrag, zwischen „Versicherungsamt“ und „ihren Betriebsort“ einzuschalten: „oder in dem von der obersten Verwaltungsbehörde nach örtlichem Bedürfnisse bestimmten größeren Bezirke.“

#### Abg. Scheidemann (Soz.):

Die Heimgewerbetreibenden sind den Landkrankenstellen zugewiesen mit der Begründung, daß sie den Landarbeitern ziemlich gleich stehen. Wenn die Sache nicht so sehr ernst wäre, könnte man herzlich darüber lachen. In Solingen gehören gerade die intelligentesten und bestbezahltesten Arbeiter zu den Hausgewerbetreibenden, bei denen man oft im Zweifel ist, ob sie nicht schon Kleinrentner sind. Für den freisinnigen Antrag werden wir eintreten, wir hätten ihn gern selbst gestellt, wenn er nicht von der Seite schon gekommen wäre. Aber er genügt nicht, und deshalb beantragen wir zuzufügen: „Und daß die Kassen in derselben Weise verteilt werden, wie es § 497 und folgende bestimmen.“ Sonst würde über die Beitragsleistung gar nichts gesagt sein. Es wird ja nicht leicht sein, sie zu regeln, aber wir müssen zum Ausdruck bringen, daß sie geregelt werden soll. Ich bitte nicht um Annahme unseres Antrages, sondern sage Ihnen, Sie müssen ihn annehmen, wenn Sie nicht etwas Unbrauchbares und Undurchführbares beschließen wollen. Das Gesetz wird sich ja bald als reparaturbedürftig erweisen und die Reparaturarbeit wird in einem neuen Reichstag vorgenommen werden, der nicht das

Angstprodukt einer verlogenen elenden Wahlhege

ist. (Großer Lärm rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Gieshoff (Sp.) weist darauf hin, daß er seinen Antrag zur Zustimmung der Regierung eingebracht hat.

#### Abg. Scheidemann (Soz.):

Wir haben uns nicht der Zustimmung der Regierung vorher versichert, wohl aber davon, daß unser Antrag den Interessen der Solinger Arbeiter entspricht.

Der sozialdemokratische Antrag wird abgelehnt. Der freisinnige mit großer Mehrheit angenommen.

Hierauf verlegt das Haus die Weiterberatung auf Dienstag

11 Uhr.

Schluß 6/2. Ufa.

# Abgeordnetenhaus.

76. Sitzung vom Montag, den 15. Mai,  
vormittags 11 Uhr.

Am Ministerische: v. Dallwitz.

## Fortsetzung der zweiten Lesung des Zweckverbands- gesetzes für Groß-Berlin.

§ 7, der die Plucklinien und Bewaupungspläne betrifft, wird unter Ablehnung eines fortschrittlichen Antrages, der die Zustimmung der Gemeinden für erforderlich erklärt, wenn die Aufwendung dafür 6 Prozent des Gesamtsteuerfolls überschreitet, angenommen. Nach Ablehnung einiger Abänderungsanträge werden auch die §§ 8 bis 12 angenommen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wir haben zum § 13 den Antrag gestellt, den Satz: kein Verbandmitglied darf mehr als zwei Fünftel der gesamten Vertreterzahl stellen, zu streichen. Wir können nicht einsehen, daß irgendwo eine Gefahr für den Verband darin liegt, wenn Berlin die 52 Vertreter erhält, die ihm nach der Einwohnerzahl zustehen. Die Petition des Berliner Magistrats, die sich gegen diesen Absatz wendet, führt durchaus zutreffende Gründe dafür an. Wenn in dem Zweckverband nicht

### Kommunale Kirchtopolitik

getrieben werden soll, sondern wirklich die Interessen der Gesamtheit wahrgenommen werden sollen, dann möchte man im Gegenteil sogar dafür sorgen, daß die Sozialdemokratie im Verhältnis zu ihrer Stimmenzahl in Groß-Berlin mehr zur Geltung käme. Dann würden die sozialen Pflichten eines solchen Zweckverbandes weit mehr erfüllt werden. Die Behauptung der Mehrheit, daß Berlin nichts für die Vororte getan hätte, stimmt in diesem Sinne nicht. Berlin hat sehr viel getan, von dem der Hauptnutzen den Vororten zugefallen ist, während die Vororte sehr vieles versummt haben. Beispielsweise wartet Berlin seit Wochen und Monaten darauf, daß die Vororte sich endlich schlüssig machen über die erweiterte Sonntagsruhe in Groß-Berlin. Die Sorge der Mehrheit, daß 52 Vertreter Berlins durch einheitliche Stimmabgabe die übrigen Verbandsglieder majorisieren würden, ist ganz unbedeutend. (Munche rechts.) Ich kenne ja die Stimmung dieses Hauses und weiß, daß es hiesige, geldmangelnde Denkmäler nach Berlin tragen, wenn man hier weitere Ausführungen darüber machen wollte, denn Sie wollen ja nicht hören. Nach den Ergebnissen der Volkszählung sind die Vororte weit stärker im Verhältnis der Einwohnerzahl gewachsen, als Berlin, das bald an der Grenze seines Wachstums angelangt sein wird. Wenn diese Entwicklung so weiter geht, dann wird wohl im Jahre 1915 Berlin nach seiner Einwohnerzahl nicht mehr die Majorität der Vertretung im Zweckverband haben. Es zeigt sich ja bis zum Zentrum hinein, was mit diesem Gesetz bezweckt ist. Es muß ausdrücklich festgestellt werden, daß ein Mitglied des Zentrums in der Kommission den Antrag gestellt hat, daß 10 Mitglieder vom König ernannt werden sollen. (Hört! hört! links.) Es gibt nichts Bezeichnenderes für diese Partei, die von sich behauptet, daß sie auf dem Boden des Reichstagswahlrechts stehe, als diesen Antrag. (Zurufe im Zentrum.) Es ist ein Kollege aus Ihren (zum Zentrum) Reihen gewesen. Sie sagen, daß er nicht den Auftrag Ihrer Partei gehabt habe, aber die Tatsache, daß der Antrag von einem Ihrer Parteimitglieder gekommen ist, zeigt zur Genüge, daß das Zentrum mit verantwortlich dafür ist. Das der Steller dieses Antrages, für den nicht einmal die Konservativen zu haben waren, noch heute Mitglied Ihrer Partei ist, das drückt Ihnen als Partei das

### Kaiserszeichen des Volksberrats

auf die Stirn. (Sehr richtig! links.) Der § 14 bestimmt das Wahlrecht der Vertreter. Wir haben schon beim allgemeinen Zweckverbandsgesetz darauf hingewiesen, daß wir der Meinung sind, daß alle über 20 Jahre alten Gemeindeglieder auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts die Vertreter wählen müßten. Wir haben auch hier einen dahingehenden Antrag gestellt. Auf die Frage des Abg. Dr. v. Kries, ob wir auch die Frauen darunter verstehen, antwortete ich nochmals, daß wir selbstverständlich das Wahlrecht auch für die Frauen verlangen, zumal diese besonders in der Großstadt, ein ebenso großes Interesse wie die Männer haben an einer gesunden Wohnungspolitik, einer Ausgestaltung der Verkehrsverhältnisse und an den übrigen Aufgaben des Zweckverbandes. Bei der ganzen Wahlrechtsfrage tritt ja wieder das Hausbesitzerprivileg hindernd in den Weg. Alles was Sie von einer Majorität der Berliner Vertreter zu Unrecht befürchten, nämlich den Widerstand gegen eine gesunde Wohnungspolitik usw., wird tatsächlich durch dieses Hausbesitzerprivileg verschuldet werden. Vernünftige Zustände werden wir nicht eher erreichen, als bis das jämmerliche Gemeindegliederwahlrecht abgeschafft und das Hausbesitzerprivileg beseitigt wird. Solange Sie sich nicht dazu verstehen, endlich ein unerer Zeit entsprechendes Gemeindegliederwahlrecht zu schaffen, bleiben alle Ihre Deklamationen über Wohnungspolitik nichts als Deklamation. Hier hätten Sie anfangen müssen, stattdessen suchen Sie aber zum alten Unrecht neues hinzuzufügen. Damit zeigen Sie wieder dem Volk, was es von diesen Abgeordnetenhaus zu erwarten hat und Sie werden ihm damit die Ueberzeugung beibringen, daß es selbst wieder die Frage des Wahlrechts in die Hand nehmen muß, um endlich einmal hier die große Aufgabe vorzunehmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Op.): Der letzte Antrag ist für uns unannehmbar, da wir nicht einem großen Teil von Minderjährigen weitgehende Rechte einräumen können. Dem ersten Antrag können wir zustimmen, beantragen aber die Bestimmung zu streichen, daß der Stadigemeinde Berlin bei Berechnung der Gesamtvertreterzahl der erste Bürgermeister als Vertreter nicht angerechnet wird. Nur den Fall der Ablehnung dieses Antrages stellen wir den Eventualantrag, daß kein Verbandsglied mehr als die Hälfte der Gesamtvertreterzahl erhalten darf, wobei der Stadt Berlin der erste Bürgermeister als Vertreter angerechnet wird. Ich muß anerkennen, daß die hiesige Kritik, die von sozialdemokratischer Seite oft genug an der Berliner Stadtverwaltung geübt wird, doch immer auf sachlicher Grundlage beruht im Gegensatz zu den Tadlern der Berliner Verwaltung von der anderen Seite, die ins Gelächere hinein kritisieren, ohne die Tatsachen zu kennen, die den ganz ungerechtfertigten Vorwurf erheben, daß Berlin die übrigen Verbandsglieder über den Haufen hartherber wolle.

Minister v. Dallwitz: Die Annahme dieser Anträge würde Berlin das Uebergewicht in der Verbandssammlung geben und die Vororte überhaupt nicht zu Worte kommen lassen. Dann brauchte man gar keine Verbandssammlung.

Abg. Graf v. Spee (Z.): Der Antrag, zehn Mitglieder der Verbandssammlung vom König ernennen zu lassen, ging von mir persönlich aus und es ist mir vollständig gleichgültig, ob er den Verfall des Abg. Hoffmann findet. Der unerhörte Vorwurf des Volksberrats erledigt sich durch die agitatorische Absicht dieser ungerechten Verschöpfung von selbst.

Abg. v. Brandenstein (L.): Mit der Zurückweisung des freisinnigen Antrages durch den Minister sind wir einverstanden.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Wenn man Minderjährigen kein Wahlrecht geben will, soll man doch konsequent sein und die Minderjährigen auch nicht zur Unterstützerberanziehen. Tut man es, dann werden sie doch auch die Reife zur Teilnahme an der Verwaltung haben. (Lachen rechts.) Regen Sie sich nicht auf! Mit 17 Jahren kann man ja sogar schon den Kaiserthron besteigen, da wird man doch mit 20 schon zur Verbandssammlung wählen können! (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Erfreulich ist, daß sich Graf Spee als Urheber des Antrages, 10 Vertreter durch den König ernennen zu lassen, bekant hat. Wieviel unnütze Anträge stellt das Zentrum, zum Beispiel bei Kulturfragen und Ihre Toleranz-

anträge im Reichstag. Sie (nach rechts) werden vielleicht selbst einmal bedauern, daß nicht mehr Sozialdemokraten in der Verbandssammlung sind, die selbstlos mitarbeiten und keinerlei Sonderinteressen, auch nicht einzelner Gemeinden, verfolgen. Die vom Grafen Spee behauptete

### Unparteilichkeit des Königs von Preußen

könnte ich ja durch viele Beispiele, z. B. durch die Reichstagsreden über das persönliche Regiment, illustrieren. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ein solcher Antrag ist Volksberrats und volkverräterisch ist die Partei, die den Antragsteller in ihrer Mitte duldet. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. — Lachen rechts und im Zentrum.)

Abg. Rosenow (Op.): Wir erkennen freudig an, was die Hohenzollern für Berlin geleistet haben, aber die Bürger Berlins haben durch ihren Fleiß, ihre Intelligenz und ihre Arbeit Berlin zu dem gemacht, was es ist. Sie im Zentrum verstoßen das. (Widerpruch und Aufse im Zentrum: Sie unterstreichen es!) Ich will nicht, daß nur ein Faktor hier immer hervorgehoben und die Verdienste der Berliner mit Spott und Hohn betrachtet werden. (Beifall bei der Volkspartei.) Die Rechte will da wieder einen Gewaltstreik gegen die Stadt Berlin führen. Die Behauptung des Abg. Hoffmann, daß die Fraktion des Abg. Cassel nicht das allgemeine, gleiche Wahlrecht für die Gemeindeglieder wolle, ist ein Versuch, die in dieser Hinsicht einheitliche bürgerliche Mehrheit der Berliner Stadtvertretung zu spalten. Nirgendwo hat der verstorbene Abg. Waldeck das allgemeine, gleiche Gemeindegliederwahlrecht auch für die Minderjährigen gefordert. (Bravo! links.)

Abg. Cassel (Op.) bekräftigt diese Ausführungen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Wir haben gar nicht nötig, uns auf Tote zu berufen. Wir halten uns an die Haltung der fortschrittlichen Volkspartei heute. Wir hören von ihr immer die gleichen Gründe gegen das allgemeine, gleiche Gemeindegliederwahlrecht wie von den reaktionären Parteien gegen das Wahlrecht im Staate. Auch Abg. Cassel findet die Steuerleistung als Grundlage und Maßstab des Wahlrechts in der Gemeinde. Sie können Ihre Haltung zum Gemeindegliederwahlrecht nicht anders rechtfertigen als die von Ihnen im Staate bekämpften Reaktionen! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie können nicht nachweisen, daß wir Sie wegen dieser Zweispaltigkeit nicht immer mit vollem Recht wieder brandmarken können. (Bravo! bei den Sozialdemokraten. Widerpruch bei der fortschrittlichen Volkspartei.)

Abg. Dr. Duermeling (Z.): Durch die Erklärung des Grafen Spee, daß der Antrag ausschließlich sein Werk ist, ist der Antrag für unsere Fraktion erledigt. Aber die Verschuldigung des Volksberrats lassen wir uns nicht gefallen, wenn eines unserer Mitglieder dem König Einfluß in die Verbandssammlung geben will. Soweit sind wir doch noch nicht. Wir leben in einem monarchischen Staat

### und sind Monarchisten, vorläufig noch!

(Beifall im Zentrum. Große Heiterkeit links.) Redner polemisiert gegen den Abg. Cassel.

Ein Schlussantrag macht der Diskussion ein Ende. Es folgen persönliche Bemerkungen.

Abg. Hoffmann (Soz.):

Als Volksberrats habe ich bezeichnet, wenn man nach außen hin... (Der Redner wird vom Vizepräsidenten Dr. Porck dreimal unterbrochen.) Ich stelle fest, daß der Zentrumsglied Abgeordnete Graf v. Spee dem König zehn Vertreter in der Verbandssammlung einräumen wollte.

Abg. Fischer (zur Geschäftsordnung): Auf die Angriffe des Abgeordneten Liebknecht werden wir, durch Schlussantrag jetzt verhindert, in der dritten Lesung erwidern.

Die fortschrittlichen Anträge werden gegen Fortschrittler und Sozialdemokraten abgelehnt, § 13 mit der gleichen Mehrheit angenommen; § 14 wird unter Ablehnung des nur von den Sozialdemokraten gestellten Antrages gegen Fortschrittler und Sozialdemokraten angenommen.

§ 22 wird nach kurzer Debatte unter Ablehnung eines fortschrittlichen Antrages, § 23 debattelos angenommen. Bei § 24 bekämpft

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

den Absatz 2, wonach von den Verbandsausschussmitgliedern zwei in Berlin und je eins in den Stadt- und Landkreisen mit mehr als 100 000 Einwohnern wohnen. Nachdem man die Verbandssammlung schon so eingengt hat, sagt man ihr hier noch, daß sie nicht selbst ins Lande ist, die würdigen Ausschussmitglieder zu finden. Wir beantragen die Streichung.

Abg. Graf v. Spee (Z.) begründet einen Antrag, der die Auswahl noch weiter einschränkt und gegen den sich der Minister des Innern erklärt.

Unter Ablehnung der fortschrittlichen, sozialdemokratischen und des Zentrumsantrages wird § 24 angenommen, ebenso debattelos der § 25. Zu § 26 beantragt

Abg. v. Brandenstein (L.) Gleichstellung der Ausschussmitglieder mit denen der Kreis- und Provinzialausschüsse durch Vereidigung und Unterstellung unter das Disziplinarverfahren. Es müssen doch auch Garantien für die Gemeinden geschaffen werden, daß ihre Vertreter den Erwartungen entsprechen und nicht sogar gegen ihre Interessen arbeiten. Politische Tendenzen liegen da nicht vor.

Minister des Innern v. Dallwitz: Dieser Antrag ist eine Konsequenz des Beschlusses beim allgemeinen Zweckverbandsgesetz. Die Regierung hat keine Bedenken.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Herr v. Brandenstein beantragt, der Minister verbeugt sich und akzeptiert. Das Geschäft ist gemacht. Dieser Vorgang war wieder höchst bezeichnend für die Abhängigkeit der Herren auf der Ministerbank von der Rechten. Man hätte ihn photographisch und phonographisch aufnehmen sollen. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.) Jeder kennt die politischen Gründe dieses Antrages. Sie sind immer stolz auf den preussischen „konstitutionellen“ Sinn, warum, weiß ich nicht. Sie sollten aber doch Bedenken haben, den Eid immer wieder zum Gewissenszwang auszunutzen. Sie haben schlechtes Wahlrecht. Sie haben Bestätigung und behördliche Aufsicht, aber das genügt Ihnen noch nicht. Viel eher ist in ärztlichen Dingen noch ein Eid zu rechtfertigen als hier. Wo bleibt Ihre Treue, wenn Ihre Interessen mit denen, die der König vertritt, in Widerspruch kommen. (Munche rechts.) Denken Sie doch an die Kanalvorlage. (Lachen rechts.) Höchst unbillig ist dieser Eid, den Sie hier einführen, denn er ist für Leute, die nicht so denken wie Sie, vielleicht eine Kette, mit der Sie sie fesseln für Ihre Interessen. (Sehr richtig! rechts.) Dieser Antrag fahrt alle Ihre schlechten Grundgedanken zusammen. Seine Annahme wird unseren Ueberflus an Agitationsmaterial noch vermehren. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Cassel (Op.) wendet sich ebenfalls gegen den Antrag. Der konservative Antrag wird von der Mehrheit, die aus Konservativen, Freikonservativen und dem Zentrum besteht, angenommen.

Die folgenden Bestimmungen bis § 30 werden debattelos angenommen. Bei § 30 beantragt Abg. Dr. v. Kries (L.), daß statt des Oberverwaltungsgerichts die Beschlußbehörde Groß-Berlin bei Vergehen der Verbandssammlungen zu entscheiden hat.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Ich bitte Sie, den ersten Absatz abzulehnen, wonach der Verbandsdirektor der Bestätigung durch den König bedarf. Der Abg. Graf Spee, der heute noch Mitglied der Zentrumsfaktion ist, meint ja, daß es keine unparteilichere Instanz als den König gibt. Wenn man auf diesem Standpunkt steht, wozu dann überhaupt den ganzen Bund der Wahlrecht? Dann hätte Graf Spee doch gleich verlangen sollen, daß überhaupt die Geschäft des

Zweckverbandes und des Abgeordnetenhaus von der Krone, dieser unparteilichen Instanz erledigt werden. Dann sind wir wieder bei dem aufgeklärten Despotismus angelangt, der herausklingt aus den Worten des Grafen Spee, der heute noch Mitglied einer Partei ist, die sich als demokratisch und Volkspartei bezeichnet. Keine Partei hat das Recht, zu sagen: wir lehnen die Verantwortlichkeit für die politische Tätigkeit eines Mitgliedes ab. Sie (zum Zentrum) müssen sich gefallen lassen, daß wir das Land darüber aufklären, daß hier ein Mitglied des Zentrums den Standpunkt des absoluten Despotismus vertreten hat. (Beifall bei den Sozialdemokraten, Lärm im Zentrum.) Es gibt monarchische Staaten, wo die Stellung des Monarchen gefestigter ist, als bei uns, wo man aber derartige Institutionen, wie das Bestätigungsrecht, einfach

### tschisch, lächerlich und mittelalterlich

findet. Wenn die Bestätigungs Klausel bleibt, so haben Sie das Zerrbild eines Zweckverbandes. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

§ 30 wird unter Ablehnung des sozialdemokratischen und Annahme des konservativen Antrages angenommen, ebenso die §§ 31, 31a, 32, 33 und 33a.

Beim § 34 (Aufsicht des Staates) beantragt Abg. Dr. Keil (natl.), die Bestimmung über die Auflösung der Verbandssammlung zu streichen.

Abg. Schr. v. Jellit (fl.) unterstützt den Antrag. Die Verbandssammlung werde im Gegensatz zu anderen Selbstverwaltungskörpern keinen Anlaß zur Auflösung bieten.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Ausführungen des Abg. v. Jellit kennzeichnen das ganze Gesetz: Diese sogenannte Selbstverwaltung ist ganz anders geartet als die anderen Selbstverwaltungskörper, sie ist so polizeifromm, daß man sie nicht auflösen braucht. Diese förmliche Kennzeichnung des ganzen Gesetzes verdient, am Schluss dieses Gesetzes zu stehen. Ich freue mich dessen.

Abg. v. Jellit (fl.) (persönlich): Die Ausführungen des Vordredners zeugen von seiner völligen Sachkenntnis.

Der Antrag Keil wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen.

§ 34 wird angenommen, ebenso der Rest des Gesetzes ohne Debatte.

Damit ist der Entwurf in zweiter Lesung genehmigt. Die Besprechung über die Resolution betr. Ausgleich der Schulklassen wird auf Antrag des Abg. v. Brandenstein (L.) bis zur dritten Lesung zurückgestellt.

### Petitionen.

Vom Magistrat Stettin liegt eine Petition um Aenderung der Städteordnung (Verleihung der Wählbarkeit zu Stadtverordneten an die Elementarlehrer) vor.

Ein fortschrittlicher Antrag wünscht die Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung.

Abg. v. Trestow (L.) beantragt namens der Kommission Ueberweisung als Material.

Abg. Freiherr v. Jellit (fl.) beantragt Ueberweisung zur Erwägung.

Abg. Fleischer (Z.) erkennt die große Befähigung der Lehrer an, hat aber große Bedenken gegen ihre Wählbarkeit. Man sollte die Regierung auf diesem Gebiete nicht drängen.

Abg. Dr. Liebknecht (Soz.):

Die Ausführungen des Vordredners waren von einer großen Verlogenheit diktiert, sie waren ein Sowohl — als auch, ein Einerseits — andererseits. Einer seiner Gründe schlug immer den anderen. Wenn der Vordredner meint, die Lehrer hätten zu viel zu tun, so gilt das doch auch für die übrigen preussischen Beamten, die auch als Vertreter Ihrer Partei hier im Hause sitzen, mit Ausnahme der Landräte, die ja sehr viel Zeit haben. Wir stehen auf dem Standpunkt des von der fortschrittlichen Volkspartei gestellten Antrages und wünschen, daß die Petition zur Berücksichtigung überwiesen wird. Wir meinen, daß es überhaupt not tut, das geltende Gemeindegliederwahlrecht, das ein absolut unbrauchbares Gebilde ist, lieber heute als morgen zu beseitigen und zu ersetzen durch ein wirklich demokratisches Wahlrecht, das dem Willen des Volkes entspricht. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Kopsch (Op.): Wir haben schon einen Initiativantrag in der Richtung der Petition gestellt. Der Regierungsvertreter hat keine durchschlagenden Gegengründe gegen die guten Gründe des petitionierenden Magistrats Stettin anführen können.

Abg. Dr. Neurer (natl.) tritt für den fortschrittlichen Antrag ein.

Abg. Stroffer (L.) empfiehlt den Antrag der Kommission und polemisiert gegen die Abg. Dr. Kopsch und Dr. Liebknecht. Er wirft den Sozialdemokraten vor, daß sie im Plenum und in den Kommissionen häufig gefehlt hätten.

Ein Regierungskommissar äußert schwere Bedenken gegen eine Aenderung des bestehenden Zustandes. Der Redner nehme doch eine Vertrauensstellung in der Gemeinde ein, die durch die Uebernahme eines Stadtoberordnetenmandats leiden müßte.

Abg. Graf (Op.) empfiehlt nochmals den fortschrittlichen Antrag. Abg. Dr. Dietrich (Z.): Die Angriffe gegen meinen Freund Fleischer sind unbedeutend. Auch bei uns sind die Meinungen in dieser Frage geteilt. Wir sind im Prinzip nicht gegen die Verleihung der Wählbarkeit an die Lehrer, aber wir wollen nicht diese eine Quantengruppe herausgreifen aus der Zahl der vielen Gruppen, die in derselben Lage sind.

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Abg. Dr. Liebknecht weist in einer persönlichen Bemerkung die Angriffe des Abg. Stroffer auf die sozialdemokratische Fraktion zurück. Es sei bezeichnend, daß Abg. Stroffer jetzt noch dem verstorbenen Abgeordneten Vorgmann einen Vorwurf daraus machen wolle, daß er wegen seiner langen Krankheit nicht in der Unterrichts-Kommission erschienen konnte. Vorgmann habe seine Gesundheit durch seine große Arbeitsfreudigkeit aufgeopfert.

Dur Geschäftsordnung bedauern die Abg. Kesternich (Z.) und Eppmann (Op.), daß der Schluß der Debatte es ihnen unmöglich gemacht habe, für die Berücksichtigung der Petition zu sprechen.

Bei der Abstimmung wird die Petition der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen.

Bei der Feststellung der Tagesordnung erhebt Abg. Dr. Liebknecht (Soz.) Widerspruch dagegen, daß heute (Dienstag) die dritte Lesung des Zweckverbandsgesetzes vorgenommen wird. Da der Widerspruch nur von den Sozialdemokraten unterstützt wird, reicht er nicht aus und es bleibt bei der vorgeschlagenen Tagesordnung.

Dienstag 11 Uhr: Dritte Lesung des Zweckverbandsgesetzes Groß-Berlin.

Schluß 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

## 13. Generalversammlung der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Wünschen, den 13. Mai 1911.

Eine längere Debatte entzündet sich über die Frage der Einsetzung einer Vorkommission, wie dies in den Hamburger Vereinbarungen niedergelegt ist. Die Generalversammlung lehnt diese Forderung ab; es bleibt bei dem bisherigen Zustand, daß der Ausschuss die Beschwerdeinstanz bildet. Dem Hauptvorstand wird ein Verrat, wie er auch in anderen Organisationen besteht, beigegeben. Dieser wird aus den Vorsitzenden des Ausschusses und den Bezirksleitern gebildet; er tritt auf Beschluß des Vorstandes und Ausschusses zusammen, um in allen wichtigen Aktionsfragen für die Gesamtorganisation gemeinsam Beschlüsse zu fassen. — Abgelehnt wird ein Antrag, daß die Vorstandsbereiter, Bezirksleiter und der Ausschussvorsitzende nur beratende Stimme haben sollen; ebenso abgelehnt wird ein Antrag, die Generalversammlung alle drei Jahre stattfinden zu lassen. — Dem Vorstand werden Anträge wegen der Schaffung eines eigenen beratenden Sachorgans einstweilen als Privat, sowie Antrag und Bitte Mars eine be-

sonders für die Jugendlichen geeignete Nummer herauszugeben, zur Berücksichtigung überweisen.

Unter anderem fasste die Generalversammlung einstimmig folgende Resolution:

Die 13. Generalversammlung bedauert, daß der Arbeitgeberverband im Metallgewerbe sich imstande ist, die Durchführung des abgeschlossenen Tarifvertrages in vollem Maße herbeizuführen, wodurch das Bestreben unserer Kollegen, im ganzen Reich die Anerkennung des Tarifes zu erreichen, wesentlich beeinträchtigt ist.

Notwendig ist, daß alle tariflichen Bestimmungen gleichmäßig mit Nachdruck ausgeführt werden.

Die Generalversammlung ermächtigt den Vorstand, den durch eine Sperre auf Grund des § 10 des Reichstarifgesetzes Arbeitslos gewordenen Kollegen den vollen Lohn als Streikunterstützung zu bewilligen, wozu die Arbeitgeber die Hälfte nach § 10 Absatz 3 beizutragen haben.

Zur Erzielung eines möglichst günstigen Vertragsabschlusses nach Ablauf dieser Tarifperiode ist notwendig, daß jeder einzelne Kollege seine volle Pflicht gegenüber der Organisation erfüllt.

Nur eine straffe, guldziplinierte Organisation ist in der Lage, einen besseren Tarifabschluß zu erzwingen.

Eine vom Ausschuhvorsitzenden Leinert vorgeschlagene bescheidene Erhöhung der Gehälter der Lokalbeamten und Bezirksleiter wird mit 38 gegen 38 Stimmen bei 25 Enthaltungen abgelehnt.

Die bisherigen Vorstandsmitglieder werden mit allen gegen eine Stimme wiedergewählt.

Einstimmig wiedergewählt wird der Ausschuhvorsitzende Leinert. Das neue Statut tritt am 1. Juli d. J. in Kraft.

## Aus der Partei.

Die ersten Sozialdemokraten im Erfurter Stadtparlament. Infolge der Eingemeindung des etwa 13000 Seelen zählenden Vorortes Ilbersehofen traten aus deren bisheriger Gemeindevertretung sechs Mitglieder (aus jeder Abteilung zwei) in die Stadtverordnetenabteilung, zu Erfurt über.

Diese Erklärung nimmt sich um so feltamer aus, als gerade die Erfurter Stadtverordneten das auf der politischen Entzweiung des preussischen Volkes beruhende Kommunal-Geldsachs- und Privilegiensystem in der reaktionärsten Weise gehandhabt haben.

Eine fehlgeschlagene Aktion gegen den Arbeitergefang.

Zu einer Protestdemonstration gegen die arbeiterfeindlichen Maßnahmen des Chemnitzer Stadtrates gestaltete sich das Morgenkonzert der Chemnitzer Arbeiterfänger am Sonntag.

Nun jagen die Arbeiterfänger ihre Vieder in dem prächtigen großen Garten des Volkshauses, dem größten und schönsten Garten der Stadt, der 5000 Personen Platz bietet.

Wegen Unterschlagungen in Höhe von 15 000 M. ist f. B. di. 23jährige Elisabeth Köhl von der 3. Strafkammer des Landgerichts I zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Heber die Kaiserin in Holland geht uns, allerdings reichlich spät, eine Verächtigung zu, der wir entnehmen, daß die S. D. P. ihre Kaiserin nicht gefordert, sondern wie in den beiden früheren Jahren gemeinsam mit den modernen Gewerkschaften und der sozialdemokratischen Arbeiterpartei abgehalten hat.

Uniere Toten. Am Sonntag wurden die herrlichen Ueberreste des in Chemnitz in einer dortigen Heilanstalt verstorbenen Genossen Louis Fiedler-Gera im Chemnitzer Krematorium den Flammen übergeben.

Die Frauen und die Reichstagswahlen. Unter diesem Titel ist im Verlage der Leipziger Buchdruckerei A. G. ein kleines Büchlein erschienen, in dem Genossin Luise Biech sich zwei Frauen über die Reichstagswahlen unterhalten läßt.

Verantwortlicher Redakteur: Albert Wagh, Berlin. Für den

müssen, einmal aus wirtschaftlichen Gründen, dann aber auch, weil sie ihre Söhne dem Kasernenleben aussetzen müssen, der von den Soldaten verlangt, auf den gegebenen Befehl auch auf Vater und Mutter zu schießen.

## Gerichts-Zeitung.

### Eine Ohrfeigenaffäre.

Der bekannte Konflikt, den der Schauspieler Leo Feufert vom Lustspielhaus mit dem Vorstandsmittglied des Reichstagsklubzentrums der Bühnengenossenschaft Rudolf Klein-Rhodens am 2. November v. J. im Café Monopol gehabt hat, kam gestern zur Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtrichters Dr. Coler.

In das Schmiergeldrumwesen leuchtete eine Verhandlung hinein, welche gestern unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Bahr die 1. Strafkammer des Landgerichts III beschäftigte.

Wegen Unterschlagungen in Höhe von 15 000 M. ist f. B. di. 23jährige Elisabeth Köhl von der 3. Strafkammer des Landgerichts I zu 1 Jahr 6 Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Das Ende des Houndsditch-Prozesses. London, 13. Mai 1911. (Fig. Ver.) Der hinterlistige Versuch, die fettsichige Sozialdemokratie mit den Wortfäden in Houndsditch in Verbindung zu bringen, ist täglich fehlgeschlagen.

Aus aller Welt. Das Ende des Houndsditch-Prozesses. London, 13. Mai 1911. (Fig. Ver.) Der hinterlistige Versuch, die fettsichige Sozialdemokratie mit den Wortfäden in Houndsditch in Verbindung zu bringen, ist täglich fehlgeschlagen.

würde beurteilt. Sie erhielt die höchste zulässige Strafe: zwei Jahre Gefängnis.

Weshalb Nina Bassileva beurteilt wurde, kann niemand verstehen. Vielleicht glaubte man, daß man nach einem elstägigen Prozeß wenigstens ein Opfer verlangen könnte.

Fünf Monate lang arbeitet die englische Polizei nun schon an der Aufklärung der Houndsditchaffäre. Ob sie in der Angelegenheit wohl in rechter Weise zu Werke gegangen ist?

### Zwei französische Segler gesunken.

An der Küste von Neufundland haben sich zwei schwere Schiffsunfälle ereignet, denen 33 Seeleute zum Opfer gefallen sind.

### Ungarische Zustände.

Der Führer der Bauernpartei und Abgeordnete Andreas Achim, der in einem Lokalblatte Veldes-Gabas heftige Angriffe gegen den früheren Staatssekretär Michael Jilinszky und dessen Bruder Andreas Jilinszky wegen angeblich schwindelhafter Bankunternehmungen gerichtet hatte, wurde heute in seiner Wohnung von den beiden Söhnen des letzteren ausgemacht und zur Gemüthung aufgefordert.

### Knopflochschmerzen.

Das Amtsblatt B der kgl. Eisenbahndirektion zu Aitona veröffentlicht in seiner Nummer vom 12. Mai an leitender Stelle folgenden höchwichtigen Erlass:

### Kleine Notizen.

Schwerer Unglücksfall bei einer militärischen Übung. Bei einer Manöverübung des 2. französischen Jägerregiments zu Pferde im Militärlager von Casseau stürzten zwei Soldaten mit ihren Pferden ins Wasser.

Die Fest in der Türkei. In Wasra ist die Fest konstatiert worden. Es sind Maßnahmen getroffen worden, um ein Uebergreifen der Fest auf Bagdad zu verhindern.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße 69, vorn vier Treppen - Fahrstuhl -, wochentags von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabends von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt.

- 1. Ja. Zweckmäßigkeitserwäge. 2. Verpflichtet nicht, wohl aber berechtigt. 3. Ja. - 3. 11. Der Antrag ist zur Klage verpflichtet. - 3. 12. Wenden Sie sich an das Zentral-Arbeitersekretariat, Berlin, Engelstraße 15. - 3. 13. 1. Einmaligste im Sinne des Gesetzes liegt nicht vor. 2. Bestehet kein Testament, so ist der Vater erbberchtig. - 3. 14. Eine Klage ist nicht ausschließend. - C. S., Lichtenberg. 1. Die erteilte Gewalt geht auf die Witwe über. Antrag auf Bestellung eines Vormundes ist nicht erforderlich. 2. An den Magistrat. - C. S. 26. Anmeldung ist nicht erforderlich. - C. 12. 1. u. 2. Nein. - C. S. 29. Nein. - C. S. 52. Die Zusammenrechnung entspricht der gesetzlichen Vorschrift. - 3. 13. 1. u. 2. Die Kosten betragen 150 M., können bei Bedürftigkeit bis auf 5 M. ermäßigt werden. Der Antrag ist an das Polizeipräsidium zu richten. 3. Dieselben werden österreichische Staatsangehörige. - 3. 14. 105. Vertreten nicht, wohl aber können Sie als Bekand erscheinen. Ihre Frau kann beantragen, sie von der Verpflichtung zum Erscheinen im Hauptverhandlungstermin zu entbinden. Erfolgt eine Entbindung nicht, so muß sie den Termin wahrnehmen. - 3. 15. 1. Ersuchen Sie das Gericht um eine Bescheinigung über die erfolgte Publikation des Ehevertrages. - 3. 16. Nein. - C. S. 10. - 3. 17. 3982. Sie sind an die Bestellung gebunden. - 3. 18. 9. Ja. - 3. 19. 441. 1. Der Unternehmer ist zu dem Wagnis nicht verpflichtet. 2. Der Kündigungsausschlag gilt als vereinbart. - C. S. 90. Nein. Ihre Frau kann aber Auseinandersetzung nach ihrer Mutter verlangen. - C. S. 19. Ein Sicherungsvertrag ist zulässig. - 3. 20. Die Eltern haben Anspruch auf die Hälfte des Nachlasses, ausgenommen die Hausaltungsgegenstände. Zunächst ist das Amtsgericht. - C. S. 100. 1. Ja. 2. An den Vorständen der Einkommenssteuer-Berantaltungskommissionen. - 3. 18. Beratung ist ausschließend, da das Gesetz Geldstrafe nicht zuzieht. - 3. 19. 77. Der Real-Nachlassnehmer einer Wechselbankunterstützung, ohne daß der Wechsel auf die Mitunterzeichner bezogen ist, ist in dem erwähnten Falle eine selbständige Wechselunterstützung, die Vollbarkeit aus Artikel 61 der Wechselordnung bezieht. Ist der Wechsel auf die Mitunterzeichner bezogen, so hatten dieselben nicht als Kausanten, sondern als Akzeptanten. Die Unterzeichnung in beiden Fällen begründet somit nicht sämtliche Verbindlichkeit.

Siebente Generalversammlung des Verbandes Deutscher Buchdrucker.

Am 15. Mai begann im „Parkhaus“ in Hannover die ordentliche Generalversammlung des Buchdruckerverbandes. Im Anschluß hieran findet eine Generalversammlung der in Liquidation befindlichen Invalidentasse des Verbandes statt. Ferner ist für den 22. und 23. Mai ein Kongreß der Maschinenmacher geplant, der sich nächst den tariflichen Fragen auch mit dem Organisationsgebilde beschäftigen wird. Zu der ordentlichen Generalversammlung des Verbandes sind eine Anzahl Anträge gestellt, die für die Mitglieder ein größeres Mitbestimmungsrecht bei Tarifabschlüssen fordern. Die weiteren Beratungspunkte werden sich auf die allgemeine und tarifliche Lage, Statutenberatung, Beitragserhebung und interne Verbandsangelegenheiten, (Vermögensanlage usw.) erstrecken. Wichtig ist, den ersten Punkt der Tagesordnung in mehrtägiger geschlossener Sitzung zu verhandeln.

Geschäftsbericht

für die letzte Geschäftsperiode zeigt eine Steigerung der Mitglieder um 17 Prozent. Die Zahl stieg von 53 529 auf 62 514. Damit ist die hohe Zahl von 98 Prozent organisierter Gehilfen im Buchdruckgewerbe erzielt. Der Bericht gibt ferner die Steigerung der tarifreuen Firmen an. Im Jahre 1907 waren insgesamt in 469 Orten 1631 tarifreue Firmen vorhanden, im Jahre 1910 waren dagegen in 2093 Orten 7881 Firmen, die treu den Tarif hielten. Aus der großen Inanspruchnahme der Unterstützungseinrichtungen ist zu ersehen, daß durch die allgemeine Krisis große Anforderungen an den Buchdruckerverband gestellt wurden. Durch Hebung der Geschäftsfrage ist zwar die Arbeitslosigkeit gemindert, ist aber trotzdem noch recht erheblich, weil durch die Einführung der Schmaschine dieselbe gefördert wird. Am Schlusse der Geschäftsperiode waren insgesamt 4146 Kollegen an 8403 Schmaschinen beschäftigt.

Am Jahresabschluß hatte der Verband trotz seiner enormen Ausgaben für Unterstützungszwecke ein Vermögen von 8 207 861 M. An Unterstützung wurden in der letzten Geschäftsperiode insgesamt verausgabt 7 264 799,90 M. Davon an Arbeitslosenunterstützung 2 672 057,— M., an Invalidentunterstützung 887 230,75 M., an Beurlaubten 239 483,87 M., an Reiseunterstützung 622 089,19 M., an Krankenunterstützung 2 734 126,09 M., an Umzugskosten 97 043,— M. und an sonstige Unterstützung noch die Summe von 22 740 M. Durch den hohen Prozentsatz der Organisierten und durch den Ausbau seiner Leistungen ist der Verband zu einem Faktor geworden, der im Buchdruckgewerbe ein gewichtiges Wort bei Gestaltung der Arbeitsbedingungen der Gehilfen, mitzureden hat.

Wäge auch diese Generalversammlung durch ihre Geschäfte den Verband fester und noch leistungsfähiger gestalten.

14. Generalversammlung des Zentralverbandes der Leder- Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

München, 12. Mai 1911.

Am Sonntag, den 14. Mai begann in den Räumlichkeiten des „Koloheums-Bierhallen“ die 14. Generalversammlung des Lederarbeiterverbandes. Die vorgesehene Tagesordnung umfaßt neben den Geschäftsberichten u. a. diese Punkte: Statutenberatung; Lohnbewegungen und Reichstarife; die Bekämpfung der Heimarbeit; unsere internationalen Beziehungen. Zu den einzelnen Punkten liegen nicht weniger als 438 Anträge vor, von denen sich ca. 300 auf die Beiträge und Unterstützungseinrichtungen beziehen, während die restlichen mehr auf Verwaltungsangelegenheiten Bezug nehmen. Die Beitragsfrage wird besonders lebhaft erörtert, auf der Generalversammlung hervorgehoben. Bislang bestanden drei Beitragsklassen mit 25, 50 und 65 Pf. Beitrag. Der Zentralverband beantragt nun mit mehreren Mitgliedschaften, vier Staffeln einzuführen: 30, 45, 60 und 75 Pf. Auch die übrigen hierzu gestellten Anträge verlangen eine Beitragserhöhung — nur in anderer Form —, so daß diese sicherlich beschlossen wird. Die auf der letzten Generalversammlung in Frankfurt a. M. beschlossene Krankenunterstützung hat zu hohe Kosten verursacht; es liegen nun Anträge vor, die eine Einschränkung dieser Unterstützung verlangen. — Hum Punkt Heimarbeit beantragt die Zahlstelle Berlin, daß jedem Kollegen zur Pflicht gemacht werden soll, die Heimarbeit auszugeben und dahin zu streben, daß gesunde Fabrikräume zur Verfügung gestellt werden. Jede Hausarbeit soll den Verlust der Mitgliedschaft nach sich ziehen. Die Mitgliedschaft Zutülingen wünscht die Verschmelzung mit dem Schuh-

macherverband zu einem Lederindustrieverband, während die Zahlstelle Johanngeorgenstadt die Trennung der Handschuhmacher vom Lederarbeiterverband verlangt. Bemerkenswert ist noch, daß der Zentralverband eine Vorlage über die Einführung einer Invalidentunterstützung unterbreitet. Für die Gewährung dieser Unterstützung wird ein erhöhter Beitrag von 20 Pf. beantragt. Die Invalidentunterstützung soll 6 M. pro Woche betragen.

Geschäftsbericht

des Vorstandes, der in Jahrbüchern vorliegt, umfaßt die Jahre 1908 bis 1910. Für das Jahr 1910 konstatiert der Bericht, daß die Konjunktur in der Leder- und Lederhandschuhindustrie in diesem Jahre im allgemeinen als gut bezeichnet werden kann. Doch machten sich die Unterschiede in den einzelnen Branchen auch im Jahre 1910 wieder bemerkbar. Die Rob- und Chromgerberei hatte durchweg das ganze Jahr gute Konjunktur. In der Lederhandschuhindustrie und der Weißgerberei flaute die Konjunktur gegen Jahreschluß etwas ab. Die im allgemeinen günstige Konjunktur kam dem Verband bei der Mitgliederwerbung sehr zu Hatten. Er vergrößerte seine Mitgliederzahl im Jahre 1910 um 25 Prozent; rund 8 000 Mitglieder konnte der Verband Ende 1910 mehr zählen als Ende 1909. Ein ganz gewaltiger Fortschritt! 63 Prozent von den 1910 neugewonnenen Mitgliedern fallen auf die drei Gauen, in denen Bezirksleiter angestellt sind; ein Zeichen, daß deren Agitation fruchtbar war. Bei Beginn der Geschäftsperiode, 1. Januar 1908, zählte der Verband 7874 Mitglieder. Das Krisenjahr 1908 brachte keinen Fortschritt, sondern einen Rückgang der Mitgliederzahl um 240. 1909 steigerte sich aber die Zahl der Mitglieder um 1271, wozu noch durch die am 1. Juli 1909 vollzogene Verschmelzung mit dem Handschuhmacherverband weitere 3017 kommen. Dadurch schnellte die Mitgliederzahl bis Ende 1909 auf 11 922 empor. Und zu diesen kamen 1910 noch 2937 Mitglieder, so daß die Geschäftsperiode mit einer Mitgliedersteigerung von 3968 (ohne die Lebertritte), das sind 50,39 Prozent, abschließt. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse der Berichtsperiode 14 890, worunter 850 weibliche Mitglieder sind.

Lohnbewegungen ohne Arbeitseinstellung, Streiks und Aussperrungen fanden in den drei Berichtsjahren insgesamt 270 statt, die sich auf 587 Betriebe in 232 Orten mit 17 341 Beschäftigten, von denen 10 970 an den Bewegungen beteiligt waren, erstreckten. 54 Bewegungen entfielen auf die Streiks und Aussperrungen. Zur Abwehr von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen mußten 82 Bewegungen ohne Arbeitseinstellung und 15 Streiks geführt werden. Durch die 270 Bewegungen wurde erzielt: eine Arbeitszeitverkürzung für 2763 Personen um 6826 Stunden pro Woche und eine Lohnerhöhung für 7882 Personen um 13 342 M. pro Woche. Im Durchschnitt für die drei Jahre gerechnet macht dies pro Person und Woche 2 1/2 Stunden Arbeitszeitverkürzung und 1,55 M. Lohnerhöhung. Die Streiks und Aussperrungen erforderten eine Gesamtausgabe von 71 189 M. Außerdem leistete die Hauptkasse noch 13 544 M. für Streikunterstützung an Mitglieder, die an Streiks in anderen Berufen beteiligt waren.

Tarifverträge wurden in der Geschäftsperiode 84 für 285 Betriebe mit 5273 Personen abgeschlossen. Von diesen Verträgen entfallen auf die Handschuhfabrikation 27 für 1367 Personen, Ledergerberei 6 für 187, Rob- und Chromgerberei 8 für 922 und Weißgerberei 43 für 2706 Personen. In der Rob- und Chromgerberei sind die eigentlichen Großbetriebe der Lederindustrie zu finden, hier — wo mit ca. 35 000 Personen zu rechnen ist — ist aber das Tarifvertragswesen noch ganz unbedeutend. Am Schlusse der Berichtsperiode bestanden insgesamt 79 Verträge für 289 Betriebe mit 5377 Personen, so daß ungefähr ein Drittel der Verbandsmitglieder im Vertragsverhältnis steht.

Internationale Beziehungen haben die Handschuhmacher mit den Landesorganisationen in Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Oesterreich-Ungarn, Skandinavien und Spanien. Die Lederarbeiter haben in der Berichtszeit mit dem österreichischen Lederarbeiterverband einen Gegenseitigkeitsvertrag abgeschlossen. Mit der Schweiz sind Unterhandlungen über den Abschluß eines Gegenseitigkeitsvertrages im Gange.

Nach dem Kassensbericht betrug das Verbandsvermögen am 1. Januar 1908 57 984,80 M. und stieg bis Ende 1910 auf 128 731,46 M. Am Schlusse der vorigen Geschäftsperiode entfiel auf jedes Mitglied ein Vermögen von 7,36 M., diesmal aber 9,35 M. Die Einnahmen beliefen sich in den drei Jahren auf 884 591,56 M. und die Ausgaben auf 794 679,88 M. Die Einnahmen aus Beiträgen allein betragen 810 677,85 M., und zwar 1908 rund 183 000 M., 1910 aber rund 370 000 M.! Die Gesamtausgaben verdoppelten sich aber ebenfalls. Sie betragen 1908 170 000 M., 1910 jedoch 370 000 M.

wägbare Menge von Studenten, die aus den Millionen des Proletariats aufsteigen!

Die Zeit der Pestbasillus im Sommer? In dieser Woche wird Professor Metchnikow, der Leiter des Pasteur-Instituts in Paris, mit dem italienischen Arzte Dr. Galimbeni und drei anderen Forschern nach Rußland reisen, um in der Provinz Astrachan den Pestbasillus zu studieren. In Rußland wird sich dieser wissenschaftlichen Expedition eine Anzahl Moskauer und Petersburger Professoren anschließen. „In der Provinz Astrachan, wo die Pest seit vielen Jahren endemisch ist“, erklärte Metchnikow, „wollen wir besonders zu erforschen suchen, wie sich die Krankheit verbreitet, und wie die Pestbasillen während der Sommermonate, wenn die Epidemie verschwunden ist, ihr Leben fristen. Die Pest erscheint immer wieder zu Beginn des Winters. Es wird daher interessant sein, festzustellen, wie die Pestbasillen den ganzen Sommer überdauern. Sind sie dann die Ursache gewisser Tiere? Oder kommen beim Menschen während der heißen Monate Fälle von abgeschwächter Pest vor, so daß die Bazillen bis zum Beginn des Winters weiter vegetieren können? Das alles sind Möglichkeiten, die an Ort und Stelle studiert werden müssen. Wir wollen im Juli wieder in Paris sein und dann über die Ergebnisse unserer Forschungen Bericht erstatten.“

Theater.

Kroll's Theater: Ein Winternachtsfest. Trauerspiel von Charles Kennedy. Das von Paul Linbau, dem gegenwärtigen Leiter des Schauspielhauses, der früher als Direktor des Berliner Theaters so manche interessanten wertvollen Anregungen gab, für den „literarischen Abend“ ausgetriebene Trauerspiel war von geradezu kompromittierender Bedeutungslosigkeit, vielleicht die schlimmste aller Geduldsproben in dieser Saison. Die Verbindung mit der durch die traditionelle Dede ihrer Premieriere herabstimmten Bühne scheint anstößend zu wirken. Nach germanischen Heilbräutern, unter der Dabatschen Lösung: Minne, Mannesmut und Weib, befördert der Verfasser — merkwürdigerweise ein Engländer — im Laufe von drei Stunden mehr als ein halbes Dutzend Händel Stalben, Meden und mimische Frauen ins Grob. Hebedonner männlichen Jornes wechselt anmutig mit sich-naiv tuenden Morititzem Liebesgezwischer ab. Aber auch Wägründe des Dämonischen birgt das weibliche Herz! So hat Herdisa, die vor zwanzig Jahren einem jangeschindigen aber kriegerisch minderwertigen Wikingerjüngling die Hand zum Ehebande reichte, die Schmach, die der Geliebte ihrer Seele, der starke Wjden ihr angetan, keinen Augenblick vergessen. Des Liebdesanken Stalben Vater, ein rauher Wikinger, ließ ihr, um dem Herzleid des eigenen Sohnes abzuheilen, die falsche Volksgott zu kommen, daß Wjden sie fürder nicht begre. Sie heiratete den anderen und häßte darauf zwanzig Jahre lang den vermeintlich Treulosen, der seinerseits die zwanzig Jahre mit ewigem Gedanken an sie, die Eins, un-

Für Unterstützungen wurden insgesamt 488 258,89 M. ausgegeben, das sind 61,41 Proz. der Gesamtausgaben. Den Löwenanteil davon beanspruchte die Erwerbslosenunterstützung mit 307 910,59 M., dann kommt die Streik- und Gemahregelienunterstützung mit 144 700,76 M.

Aus Industrie und Handel.

Eine Milliarde Ueberschüsse.

Im Jahre 1910 gab es in Preußen 5741 nichtpflanzliche steuerpflichtige Personen, gegen 2028 im Jahre 1909.

Das der Veranlagung der nichtpflanzlichen Personen zugrunde gelegte, nach dem Durchschnitt der maßgebenden Jahre und nach Vorschrift der §§ 15 und 16 des Einkommensteuergesetzes neuer Fassung berechnete steuerpflichtige Einkommen betrug nach einer Zusammenstellung im „Intern. Volkswirt“:

Table with 3 columns: 'Bei den', 'M.', 'davon in Preußen steuerpflichtig M.'. Rows include Aktiengesellschaften usw., Berggewerkschaften, eingetrag. Genossenschaften usw., Vereinen zum gemeinsamen Ein-kaufe usw., Gesellschaften m. b. H., and a total 'zusammen' row.

Ferner betrug für das letzte der Durchschnittsberechnung zugrunde gelegte Geschäftsjahr:

Table with 4 columns: 'Bei den', 'M.', 'zur Verteilung als Aktienzins, Dividenden, Ausbeutung oder bergleihen an die Mitglieder', 'zur Schulden- oder Kapitaltilgung, zur Verbesserung oder Geschäftserweiterung, z. Bildung von Reservefonds und z. außerordentlichen Abschreibungen'. Rows include Aktiengesellschaft usw., Berggewerkschaften, eingetrag. Genossenschaften usw., Vereinen zum gemeinsamen Ein-kauf usw., Gesellschaften m. b. H., and a total 'zusammen' row.

Von den 5741 Personen gehören nicht weniger als 45 Proz. zu den Einkommengruppen, die man bei Aktiengesellschaften bezw. juristischen Personen als Kleinvermögen betrachten kann, also bis zu 9500 M. In die Stufe von 9500 bis 50 000 M. gehören 22 Proz. der Personenzahl, Großvermögen bis 100 000 M. haben 17 Proz., noch größere Einkommen von 100 000 bis 500 000 M. haben 10 Proz. der Personenzahl, ein Einkommen von einer halben bis einer Million haben 1,6 Proz., oder 137 Personen, 145 Personen gleich 1,4 Proz. haben ein Einkommen über eine Million Mark. Von den reinen Aktiengesellschaften, die mit 22 Millionen Mark rund veranlagt worden sind, entfällt der größte Teil auf Berlin, dann Rhein-provinz, dann Westfalen, Hessen-Kassel, Schlesien, während West-preußen nur ein Steueraufkommen von 68 000 M. für die Aktiengesellschaften lennt.

Zhyffen gegen die reinen Jechen.

Wir vertreten nämlich im „Vorwärts“ die Ansicht, bei den schwebenden Streitfragen im Kohlenyndikat würden die reinen Jechen sich weiter unter der Herrschaft der Hüttengewerkschaften bilden müssen oder

vergleichlich Schöne in der Fremde zubringt. Und nun erscheint er selbst, von einem heimtückischen Christenpriefer schadenfroh im voraus angekündigt. Die Spannung noch zu steigern, schwärmt ihm Herdisa in einer Anwandlung von Gedächtnisschwäche von ihrer alten Liebe vor. Doch nach dem Intermezzo ist sie wieder Höl für Höl Wikingerin, sie sendet den Gemahl, mit dem Fremdling zu kämpfen und nimmt dann, in dem Glauben, Wjden sei Steger geblieben, einem hübschen jungen Menschen, der sich graufamerweise später als Wjden's eigener Sprößling entpuppt, den allerheiligsten Eid ab, den Körper ihres Mannes abzuschlachten. Aber Wjden hat nicht ihren Gatten, sondern dieser hat jenen kalt gemacht. In angemessener Würdigung des Konfliktes, der ihn aus seinem Eid erlöset, entleibt sich der Jüngling, ehe noch die neue Naturkraft anfangt. Sie selbst stirbt am gebrochenen Herzen. Mit solcher Art von Tragik sind fünf Akte angefüllt. Der Eindruck war so lähmend, daß in dem halbleeren Saal kaum ein paar Dutzend Hände die Kraft zu dem üblichen Applaus fanden. Herr Gode präferierte einen breitbühnig stimmigewaltigen Wjden, Frau Rosa Poppe hatte die unglückselige Herdisa zu deklamieren. ds

Notizen.

Das Jesusfestspiel von Weiser, dessen öffentliche Aufführung verboten ist, wird in Eisenach nun doch noch zur Aufführung gelangen, und zwar durch den zu diesem Zwecke gebildeten „literarischen Verein“. Vom 1. Juli an wird der Dramen-gyklus fünfmal gegeben.

Schönherr-Gauffe. Schönherr's Tragödie „Glaube und Heimat“ ist im März von 92 Bühnen 376mal und im April von 23 Bühnen 333mal aufgeführt; sie gehört schon jetzt zu den meistgespielten Stücken. (Vor allem zwei- oder dreimal hat S. M. der Aufführung beigewohnt). — Vom 10. November bis Mitte Dezember wird Schönherr eine Vortragsreise abhalten. Aus 134 Städten erhielt er 370 Einladungen.

Die Regie-Rente. Reinhardt bezieht für die Ueber-lassung seines Namens und die Inszenierung der Operetten am Münchener Künstlertheater nicht bloß 30 000 M., wie hier bemerkt wurde, sondern weit mehr. Er soll mit 15 Proz. an der Einnahme beteiligt sein, die auf etwa 700 000 M. geschätzt wird. — Daß Reinhardt ein Geschäftstalent ist, hat auch sein Wiener Gattenspiel wieder bewiesen. Während er in der „Wiener Freien Presse“ das „Theater der Zukunft“ als einen sozialen Zukunftsfaktor proklamierte, nahm er für seine Zirkusaufführung solche Preise, daß kein Unbemittelter einen Sitzplatz erwirgen konnte. So gutgläubig wie die „Wiener Arbeiter-Ztg.“ sind wir freilich nicht, zu meinen, daß Reinhardt von diesen geschäftlichen Dingen nichts wisse. (In Berlin war's ja ebenso.) Zudem hatte man den mitwirkenden Studenten noch zugemutet, umsonst das berühmte Reinhardt'sche Volk der Griechen zu mimen.

Kleines feuilleton.

Die soziale Herkunft der Studenten. In den vier Mammutbänden, die Max Benz als Festschrift für das Berliner Universitäts-jubiläum herausgegeben hat, ist von den mehr als 2000 Seiten eine einzige, locher bedruckte Seite der wichtigen Frage der sozialen Herkunft der Studenten gewidmet. Und die mitgeteilte Statistik ist lediglich durch ihre beabsichtigte Dürftigkeit aufschlußreich; denn indem sie sich schreit, irgendwie in die Tiefen und Einzelheiten einzudringen, zeigt sich das böse Gewissen, daß es auf diesem Gebiete nichts zu jubelieren gibt.

Der Bericht auf eine gründlichere Behandlung der Frage ist nicht etwa durch Mangel an zu bearbeitendem Material veranlaßt. Für die letzten Jahrzehnte wenigstens wissen wir, daß sehr ausführliche Akten über die soziale Gliederung der Studentenschaft vorhanden sind.

Die Zensur-Statistik scheidet die Studenten nach ihrer Herkunft in drei Gruppen: 1. Akademische Verufe (nebst Offizieren). 2. Kapitalisten aller Art (Großgrundbesitzer, Großindustrielle, Kaufleute, Rentner). 3. Mittelstand (mittlere und untere Beamte, Landwirte, Lehrer, Handwerker).

Es fällt sofort auf: einen vierten Stand gibt es für die Universität nicht, und die Proletariatskinder sind auch nicht etwa in dem „ufo“ enthalten, das die Aufzählung der einzelnen Gruppen der dritten Gattung beschließt. Sie sind überhaupt nicht vorhanden, von ein paar seltenen Ausnahmen abgesehen. Auch der Mittelstand ist nur in der ideologischen Fakultät stärker vertreten. Immer mehr rekrutiert sich der akademische Nachwuchs aus den Kreisen der Kapitalisten und höheren Beamten. Aus den ersten Jahren der Universität Berlin hört man öfters über die Armut der Studenten klagen, die den Professoren die Honorare schuldig blieben. Heute ist die Berliner und die preussische Universität überhaupt eine Domäne der feudalen, Akademiker und Kapitalisten.

Besonders die juristische Fakultät wird von exklussiven Sprechlingen beherrscht — eine Erklärung für die Klassenjustiz sowie für die Reaktion in Regierung und Verwaltung. Der Anteil des Mittelstandes an den Zus-Studenten erreichte ihre höchste Ziffer 1900 mit 21 Proz., 1909 waren es 20 Proz., 1840 nur 10 Proz. und 1860 11 Proz. Daß neuerdings in der juristischen Fakultät Berlin das feudale Element etwas zurücktritt, wird — offenbar mißbilligend — wie folgt erklärt: „Die Juristen stammen (in den Anfängen der Universität) meist aus den besseren Gesellschaftsschichten, waren vielfach Adlige oder Söhne höherer Beamten, die . . . in Berlin damals weit mehr studierten als heute, wo diese Elemente sich weniger in unseren Oberflüssen als in den Korps der westdeutschen Universitäten aufhalten pflegen.“

Berlin ist also noch die verhältnismäßig demokratisch unter den preussischen Universitäten. Und dennoch gibt es keine statistisch

der Verbandsrahmen werden gestrengt werden. Diese Auffassung wird bestätigt durch eine Erklärung Thyssens in der „Rhein-Westf. Zig.“ Er wendet sich gegen die Forderungen der reinen Jechen. Die Behauptung, die Gewerkschaft Deutscher Kaiser habe einen vollständigen freien und beschränkungsfreien eigenen Verbrauch ihrer Güttengeden beansprucht, sei unzutreffend. Die Güttengeden seien vor kurzem den Wünschen der reinen Jechen nachgekommen, die auf eine Begrenzung des vordem uneingeschränkten Güttenselbstverbrauchs abzielten. Statt nun Anerkennung zu zollen, seien die reinen Jechen bald wieder mit neuen Forderungen, insbesondere der Heranziehung des Güttenselbstverbrauchs zur Umlage, hervorgetreten. Die Güttengeden könnten eine Umlage auf die eigenen Kohlenwerke nicht tragen, zumal angesichts der zunehmenden Konkurrenz der lothringisch-luxemburgischen Güttens. Im übrigen hätten das Syndikat sowohl als auch die reinen Jechen die Entwicklung der Güttengeden, insbesondere hinsichtlich ihrer Kohlerzeugung, selbst mit veranlaßt, und zwar durch Lieferung von mangelhaftem Koks. — Laßt alle Hoffnung fahren!

### Die Lage des deutschen Arbeitsmarktes.

Nach den Ausweisen der Arbeitsnachweise, die an den „Arbeitsmarkt“ berichten, bewegte sich der Andrang am Arbeitsmarkt in den einzelnen Monaten der nachstehenden Jahre wie folgt:

	Januar	Februar	März	April
1904 . . .	159,1	184,2	100,4	112,8
1910 . . .	155,5	142,3	118,1	127,7
1911 . . .	140,1	129,9	108,8	106,6

Der März 1904 hatte einen auffallend günstigen Stand gezeigt, dem aber im April ein Rückschlag folgte. Die Zahl der offenen Stellen an den berichtenden Nachweisen stieg von 111 251 im Vorjahre auf 136 871 im laufenden Jahre oder um rund 23 Proz. Das Angebot vermehrte sich von 142 057 auf 145 873 oder um circa 2,7 Proz.

Der Jahresbericht der Berliner Handelskammer für 1910 hatte von in seinem ersten, Ende Dezember erschienenen Teil das Jahr 1910 als ein wirtschaftlich günstiges bezeichnet. Von der Besserung der Verhältnisse sei kaum ein einziger der großen Erwerbszweige unberührt geblieben. In dem nunmehr vorliegenden zweiten Teil, Bericht über die wirtschaftliche Lage, wird dieses Urteil wiederholt und die Hoffnung als berechtigt bezeichnet, daß auch im Jahre 1911 Handel und Industrie eine ruhig ansteigende Entwicklung nehmen werden. Der Bericht stützt sich dabei in erster Linie auf die gestiegenen Einnahmen der Eisenbahnen aus dem Güterverkehr. Diese betragen über 1700 Millionen Mark gegen nicht ganz 1600 Millionen im Vorjahre, d. h. etwa 7 Proz. mehr. Eine weitere Steigerung hat sich bereits in den beiden ersten Monaten 1911 ergeben, nämlich fast 274 Millionen gegen etwa 263 Millionen im Vorjahre, das sind reichlich 8 Proz. mehr.

Weiter verzeichnet der Bericht die Steigerung der deutschen Ausfuhr im Jahre 1910 um 87 1/2 Proz. Millionen Mark. Ihr Gesamtwert betrug rund 7467 Millionen.

Die Produktion von Rohseisen war 1910 größer als je zuvor. Sie betrug im Deutschen Reich:

	1909	1910
1907 . . . 13 Millionen Tonnen	1909 . . . 12,9 Millionen Tonnen	
1908 . . . 11,8	1910 . . . 14,8	

Die Lage der Landwirtschaft war andauernd günstig. Die Weizenernte war sehr reichlich, der Ertrag an Roggen etwas geringer an Quantität, aber besser in Qualität als 1909, Hafer und Gerste blieben hinter der vorjährigen Ernte zurück. Die Preise für Getreide waren etwas geringer, die für Vieh dagegen erheblich höher als im Vorjahre. In Berlin kosteten durchschnittlich:

	1909	1910
Roggen . . . pro 1000 kg	176,5	152,3
Weizen . . . . .	238,9	211,5
Speisekartoffeln . . .	49,9	40,7
Häfen . . . . . pro 100 kg	131,5	145
Rüböl . . . . .	163,3	187,9
Hammel . . . . .	141,5	148,1
Schweine . . . . .	133,3	129

Etwas fehlen noch die Angaben des Berichts über den Güterverkehr des Berliner Wirtschaftsgebietes auf Bahn- und Wasserwegen (ohne den Durchgangsverkehr). Insgesamt kamen 209 000 Tonnen weniger an als im Vorjahre, nämlich rund 17 960 000 Tonnen 1910 gegen rund 18 166 000 Tonnen 1909. Das kommt aber ausschließlich auf Konto der Kohleneinfuhr, die mit 4 948 000 Tonnen um 453 300 Tonnen gegen das Vorjahr zurückblieb. Sämtliche übrigen Waren übertrafen in der Einfuhr das Vorjahr beträchtlich, z. B.:

	1909	1910	mehr (rund)
Holz . . . . .	948 000 Tonnen	978 500 To.	30 500 To.
Baumaterial . . . . .	6 761 500	6 777 600	16 000
Anderer Holz- u. Hilfsstoffe u. Halbfabrikate	1 387 000	1 422 000	35 000
Nahrungsmittel, Genuss- u. Futtermittel	2 446 000	2 493 000	47 000

Der Versand überstieg den des Vorjahres insgesamt um fast 811 000 Tonnen; er betrug 8 589 000 gegen 2 278 000 Tonnen im Vorjahre. Auch hier blieben die Kohlen gegen das Vorjahr zurück, und zwar um rund 13 700 Tonnen, es wurden 1909 181 750 Tonnen Kohlen verhandelt, 1910 nur 168 100 Tonnen. An anderen Waren wurden z. B. versandt:

	1909	1910	mehr (rund)
Holz . . . . .	66 400 To.	68 200 To.	1 800 To.
Baumaterial . . . . .	391 000	484 000	93 000
Anderer Holz- u. Hilfsstoffe, sowie Halbfabrikate	629 400	712 500	83 100
Verschiedene Waren . . . . .	1 367 400	1 458 600	91 200

### Soziales.

#### Der Staatsfiskus als Rentenquerscher.

Ein rigoroser Fall von Rentenquerscher bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor dem Schiedsgericht der sächsischen Staatsbahn in Dresden. Der ehemalige Stredenarbeiter, jetzige Lampenwärter Burkhart erlitt im Jahre 1908 im Eisenbahnbetriebe einen Unfall, bei dem er eine Verletzung des rechten Fingers davon trug. Die beiden vorderen Glieder des Fingers mußten amputiert werden. Für die durch Unfallfolgen herbeigeführte Minderung der Erwerbsfähigkeit erhielt der Verletzte eine 10prozentige Rente zugebilligt. Bei einer neuerlichen Untersuchung glaubte der behandelnde Arzt weitgehende „Gewöhnung“ feststellen zu können und empfahl die Entziehung der Rente. Das ließ sich der Staatsfiskus nicht zweimal sagen, er hat gleich die Rente aufgehoben. Mit Rücksicht auf die immer noch vorhandene Behinderung erachtete der Verletzte die Rentenentziehung als eine ungerechtfertigte Maßnahme; er legte Berufung ein. Darauf wurde Professor Reichel in Chemnitz gehört, der eine „gewisse Gewöhnung“ für vorliegend erachtete, aber sich dahin ausdrückte, daß der Verletzte durch die Verkrüppelung des rechten Fingers zweifellos auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geschädigt sei. Eine Rente von 10 Proz. sei aber dafür immer noch am Platze. Tzudem lehnte der Staatsfiskus die Weitergewährung der Rente ab! Und das Schiedsgericht setzte sich über das ärztliche Gutachten hinweg. Indem es eine Schädigung nicht mehr für vorliegend erachtete, erkannte es auf Verwerfung der Berufung!!

Ebenso rigoros ging der Staatsfiskus in einem anderen Falle vor, aber hier ohne Erfolg. Bei einem Unfall im Jahre 1909 trug der im Staatsbetriebe beschäftigte gewesene Kohlenräumer Leopold eine schwere Muskelzerrung davon. Für die Folgen des Unfalls erhielt der Verletzte eine 20prozentige Rente, die aber bald danach auf 20 Proz. ermäßigt wurde. Eine dagegen eingewendete Be-

ruhrung wurde verworfen. Neuerdings ließ der Staatsfiskus abermals eine Untersuchung vornehmen. Der Vertrauensarzt der Staatsbahn, Dr. Gilbert, erklärte in seinem Gutachten, daß Unfallfolgen nicht vorhanden seien und kein Grund zur Rentenverweigerung vorliege!! (Dabei verdient der Mann jetzt täglich über 1 M. weniger, wie vor dem Unfall!) Der Staatsfiskus war mit der Rentenentziehung schnell bei der Hand. Es wurde nach eingewendeter Berufung ein Obergutachten eingeholt, wonach eine Gelenkentzündung für vorhanden erachtet und die Minderung der Erwerbsfähigkeit auf immer noch 20 Proz. bemessen wurde. Der Vertrauensarzt widersprach diesem für den Staatsfiskus ungünstigen Gutachten und erklärte, es liege gar kein Anhalt für Verweigerung einer Rente vor!! Vom Staatsfiskus wurde in der Verhandlung die Verwerfung der Berufung beantragt!! (Das nennt sich dann soziale Fürsorge!) Das Schiedsgericht hat aber in diesem Falle den Staatsfiskus verurteilt, die 20prozentige Rente weiterzugewähren. So sieht der Staat als Arbeitgeber aus!

#### Vom Kampfe gegen die Geschlechtskrankheiten.

Mit ihrem Kampfe gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen laden die Arbeiterfreunde auch, soweit die Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten in Betracht kommt, eine schwere Verantwortung auf sich. Darf man doch ohne Krankenversicherung sagen, daß erst der vorurteilfreie Sinn der in den Krankenkassen tätigen Arbeiter eine systematische Bekämpfung der gefährlichen Seuchen in die Wege geleitet hat. Die Gleichstellung der venereischen Kranken Mitglieder mit den anderen Kranken bedeutet die letzte Ueberwindung eines Vorurteils, das Jahrhunderte die Menschheit bedrückt und zur Verbreitung der Syphilis ohne Zweifel erheblich beigetragen hat. Die Geschichte der Behandlung dieser Krankheit ist zugleich eine Geschichte der menschlichen Barbarei.

Nachdem die Syphilis zuerst in Paris erkannt worden war, wollte lange Zeit überhaupt kein Hospital syphilitische Kranke aufnehmen, und die den ärmeren Klassen angehörigen Kranken wurden in die Wälder hinausgetrieben, wo man sie umkommen ließ. Als endlich ein Gesetz erlassen war, demzufolge die Syphilitiker in eines der Pariser Hospitäler aufgenommen werden sollten, wurde jeder Kranke vor der Aufnahme geprügelt, und diese rohe Sitte dauerte in voller Strenge bis zum Jahre 1700 fort. Doch selbst die unmenseliche Behandlung bestand nur für das männliche Geschlecht; für Frauen waren gar keine Vorkehrungen getroffen. Erst im Jahre 1683 richtete man in einem Pariser Hospitale eine kleine Abteilung für sie ein, die von Schmutz starrte und von der der französische Arzt Duchatelet ein Bild des Grauens entwarf. Die Kranken starben hier zumeist, und wenn sie mit dem Leben davonkamen, wurden sie zu wandelnden Skeletten. Um auch nur diese elende Behandlung zu erlangen, war es notwendig, lange Zeit zu warten, bis von den 100 Betten, die für männliche und weibliche Geschlechtskranke eingerichtet waren, eins frei wurde. Erst gegen Ende des 18. Jahrhunderts besserten sich diese Zustände langsam.

In England und Deutschland war die Vernachlässigung der Geschlechtskrankheiten womöglich noch ärger als in Frankreich. Und noch bis vor gar nicht langer Zeit bestand bei uns die vom Gesetz gestiftete Unsitte, daß Krankenkassen geschlechtskranke Mitglieder überhaupt nicht zu unterstützen brauchten. Erst in der Fassung vom Jahre 1903 wurde wesentlich auf Anregung der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstages jene Bestimmung im Krankenversicherungsgesetz gestrichen, wonach das stammungsmäßige Krankengeld gar nicht oder nur teilweise zu gewähren ist, wenn das Mitglied sich durch „geschlechtliche Ausschweifungen“ seine Krankheit zugezogen hat. Seit dieser Zeit hat die Arbeiterschaft vollends alles aufgegeben, um den Geschlechtskrankheiten mit Hilfe des Gesetzes entgegenzutreten. Nach Vernichtung des Selbstverwaltungswortes mag es Sache der Bureaucratie und der Unternehmer sein, auch auf diesem Gebiete der Ruderei Konzeptionen zu machen und Rückschritte herbeizuführen.

Die Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine erzielte auch im abgelaufenen ersten Quartal dieses Jahres erhebliche Umsatzerhöhungen. Im Warenhandel wurden 23 Millionen Mark umgesetzt gegenüber 19 Millionen Mark im ersten Quartal des Vorjahres. Die Zigarrenfabriken steigerten ihren Umsatz von 440 000 M. auf 600 000 M. Am größten ist jedoch die Umsatzsteigerung in der Seifenfabrik. Hier wurde in dem einen Vierteljahr ein Umsatz von 1 Million Mark erzielt, während er in den 6 Monaten des Jahres 1910, während deren die Seifenfabrik lieferte, nur 1,37 Millionen Mark betrug.

### Aus der Frauenbewegung.

#### Proletarierfrauen und Militarismus.

Im März d. J. hielt Fraulein Nagstad im norwegischen Storting ihre Jungferrede, und zwar sprach sie zum Militarbudget. Die sozialdemokratische Fraktion hatte davon 1 Million Kronen streichen wollen. Die weibliche Parlamentskollegin schloß sich aber der Begründung der Regierung an, indem sie betonte, daß sie zwar für den Frieden und die Schiedsgerichte sei, jedoch einem „vernünftigen und der Leistungsfähigkeit des norwegischen Volkes angepaßten Militarretai“ ihre Zustimmung gebe. Man sieht aus diesem Fall, wie leicht es eine Regierung hat, bürgerliche Abgeordnete, seien es nun männliche oder weibliche, von der Notwendigkeit ihrer Forderungen zu überzeugen. Ganz wie bei uns.

Wir zweifeln auch gar nicht daran, daß, sobald weibliche Abgeordnete in unseren Reichstag einzutreten, die bürgerlichen Frauen aller Schattierungen frisch-stromm-fröhlich und frei dem Militarismus zu Wasser, zu Lande und in der Luft mit textonischer Begeisterung zu opfern bereit sein werden. Fraulein Nishemwola besonders würde es als die schönste Stunde ihres Lebens betrachten, wenn sie zum ersten Male mit vollen Händen für Meer und Flotte geben könnte. Sozialdemokratische Frauen dagegen kennen das Wesen des Militarismus nur zu gut, sie würden ihn mit allen Kräften bekämpfen. Hat doch gerade die proletarische Frau alle Ursache, mit dem heutigen Wehrsystem in höchstem Maße unzufrieden zu sein. Verschlingt doch der gefräßige, unersättliche Militarismus den größten Teil der aus dem Volke geprehten Abgaben. Ist er es doch, dem die beste Kraft, das Wohlergehen Tausender von Familien geopfert wird, indem die durch ihn bedingten ungeheuren Lasten die Lebenslage des Volkes zusehends verschlechtern und der Unterernährung in erschreckender Weise den Weg bahnen. Und noch ist kein Ende abzusehen. Im Jahre 1872 hatte das Deutsche Reich 359 000 Mann unter Waffen stehen. 1909 waren es bereits 621 162. 1873 kostete ein Soldat 880 M., 1910 aber 1205 M., wobei noch nicht berechnet ist, was die Soldaten persönlich oder ihre Eltern und Verwandte usw. zubüßten. Diese Summen beziehen sich aber nur auf das stehende Heer, d. h. aktive Mannschaften. Von Jahr zu Jahr schmilft in geradezu beängstigender Weise die Zahl der pensionierten Offiziere an (die man jetzt gern ins Versicherungswesen für Arbeiter bugsilieren will). 1873 wurden erst 21 Millionen jährlich für Pensionen ausgezahlt, 1910 nicht weniger als 118! So sind wir denn glücklich bei der fünften Milliarde Reichsmarkden angelangt, ohnedem was sonst noch drum und dran bammelt! Dabei haben sich unsere wirklichen Einnahmen seit 1847 nahezu verdreifacht und trotzdem zirka 75 M. höher Reichsfiskus auf den Kopf der Bevölkerung. 1442 Millionen Mark hat das deutsche Volk alljährlich aufzubringen an indirekten Steuern, Zöllen und Gebühren, vorwiegend um die Kosten unseres herrlichen Land- und Wasser-militarismus zu decken.

Daß dabei dringende Kulturfragen in unterverantwortlicher Weise vernachlässigt werden, ist ganz natürlich. Genosse David hat dieser Tage im Reichsparlament in trefflicher Rede auf die empörende hohe Säuglingssterblichkeit in Deutschland hingewiesen. Hunderttausende von Kindern müssen schon im Mutterleibe hungern. Allein im Jahre 1908 starben 359 000 Säuglinge dahin. Dieser Kindermord ist vorwiegend die Folge unserer schamlosen Volksumwucherung. Ebenso grauig und trübselig ist das Bild, das die Feststellungen der Zentrale für Volkswohlfahrt im Jahre 1908 über den Umfang der Einrichtungen für Schulpeinung in deutschen Städten

und Gemeinden veranlaßt hat. 80,5 Proz. der Kinder erhielten morgens nur Kaffee, d. h. eine Kichorienbrühe mit einer Spur von Milch und einem Brötchen oder Brot. Nur etwa 10 Proz. bekamen ein Milchfrühstück und 3,4 Proz. eine Suppe. 1860 Kinder mußten trotz bestehender Schulpeinung hungrig zur Schule gehen, 21 978 erhielten kein warmes Mittagessen, die meisten von ihnen auch abends nichts Warmes.

Und im Jahre 1907 ermittelte der Verein für Kinder-Vollstücken, daß in Berlin 14 000 Kinder ohne Frühstück waren, darunter 9004 schulpflichtige. Zahlen, die beredter sind als Worte!

Die Frauennarbeit nimmt zu, 10 Millionen sind überschritten, viele Unternehmer ziehen weibliche Kräfte den männlichen vor. Und alles Elend in engler Verbindung mit unserer rückwärts betriebenen Raubpolitik und unserem wahnsinnigen Militarismus.

Das arbeitende Volk muß die Ruten bezahlen, mit denen es gezüchtigt wird. Der Militarismus ist eine Futtertrippe für Junker und Panzerplattenfabrikanten, ein Werkzeug eroderungslüsterner Gewaltmenschen und profitwärtiger Krämerseelen, andererseits ein brauchbares Mittel zur Niederhaltung des „inneren Feindes“ und zur Hilfeleistung für das Unternehmertum bei wirtschaftlichen Kämpfen (Marsfeld). „Daß man auf uns Maschinengewehre gerichtet hat, werden wir nie wieder vergessen!“ erklärten Marsfelder Bergarbeiterfrauen mit geballten Händen. Dort hat sich der Militarismus in seiner nacktesten Gestalt gezeigt. Der entsetzliche Gedanke, daß der Sohn, den die Mutter unter Sorgen und Entbehrungen in schloßlosen Räumen großgezogen hat, auf diese seine Mutter schießen muß, er wäre in Marsfeld beinahe zur schrecklichen Wirklichkeit geworden. Hatte man doch zum Teil Söhne aus dem Marsfelder Gebiet dorthin geschickt.

Aus diesen und anderen Gründen kann keine aufgeklärte Proletarierfamilie das heutige Wehrsystem gutheißen; wären die Frauen im Parlament vertreten, so könnte es für sie nicht anders geben als der Grundsatz: „Diesem System keinen Mann und keinen Groschen“.

#### Leseabende.

Rieder-Schönhäusen-Nordend. Dienstag, den 16. Mai, 8 1/2 Uhr, bei Gappe, Eichen Ede Waldstraße: Vortrag. Genossin Frida Wulff.

### Versammlungen.

Der Zentralverband der Zimmerer hielt am Freitag bei Feuerstein eine Jahrestellenversammlung ab, die zunächst die Abrechnung vom 1. Quartal 1911 erledigte. Die Einnahme für die Zentralkasse ergibt 13 806,20 M., darunter noch 5566,40 M. für Extrabeiträge 1910. Veranschlagt sind 10 962 M. für Arbeitslosenunterstützung, 320,75 M. für Reiseunterstützung, 31,20 M. für Streikunterstützung, 85,35 M. für Rechtschutz und 2405,90 M. sind in bar an die Hauptkasse gesandt. Der Einnahme der Lokalkasse von 5822,10 M. steht eine Ausgabe von 11 469,89 M. gegenüber. Diese Mehrausgabe von 5047,79 M. erklärt sich daraus, daß für das 13 Wochen umfassende Quartal nur vier Wochenbeiträge geleistet werden. (Die Beitragszahlung im Verbands beginnt erst in der Woche, in welcher der 1. März fällt.) Weiter sind einzelne Posten ziemlich erheblich; so sind veranschlagt für Zuschuß zur Arbeitslosenunterstützung 2831 M., für Agitation 517,10 M., Druckkosten und Inserate 819,15 M. und für Beiträge Arbeitsloser 638,10 M. — Da durch den Verbandstag in Leipzig die Zahlstelle Berlin wieder als Sitz des Verbandsauschusses bestimmt worden ist, so erfolgte in dieser Versammlung die Wahl der Ausschussmitglieder. Gewählt werden die Kameraden Richard Engelhardt, Paul Klossowski, Richard Schröder, Heinrich Schulz, Friedrich Schulze und Emil Biege. Zum Vorsitzenden des Ausschusses ist Hermann Rube bereits durch den Verbandstag gewählt. Die dann folgende Beratung des Ortsstatuts, Regulativ, zeitigte eine längere Debatte. Änderungen wurden nicht beschloßen. Angenommen wurde ein Antrag, daß der Vorstand beauftragt ist, Gesuchen anderer Organisationen um Unterstützung, wenn diese sich im Kampfe befinden, zu entsprechen; die zu gewährende Summe darf jedoch den Betrag von insgesamt 3000 Mark nicht übersteigen. Darüber hinausgehende Anforderungen sind durch die Versammlung zu bewilligen. Die Beratung des Ortsstatuts (Regulativ), die bisher alljährlich erfolgte, soll in Zukunft nur noch alle zwei Jahre im Anschluß an die Verbands-Generalsammlung vor sich gehen, weil ja das Regulativ dem Verbandsstatut entsprechen muß. — Vom Vorsitzenden wird mitgeteilt, daß die Erbschaft für den verstorbenen zweiten Kassierer Friedrich Licht am Sonntag, den 21. Mai, vormittags, durch Verkauf in den Bezirkslokalen erfolgt. — Auf Anfrage berichtet der Vorsitzende, daß nach den bisher vorliegenden Abrechnungen der Bezirkskassierer während der Raiauspeerrung 133 außersperre und 99 arbeitslose Mitglieder aus der Lokalkasse unterstützt worden sind. Mehrere noch vorliegende Anträge werden zur nächsten Versammlung zurückgestellt.

Unserer Genossin Frau Marie Nölte die herzlichsten Glückwünsche zu ihrem 70. Geburtstag. 19015 Die Genossen d. 736. Bezirks.

**Stoffe**  
Gertraudenstr. 20-21, vis-à-vis der Petrikirche.

**Mahlsdorf,**  
Cu.-R. von 8 M. an, 20 J.-Jahrt.  
J. Rieger, Gontardstr. 5.

**Dr. Raphael Friedeberg**  
(früher Berlin) 74/13\*  
praktiziert als Badearzt  
**Bad Kudowa** (Schlesien)  
im Winter:  
Ascona-Locarno (Lago Maggiore).

**Wasserparzellen**  
Neu! von 200 M. an. Neu!  
Idyllisch gelegen, ca. 30 km östlich von Berlin. See-, Wald-, Fild-, u. Landparzellen (potentiell). Pläne gratis.  
J. Rieger, Gontardstr. 5.

**Syphilis-Nachweis**  
in allen frisch u. veralt. zweifelh. Fällen durch wissenschaftl. Untersuchung. Sofort! desgl. Horn- (Spez. auf Gonorrhoe-Räden) u. Syphilis-Analysen. Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, von Kronen- und Rohrenstraße, I. 5734. Vert. Rüdpr. disk. u. kostenl. Geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

**Dollmanns**  
**Bandagen**  
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummwaren etc. Gerstin N., Lothringers Str. 60.  
Liederant für Krankenkassen. Eigene Werkstatt.

**Warnung!**  
Trotz wiederholten Hinweises sind in letzter Zeit Nachahmungen meines Kapitän-Kautabaks in Umlauf.  
Der Kapitän-Kautabak ist nur echt mit Zettelleinlage und Etikette mit der Aufschrift:  
**Feiner Dänischer Kapitän-Kautabak**  
(ges. geschützt 75 658).  
Meine werte Kundschaft bitte ich, Kapitän-Kautabak ohne obige Bezeichnungen als unecht zurückzuweisen und mir Fälle von Nachahmungen mitzuteilen, damit ich dagegen einschreiten kann.  
**Karl Röcker, Tabakfabrik, Berlin O. 27,**  
Grüner Weg 112. (VII. 3861.)

**Todes-Anzeigen**

**Sozialdemokratischer Wahlverein für den 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis. Pöthgen'scher Stiel.**  
(Bezirk 373 V.)  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Schlosser **Karl Pöthgen** Bettendorferstr. 37 gestorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes, Hermannstraße, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 13. Mai verstarb unser Genosse, der Metallarbeiter **Max Burwig** Bornemannstr. 5.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Pauls-Kirchhofes, Pöthgenstr., aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeigen.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Bildner **Max Burwig** am 12. d. M. an Nervenleiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des neuen St. Pauli-Kirchhofes in Pöthgenstr. aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Holzer **Wilh. Mühlenbeck** am 13. d. M. an Herzschlag.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf (Humboldtstraße) aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser **Karl Pöthgen**.

**Deutscher Transportarbeiter-Verband.**  
Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Arbeiter **August Konzog** am 13. d. M. im Alter von 46 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den 16. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Koalder Krankenhauses aus nach dem städtischen Friedhof in der Müllerstraße (Ecke der Eesestraße) statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksverwaltung.

**Wilh. Mühlenbeck**  
am 13. d. M. an Herzschlag.  
Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 16. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Sebastian-Kirchhofes in Reinickendorf (Humboldtstraße) aus statt.  
Ferner starb unser Mitglied, der Schlosser **Karl Pöthgen**.

**Nachruf.**  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Müllfischer **Emil Brauer** am 9. d. M. im Alter von 30 Jahren verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Bezirksverwaltung.

**Wilh. Maier**  
am 13. d. M. an Lungenleiden.  
Die Beerdigung findet morgen Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Trauerhause Wilmstr. 63 aus statt.  
**Ehre ihrem Andenken!**  
Rege Beteiligung erwartet  
117/4 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw. Filiale Berlin.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Maler **Wilhelm Siebert** am 14. Mai verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Halle des städtischen Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
129/3 Die Ortsverwaltung.

**Zentralverband d. Maschinisten u. Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands.**  
Verwaltungsstelle Groß-Berlin.  
Am Sonntag, den 14. Mai, verstarb unser Mitglied, Kollege **Karl Spiller**.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstr. 129-137, aus statt.  
Um rege Beteiligung bittet  
145/15 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Bauarbeiter-Verband. Zweigverein Berlin. Sektion d. Gips- u. Zementbranche.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Kupferträger **Oswald Baer** im Alter von 44 Jahren an den Folgen eines Unfalles am 10. Mai verstorben ist.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. d. M., nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle der Philipp-Koppel-Gemeinde in der Müllerstraße 44 aus nach dem städtischen Friedhof aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
138/12 Der Sektionsvorstand.

**Todesanzeige.**  
Am 13. d. M. nach langer Krankheit verstarb unser lieber Mitarbeiter, der Seherkollege **Eduard Bierfreund** im Alter von 60 Jahren.  
**Ehre seinem Andenken!**  
Das Personal d. Buchdruckerei H. S. Hermann.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, 16. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des alten St. Thomas-Kirchhofes in Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.

**Sonntagmorgen verschied sanft nach langen, schweren Leiden im 49. Lebensjahre meine innig geliebte Frau und Mutter **Berta Grafe** geb. Heckert.**  
Um ihres Besseren willen **Moritz Grafe** und Sohn, Berlin, Köpenicker Str. 44.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Mai, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Kapelle des Gethseman-Friedhofes in Nordend aus statt. 42752

Nach langem Siechtum und qualvollen Leiden wurde uns heute früh 4 1/2 Uhr mein innig geliebter Mann, unser herzlichster, treusorgender Vater, Schwiegervater und Bruder, der Schriftfeger **Johannes Stegmann** im 52. Lebensjahre durch den Tod entzogen.  
Berlin, den 14. Mai 1911.  
In tiefer Trauer  
**Helene Stegmann** nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 17. Mai, nachmittags 4 Uhr, vom Trauerhause, Wilmstr. 23, aus nach der Kapelle des Philippus-Koppel-Friedhofes, Müllerstr. 44/45, statt. 18008

**Dankfagung.**  
Für die zahlreiche Beteiligung bei der Beerdigung meines lieben Mannes sage ich allen Verwandten, Freunden und Genossen, besonders der Firma R. Koppel meinen herzlichsten Dank.  
**Wwe. Luise Ender** nebst Tochter.  
**Dankfagung.**  
Für die liebevolle Anteilnahme und die zahlreichen Kranzspenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes **Otto Beihl** sage ich allen Freunden, Verwandten und Bekannten, insbesondere den Kollegen der Firma W. Giesholt, dem 103. Wahlverein des 6. Berliner Wahlkreises und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen Deutschlands meinen herzlichsten Dank.  
17915 Emma Beihl geb. Stoller.

**V. Wahlkreis.**  
Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**General-Versammlung**  
in den „Königs-Sälen“, Neue Königstr. 26, Eingang Badestrasse.  
Tages-Ordnung:  
1. Antrag des Vorstandes: den Bezirksführern eine Entschädigung zu gewähren.  
2. Vortrag des Genossen **Dr. Weinberg** über: „**Arbeiterchaft und Strafreform**“.  
3. Diskussion. 4. Vereinsangelegenheiten.  
Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder bittet  
Der Vorstand.

**Marmorarbeiter!**  
Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
im „Engl. Garten“, Alexanderstr. 26  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht der Tarifkommission über den vorläufigen Abschluß der Tarifverhandlungen.  
2. Beschlußfassung über die vom Verband der Steinmetz-geschäfte angebotene Minimalstundensöhne. 171/19\*  
**Kein organisierter Kollege darf fehlen!**  
Die Ortsverwaltung Berlin des Zentralverbandes der Steinarbeiter.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Bezirk Rixdorf.  
Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 Uhr:  
**Außerordentliche Vertrauensmänner-Versammlung für die Möbelbranche**  
83/10  
bei Krönke, Weichselstraße 8 (Idealpassage).

**Selowsky-Cigaretten**

**Bolero**

**Caruso**

**Zenith**

als erstklassig anerkannt!

**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Arbeitsnachweis: Hof I. Amt III, 1293. Charitéstraße 3. Hauptbureau: Hof III. Amt III, 1987.  
Dienstag, den 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Branchen-Versammlung**  
der in den Eisenkonstruktionswerkstätten beschäftigten Arbeiter  
im großen Saale der Brauerei Friedrichshain, Am Friedrichshain 16/23.  
Tages-Ordnung:  
1. Bericht über die mit den Unternehmern gepflogenen Verhandlungen und unsere Stellungnahme dazu. 2. Diskussion. 117/3  
**Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!**  
Pflicht aller Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen.  
Die Vertrauensleute werden ersucht um 7 Uhr anwesend zu sein.  
Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den Koronafäsen, Kommandantenstr. 72:  
**Versammlung der Graveure, Ziseleure.**  
Tagesordnung: Vortrag des Gewerkschaftssekretärs Adolf Ritter über: „**Welchen Wert hat das Innungsgesetz im allgemeinen und für uns?**“  
Da zu dieser Versammlung die Unternehmer eingeladen sind, ist es Pflicht eines jeden Kollegen, zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

**MANOLI**  
Cigarettes

Bellebte Spezialmarken

**Abbas Dandy**  
**Gibson Girl**

**Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Zimmerer Hamburg.** Verwaltungsstelle Lichtenberg.  
Mittwoch, den 17. Mai, abends 8 1/2 Uhr:  
**Mitglieder-Versammlung**  
bei Pickenhagen, Schammbeckerstr. 90.  
Tages-Ordnung:  
1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Wahl eines Revisors. 3. Kassenangelegenheiten. 253/4  
3. u. 4.: Die Ortsverwaltung.

**Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.** (Zahlstelle Berlin.)  
**Bezirksversammlungen:**  
Bezirk 1: Mittwoch, den 17. Mai, bei Küster, Weisstr. 22  
Bezirk 2: Donnerstag, den 18. Mai, bei Frisch, Badstr. 12.  
Bezirk 3: Mittwoch, den 17. Mai, bei Kranz, Dunderstr. 8.  
Bezirk 4: Mittwoch, den 17. Mai, bei Litfin, Remer Str. 67.  
Bezirk 5: Mittwoch, den 17. Mai, bei Schwager, Jersfalmer Str. 63/64.  
Bezirk 6: Mittwoch, den 17. Mai, bei Kimmel, Seckelstr. 13.  
Sämtliche nachmittags 5 Uhr.  
Die Ortsverwaltung.

**Die Hausfrau praktisch,** wie immer, kauft zur Reizezeit für die ganze Familie **Florians Zahnpflege-Kasten**, Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser. Preis nur M. 1.—. Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften sowie direkt 10 Stück M. 8,50, 24 Stück M. 18.— franko Nachnahme durch **Arthur Wasservogel**, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder durch die **Chemischen Werke Florian & Co.**, Brita-Berlin.

**Kennen Sie sie?**  
Wenn nicht, dann besichtigen Sie die **Villenkolonie Karow**, die ausrichtreichte Gartenriedelung a. d. Stettiner Bahn. 20 Pf. Fahrt. 800-500 R. Anz. genügt. Bäume gratis. **J. Rieger**, Berlin, Gontardstr. 5.

**1 Mark**  
wöchentliche  
Teltzahlung  
Lieferung  
fertig  
**Herren-  
Garderoben**  
erstellt von Max  
Antberg, u. Max  
Tadlos, Ausfüh.  
**Julius Fabian**  
Schneidemeister  
6c. Frankfurter  
Strasse 37, II  
Eingang Strau-  
berger Platz  
II. Geschäft:  
Turmstr. 18  
nur erste Etage,  
kein Laden.

**Coburger Geld-Lotterie**  
Ziehung 26-31. Mai.  
Gewinne M. 360 000,  
100 000, 50 000, 10 000,  
5 000, 2 000, 3 x 1 000 usw.  
Lose a M. 3.30.  
5 Lose M. 16.—  
Porto u. Liste 30 Pf. extra  
versendet  
**Peter Linden,**  
Fortuna-Glücks-Bank,  
**Bonn.**

**Kraft-Rohwein**  
Fl. 150  
u.  
**Santa Lucia** 200  
Apotheken, Oregan- u. Kolonial-Geschäften,  
Nachahmungen bitte zurückzuweisen.

**Steppdecken**  
**Spezialhaus**  
**Emil Lefèvre**  
Berlin, Oranienstr. 158  
Höchste Leistungsfähigkeit  
durch Selbstfabrikation  
aller besseren Qualitäten.  
Steppd. à 2,50, 4, 6, bis 250 M.  
Schlafdecken à 3, 4, 10 bis 50 „  
Echt Kamowhaar à 10 bis 36 „  
**Spezialkatalog**  
mit ca. 650  
Abbildung. gratis u. franko.

**Blumen- und Franzbinderei**  
von Robert Meyer,  
nur Mariannen-Straße 2.



**Erstklassige, schieke  
Ulster und Paletots**  
nach Maß von Mark 35-58.  
Als Spezialität  
empfehle meine 3 wunder-  
vollen  
**Schlager-Anzüge**  
nach Maß zum Preise von  
Mark 45,00 - 55,00 - 65,00 in  
künstlerischer Vollendung des  
Sitzes.  
Große Läger in deutschen und  
englischen Stoffen.  
Teillzahlung nach Uebereinkunft.  
**M. KATZ**  
Schneidermeister  
Dresdener Str. 76 II.  
Tel. Amt IV 12170  
nahe Thalia-Theater  
II. Geschäft:  
Schöneberg, Hauptstr. 158 I.  
Telephon VI. 14278.

**B.FEDER**

**KREDIT**  
an  
**jede Dame**

**KREDIT**  
an  
**jeden Herrn**

Zentrale:  
**Brunnensrasse 1**  
I. Filiale: **Frankfurter Allee 89** II. Filiale: **Kottbuser Damm 103**  
Deutschlands allergrößtes Kredit-Etablissement  
empfiehlt gegen

**kleine Anzahlung und niedrige Ratenzahlung**  
**Herren-Konfektion**  
**Damen-Konfektion**  
**Kinder-Konfektion**  
**Damen-Hüte - Schuhwaren**  
**Einzelne Möbel u. kompl. Wohnungs-Einrichtungen**  
**Jede Abteilung gleicht einem Spezial-Geschäft**

**Gratis!** Hut, Stock oder Schirm, Gürtel, Handtasche, Handschuhe, Gardinenstangen, Kohlenkasten, Bilder **Gratis!**  
**10% der geleisteten Anzahlung 10%**  
erhält ausserdem noch ein jeder gutgeheißene, der sich nach geschicktem Einkauf auf dieses Inserat bezieht.

**Robert Baumgarten**  
**Damen-Konfektion**  
Engros Export  
**Hausvogelplatz 11**  
1. Etage (kein Laden)  
schrägüber Untergrundbahnhof  
(an der Jerusalemer Straße)

verkauft  
auch einzeln  
**Paletots**  
**Kostüme**  
**Kostüm-Röcke**  
**Blusen**  
**Kimonos**  
**Golf-Jacketts**  
**Mädchen-Paletots.**

Bei Vorzeigung dieses In-  
serates an der Kasse werden  
**5 % Rabatt** vergütet.  
Auch Sonntags geöffnet.

**Spezial-Arzt**  
für Haut- und Harnleiden  
Rosenthaler Str. 70.  
**Dr. Popke**, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

**Eine Mark**  
wöchentliche  
Teillzahlung  
elegante  
**Herren-Moden**  
fertig und nach Mass,  
feinste Verarbeitung.  
**S. Boltuch**  
Herrn-Schneiderei  
Frankf. Allee 75, I  
Eingang Theater Str.

**Kardinal  
Malzkaffee**  
übertrifft an Wohlgeschmack  
alle bisherigen Kaffeesatzmittel  
Man probiere alles  
und behalte das Beste

**Würzburger Hühnermittel**  
von Dr. H. Unger. - Gegen 30 Weinnig auf 10 Pf. Anweisung frei.  
Eine Pfeife die bequeme u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min.  
fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und Indigen  
Kontrafekt.)  
**Dr. H. Unger in Würzburg.**  
In Berlin (SO Wf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Greif-  
Apothek, Barmindstraße 33. - Wilmchen: Schützen-Apothek. - Strauß-  
gärt: Hirsch-Apothek. - Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

**8. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 15. Mai 1911, vormittags.  
Für die Gewinne über 200 Mark sind die betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.  
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose  
beider Abteilungen.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
5 134 237 484 541 53 900 55 81 1241 527 639 710 47  
71 854 923 83 2060 61 109 324 411 526 78 626 59 726  
71 871 305 47 75 81 3309 449 546 58 859 [500] 99 [500]  
986 4015 46 118 50 234 319 70 436 [1000] 54 237 71 673  
61 [1000] 911 63 5172 210 [1000] 355 819 84 59 411 136  
47 35 60 78 8113 34 37 493 557 880 64 [1000] 7071  
85 91 206 217 [1000] 26 43 432 [1000] 65 564 617 8028  
469 801 807 88 971 81 9061 [1000] 122 65 63 433 587 631  
743 [1000] 929 [1000] 71  
1042 70 152 240 41 79 94 211 703 [500] 941 69  
11408 [500] 85 549 61 623 87 [1000] 717 850 12415 85  
[500] 13049 158 [1000] 75 92 735 84 473 661 867 77 926  
14001 383 415 83 878 83 898 [500] 16381 26 319 48 299  
301 67 883 73 [1000] 632 85 909 16381 26 319 48 299  
301 67 883 73 [1000] 632 85 909 16381 26 319 48 299  
301 67 883 73 [1000] 632 85 909 16381 26 319 48 299  
12000 850 12000 188 353 482 645 81 [1000] 911  
2041 [500] 106 243 329 [500] 41 324 763 800 332  
2140 99 210 503 98 637 705 22417 71 843 [500] 88  
445 89 224 52 79 670 75 735 827 [500] 33013 329 48 [500] 310  
441 55 625 809 2462 90 321 73 92 417 743 [1000] 819  
94 41 25006 153 218 81 371 454 43 801 951 26022 91  
393 [1000] 229 [1000] 428 571 608 733 99 815 920 99 27056  
145 417 97 833 65 806 558 [500] 80 28359 408 18 [500]  
671 77 78 85 829 987 29949 294 343 334 [500] 630 724  
97 [1000] 873 [1000] 40 843  
30415 93 988 745 97 77 888 920 95 [500] 31694 152  
[1000] 323 487 [1000] 807 53 [500] 99 945 95 32064 75  
85 183 271 227 437 712 800 33232 99 34194 234 81  
878 805 718 898 35042 100 37 212 83 [500] 348 23 73  
77 493 292 37 36150 80 218 55 501 761 862 929 37019  
54 81 111 228 97 885 98 606 [1000] 55 843 38043 182  
[500] 75 205 324 611 715 814 48 69 914 60 39023 74  
323 418 614 50 725  
40718 808 10 [1000] 60 888 87 85 61160 788 719 80  
419 42007 41 412 [1000] 64 554 769 814 29 83 90 917  
[1000] 43043 309 89 426 55 830 [1000] 760 [1000] 856  
[500] 44217 81 176 281 [1000] 886 748 801 911 45006  
291 441 503 75 90 607 27 858 99 677 [500] 70 46064 74  
303 [1000] 41 478 527 87 73 99 893 801 47 84 47158 203  
332 [1000] 544 803 887 609 48478 827 709 [500] 18 885  
4074 211 347 34 400 510 28 647 [500] 737 948  
50865 748 20 645 70 77 92 61158 412 38 46 377  
[1000] 612 748 810 [1000] 945 48 [1000] 52105 25 783  
272 432 68 604 15 [1000] 63 622 81 63 66 53354 98 444  
99 511 48 1000] 645 90 778 854 83 [500] 54106 64  
439 66 518 801 608 55090 [1000] 78 435 507 606 944  
56023 112 231 64 468 [1000] 570 724 29 83 988 57045  
203 900 95 487 246 844 907 37 58305 428 25 81 77 338  
67 764 527 50008 41 51 218 81 922 79 481 342 90 746  
84 837 90 909 47  
60004 18 45 238 370 37 61183 307 8 345 35 56  
43 431 800 544 62048 118 96 409 50 614 765 985 63143  
64 218 20 52 60 503 64125 200 65 492 901 31 69 442  
811 65114 300 216 54 443 519 66107 216 348 64 428 673  
879 835 91 [1000] 95 67061 130 292 469 [500] 500 [500]  
66 80 [1000] 485 936 68290 419 98 543 63 800 63 663  
69212 278 449 813 88 [500] 83 844  
70217 424 [500] 553 763 829 43 633 71028 87 118  
79 83 249 304 46 400 48 [500] 354 824 57 87 735 853  
901 86 72139 215 517 89 828 48 53 73008 17 20 405 574  
634 32 62 270 808 60 74287 845 409 87 500 71 60 690  
128 941 75047 80 134 [500] 206 50 97 [1000] 337 427 49  
624 933 62 76367 306 449 60 508 85 805 77021 117 235  
25 483 578 679 705 78023 183 35 307 424 61 502 73 601  
70055 201 11 44 78 317 443 [500] 625 80 784 800 681 90  
80123 367 64 984 81000 388 80 300 79 560 601  
[500] 70 747 83 824 70 95 966 82250 85 378 566 734  
285 944 83322 25 63 684 706 84043 111 30 46 63 476 628  
721 876 944 85772 607 904 61 86180 214 46 [500] 206  
[500] 28 [500] 74 487 614 [500] 36 [1000] 925 87115 253  
321 72 99 807 730 540 [500] 88064 309 43 207 85 402  
40 834 30 [1000] 587 919 89481 547 688 80 821 31 614  
90190 378 541 38 745 80 91330 378 427 531 610 79  
92007 [500] 240 77 482 877 [500] 735 75 858 93051 274  
427 583 49 84 689 780 884 49 77 94073 105 10 212 37  
323 [1000] 41 679 882 74 95123 250 329 859 67 920

98018 87 197 [1000] 88 486 887 65 97005 38 111 84 218  
309 454 72 150 73 815 948 47 50 98553 205 59 303 629  
851 99028 238 317 74 545 [1000] 614 710 837 920 49  
100028 54 69 101 55 298 373 502 69 718 831 085  
101002 [500] 186 98 800 19 25 75 774 815 987 102009  
[500] 133 256 85 406 [1000] 39 524 931 32 83 103138  
472 550 58 60 810 790 948 104251 342 500 701 857 037  
58 105025 32 36 [1000] 126 904 25 57 890 106038 26  
190 [500] 874 78 555 107123 803 794 899 955 108088  
190 [500] 221 335 410 21 579 638 758 109050 140 624  
73 72 959  
110257 280 407 11 974 111322 69 284 230 [500]  
472 501 678 785 800 18 [1000] 19 112629 218 208 9 743  
113060 120 49 [500] 742 281 56 495 794 819 27 [1000]  
45 906 8 114419 683 860 47 118281 643 927 81 58 44  
85 116187 [1000] 220 355 850 75 117069 [1000] 99 226  
230 484 [1000] 601 [1000] 89 825 64 [1000] 84 118142  
258 418 823 71 78 98 722 885 85 98 [1000] 988 119048  
62 298 42 [500] 44 69 600 47 890 95 [1000] 868 74 8029  
120219 411 85 84 608 16 28 [1000] 74 814 92  
121009 28 [500] 57 812 45 70 400 518 28 [1000]  
868 704 85 818 27 122084 106 40 233 701 32 88 98  
123489 563 960 74 [1000] 754 890 82 982 124027 77  
143 304 [500] 77 419 855 125303 81 314 14 578 730  
44 853 84 126018 229 81 [1000] 217 95 418 547 688 712  
[1000] 49 809 69 79 904 28 127617 81 [1000] 226 [500]  
309 434 58 681 712 813 128080 55 77 111 218 97 293  
64 804 713 90 51 76 [500] 868 88 [500] 977 129039 229  
408 10 807 9  
130090 190 256 548 624 47 897 67 934 131083 156  
75 209 22 [500] 320 448 [500] 511 625 728 61 904 132001  
[500] 474 712 133054 139 71 87 288 308 [500] 479  
[1000] 505 735 763 823 940 49 134118 90 311 408 19  
[500] 70 571 97 811 961 99 [1000] 93 135025 184 243 54  
398 659 393 136014 711 448 883 713 904 [1000] 41  
137018 51 136 83 217 54 66 [1000] 341 400 62 351 51 73  
842 905 75 138015 [1000] 88 390 74 347 67 672 87 779  
[1000] 678 80 934 57 62 139134 [1000] 431 57 77 78 823  
684 722 809 13 995  
140077 98 187 341 [500] 429 37 758 87 885 141428  
781 [1000] 844 919 142040 119 62 800 [500] 17 489  
525 79 851 599 143084 222 64 [1000] 218 16 97 854 56  
[1000] 90 144073 131 445 806 [500] 30 42 78 896 69  
145112 82 473 87 881 615 18 859 146017 219 68 69  
311 72 471 544 96 680 844 903 39 147128 391 445 87  
947 55 842 586 70 923 148107 17 [1000] 214 87 81 439  
598 53 905 716 50 52 73 149044 [500] 148 352 [500] 99  
483 97 807 [1000] 13  
150004 29 81 97 139 55 295 316 433 670 701 8 73  
87 942 73 151081 128 36 224 628 55 721 99 152000  
59 [500] 180 208 96 372 83 507 81 812 795 90 942  
153159 244 32 424 42 48 83 64 850 853 95 979 [500]  
154199 234 35 41 320 744 81 121 155025 58 277 [1000]  
230 32 63 328 30 79 96 657 85 712 823 843 156135 272  
234 64 854 387 [500] 852 950 157148 222 325 158153  
285 401 849 96 643 [500] 761 890 97 943 159023 167  
540 43 433 50 389 717  
160014 23 509 914 161081 208 25 90 653 878  
162200 387 420 562 807 900 163000 103 15 80 890  
[500] 400 791 90 971 164003 [1000] 830 58 67 844  
165043 221 [1000] 807 48 68 641 718 969 89 166159  
61 458 544 676 [1000] 88 808 943 167035 344 55 443  
85 878 97 168100 448 [1000] 973 169223 33 305 479  
[500] 517 54 57 97 616 93 985  
170016 167 250 36 471 75 [1000] 677 774 81  
171020 227 43 64 [1000] 77 280 348 [1000] 893 967  
172018 21 294 303 37 67 694 832 87 950 64 173178  
443 570 690 712 15 36 81 815 174184 [500] 68 223 313  
630 59 728 40 881 961 175124 53 56 315 501 724 85  
176000 483 97 537 684 989 177152 240 62 833 82 502  
178150 237 336 646 749 [1000] 804 85 69 179264 90  
[500] 604 [1000] 9 [500] 43 712 97 833 96 982  
180003 198 224 334 506 31 632 788 806 96 181019  
67 324 308 95 414 501 49 671 781 [1000] 182024 119  
207 325 [500] 45 678 682 183107 74 215 50 364 583 708  
19 89 371 96 184020 24 47 207 571 661 85 821 856 96  
185094 713 81 87 323 63 485 [500] 913 [500] 186294  
309 29 22 53 61 [500] 221 608 27 42 [1000] 187025 [500]  
86 113 211 326 471 188029 193 [1000] 212 39 61 823 54  
413 27 672 949 189092 [500] 153 723 25 56 91 953  
Im Gewinnrade verblieben 2 Prämien zu 300 000  
2 Gewinne zu 10 000, 4 zu 50 000, 4 zu 40 000, 15 zu  
30 000, 23 zu 10 000, 54 zu 10 000, 120 zu 5000, 1564 zu  
8000, 2379 zu 1000, 4712 zu 800

**8. Ziehung 5. Kl. 224. Kgl. Preuss. Lotterie.**  
Ziehung vom 15. Mai 1911, nachmittags.  
Für die Gewinne über 200 Mark sind die betreffenden  
Nummern in Klammern beigefügt.  
Die Gewinne fallen auf die bezeichneten Lose  
beider Abteilungen.  
(Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)  
340 301 417 907 1122 258 546 632 95 622 25 47 53  
2136 46 272 305 463 514 25 64 606 756 89 3068 256 250 87  
610 873 75 [1000] 78 87 4064 101 90 847 45 523 206 [500]  
725 58 68 858 92 948 [500] 5781 6018 24 153 87 494 46  
[1000] 53 94 628 83 719 39 616 73 [500] 7092 114 22 211  
831 424 30 22 722 844 [1000] 60 8024 142 22 282 214 472  
503 220 [1000] 88 708 897 9152 67 569 448 54 690 828 84 870  
103022 168 82 277 823 87 841 48 60 655 997 11113 21  
469 87 704 21 89 818 47 12158 72 321 45 267 420 382 688  
37 318 85 13021 29 100 [1000] 11 248 64 410 259 60 739  
64 898 14092 562 89 463 604 13 [1000] 738 823 908 [500] 18  
15096 148 228 477 43 563 611 [1000] 788 128 958 333 519 487  
[500] 16048 95 111 [500] 896 17045 135 55 333 519 487  
545 822 354 [500] 18061 798 49 98 487 [1000] 87 840 781  
190448 193 86 235 237 [500] 81 [500] 481 503 67 88 633  
822 960  
20193 343 454 745 46 616 61 21338 65 [500] 440 642  
738 81 22018 41 [1000] 49 195 859 97 499 [500] 553 683  
725 821 505 23181 212 55 68 444 54 446 798 [500] 856 936  
224315 704 911 25058 104 84 515 [500] 327 82 430 853  
858 [1000] 70 51 [500] 86 [1000] 25088 32 121 457 15 300  
35 [500] 46 705 885 78 511 [1000] 27 27004 18 29 250  
[1000] 758 810 960 27 28023 131 200 40 [1000] 45306 815 79  
[500] 551 609 21 47 [1000] 750 70 81 813 923 20012 249  
211 268 405 [1000] 7 781 91 812  
30328 400 627 705 51 97 31022 47 137 76 311 892  
[500] 32022 50 82 90 312 46 450 87 856 780 98 964 994  
33314 87 888 88 [1000] 433 45 712 78 856 887 34145 65  
217 47 51 412 635 780 819 94 957 35174 28 68 70 301 729  
35020 199 88 283 546 745 918 37014 28 71 382 300 321 727  
35196 112 20 504 20 651 [500] 713 29 871 74 933 39100  
63 84 293 305 24 626 [1000] 49 71 887  
40327 47 [500] 264 420 56 549 640 43 811 70 [500]  
41019 84 112 300 [500] 81 482 785 42040 117 68 [500] 82  
332 798 798 [500] 906 46 43506 794 897 963 44180 231  
28 305 429 86 545 80 829 41 731 899 [500] 45306 815 71  
725 68 46026 108 314 75 465 581 731 982 47311 61 440 356  
620 80 126 41 805 [1000] 355 71 48057 62 342 815 47  
463 373 770 823 79 93 49005 121 239 98 371 [1000] 435  
602 65 884 982  
50023 20 236 474 587 673 27 42 67 756 852 95 906  
17 51018 62 284 51 535 610 503 514 30 52045 146 23 90  
213 565 61 800 53001 470 508 817 [500] 970 54021 227  
39 [1000] 384 97 55089 107 [1000] 232 48 [500] 228 30 78  
40 668 [1000] 719 838 823 64 56213 210 [1000] 90 655  
722 48 [500] 815 18 908 [500] 35 57084 912 814 18 47 871  
97 58025 145 90 711 [500] 76 319 474 531 615 48 88 59140  
63 226 484 583 610 29 71 780 890  
60096 23 81 345 480 718 [1000] 892 927 44 35 61054  
122 243 [500] 380 529 90 655 64 98 728 851 62025 [1000]  
115 82 206 246 484 51 523 710 20 840 [500] 63077 88 212  
62 819 [1000] 407 54 360 16 749 865 64402 535 469 738 78  
988 [500] 65041 56 357 50 678 97 839 907 68067 713 78  
203 [500] 444 581 63 [500] 724 [1000] 7

Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. (Wespen.) Heute, Dienstag, 16. Mai, abends 8 1/2 Uhr, bei Rißle, Dammwischstr. 13, öffentliche Versammlung. Vortrag des Genossen Landtagsabgeordneten Adolf Hoffmann. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Mariendorf. Dienstag abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von den bekannten Bezirkslokale. Donnerstag, den 18., abends 8 Uhr, bei Preuß, Kurfürstentrasse 44: Öffentliche Versammlung. Tagesordnung: „Moderne wirtschaftliche Organisationsfragen.“ — Referent: Genosse S. Kahlenstein. Die Parteigenossen mögen für diese Versammlung rege Propaganda entfalten. Der Vorstand.

Königs-Wulterhausen. Mittwoch, den 17. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale der Witwe Wehborn, Altes Schützenhaus: Wahlvereinsversammlung. Tagesordnung: 1. Kassenbericht, 2. Abrechnung von der Kaiserfeier, 3. Parteiangelegenheiten und Verschiedenes. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ein prächtiger Valentag war uns am Sonntag beschieden. Vom frühen Morgen an lagerte bei fast völliger Windstille und strahlender Sonne eine Hitze fast wie im Hochsommer über Berlin und Umgegend. Die halbe Reichshauptstadt war ausgeflogen, bedrückte die Vororte, die Wald- und Seengebiete. Wer zu Hause blieb, um den Geldbeutel für die Pfingsttage zu trainieren, machte es sich am offenen Fenster und auf den Zehntausenden von Balkons bequem. Mehrfach zeigte sich Gewitterneigung, doch wurde Groß-Berlin bis zum späten Abend verschont. Wenn das so weiter geht mit den sonntäglichen Feiertags-Generalproben, haben wir als Ersatz für so viele verregnete Pfingsttage der Vorjahre gute Aussicht auf ein herrliches Fest und die Gastwirte auf ganz besonders fette Einnahmen.

Kinderhilfsfest und soziale Fürsorgetätigkeit.

Ueber das Wesen des Kinderhilfsfestes haben wir uns wiederholt verbreitet und uns gegen diese Art sozialer Fürsorgetätigkeit gewendet. In der Sonntagsnummer der „Vossischen Zeitung“ wird nun eine Erklärung veröffentlicht, die sich auf die geplante Veranstaltung bezieht und die von zahlreichen Personen unterzeichnet ist, die entweder im kommunalen Leben stehen oder aber auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge tätig sind; auch Vertreter kirchlicher Vereine haben unterzeichnet. Diese Erklärung lautet:

„Dürfen wir den Kinderhilfsfest unterstehen? Welche Kreise in Groß-Berlin rüsten sich zu einem Hilfsfest (Blumentag) für Mutter und Kind. Es ist kein Zweifel daran, daß viel guter Wille bei den Vorbereitungen zum Ausdruck kommt; aber trotzdem drängen sich schwere Bedenken gegen diesen immer häufiger eingeschlagenen Weg der Geldbeschaffung für Wohlfahrtszwecke auf.

Solche Veranstaltungen bringen, wie groß auch ihre finanziellen Erfolge sein mögen, doch mehr schädliche als heilsame Wirkungen hervor, denn sie schwächen den Sinn für absichtsvolle und wohlüberlegte Wohlfahrtsarbeit und erschweren die Erziehung der bestehenden und hilfswürdigen Volksschichten zu tieferem Verständnis und engerer Auffassung unserer sozialen Verhältnisse.

Die Wohlfahrtsorganisationen, denen vor allen anderen die Pflicht obliegt, das Gewissen aller Stände gegenüber dem von ihnen erlangten Geld zu wecken und zu schärfen, stellen diese Pflicht zurück, indem sie äußere Anreize benutzen, um eine Gebelane anzuregen, die nicht wech von der Arbeit am Geld selbst; sie helfen dazu, das soziale Verantwortlichkeitsgefühl zu verflachen, anstatt es zu vertiefen.

Für die jungen Helferinnen bedeutet der Blumentag, der ohne Festlichkeiten irgendwelcher Art keinen Erfolg haben kann, eine Verwirrung der sittlichen und sozialen Auffassung. Soziale Verpflichtung soll ihnen zu einem ernstlichen Begriff werden, der die innere Hingabe der Persönlichkeit erfordert, nicht zu einem Fest, bei dem äußere Anreize und Vergünstigungen nicht entbehrt werden können. Man arbeitet daran, daß die Jugend des Volkes den Gefahren des Straßenverkehrs entzogen werde; können wir es da verantworten, daß im Dienste sozialer Zwecke junge Mädchen, vielleicht sogar Schulmädchen, diesen Gefahren, zumal in der Großstadt, ausgesetzt werden?

Die der Hilfe Bedürftigen werden durch diese Art der Sammlung verlehrt. Wir sollen ihrer Not mit heiligem Ernst begegnen und die Hilfe, die wir ihnen bringen wollen, nicht von öffentlichen Veranstaltungen abhängig machen, die nicht von solchem Ernst getragen sind.

Auch der Geber wird in gewissem Sinne irregeleitet. Er soll geben aus ehrlichem Mitleid und Verständnis für soziale Fürsorge heraus, nicht im Festgetriebe dem Impuls eines Augenblicks folgend.

In unserer sozial gerichteten Zeit muß vermieden werden, bei Beschaffung der notwendigen Mittel zu Wohlfahrtszwecken Vergünstigungssucht, Eitelkeit und Ehrgeiz zu wecken oder zu nähren. Es müssen vielmehr Wege gesucht, und es können erfahrungsgemäß auch Wege gefunden werden, auf denen ernster Wille gewirkt, gestärkt und zu segensreichen sozialen Taten geführt wird.

Es ist uns Gewissenssache, all diese Bedenken auszusprechen, niemandem zu Leide, auch nicht um gemeinnützigen Wirken anderer zu füren, einzig und allein aus Sorge um die Erhaltung und Vertiefung sozialer Verantwortlichkeit.“

Blumentage haben in letzter Zeit in verschiedenen Vororten stattgefunden. Es vergeht kein Sonntag, an welchem nicht dieser oder jener Vorort seinen Margarethentag hat. Man wartet den für Groß-Berlin in Aussicht genommenen Zeitpunkt gar nicht ab, sondern geht auf eigene Faust vor. Ein wahres Wettrennen ist entbrannt. Wie vor einigen Jahren der Säuglingsfest in Mode war, wie zahlreiche Wohltätigkeitsbälle nur im Interesse der armen Säuglinge veranstaltet wurden, so sind jetzt die Blumentage im Schwange, die angeblich dem Kinderschutz dienen sollen. In Pankow, Groß-Bichterfelde, Friedenau, Treptow und anderen Orten konnte man bereits die im großen betriebene Vettelei genauer beobachten. Junge Mädchen aus den verschiedenen Bevölkerungsteilen ließen kaum einen Spaziergänger passieren, der nicht wenigstens eine Blume gekauft und seinen Obolus erlegt hatte. Dabei kam es mit manchen Passanten zu erheblichen Streitigkeiten und Auseinandersetzungen. Es gab Leute, die, weil sie über einzelnes Geld nicht verfügten, ein größeres Geldstück gaben, in der Hoffnung, etwas herauszubekommen. Dieses Geldstück wanderte in die Sammelbüchse. Herausgegeben wurde nichts. Dann aber kam es zum Streit, weil dem Käufer der Blume das Wesen des Blumentages unbekannt war.

In einigen Fällen mußten Verkäuferinnen in die eigene Tasche greifen, um diejenigen, die in Unkenntnis ein größeres Geldstück hergegeben hatten, zu beruhigen.

Für die nächsten Sonntage und speziell für die Pfingsttage wird die Vettelei engros weiterbetrieben werden.

Wenn eine arme Blumenhändlerin nur den zehnten Teil so aufbringlich „arbeiten“ würde wie die Margarethendamen, wäre ihr ein Strafmandat sicher.

Grundbesitzer und Luftbarkeitssteuer.

Der Bund der Grundbesitzervereine hat dieser Tage eine Versammlung abgehalten und verschiedene Angelegenheiten erledigt. Auch zur Luftbarkeitssteuer wurde Stellung genommen. In einem im „Grundbesitzer“ enthaltenen Bericht heißt es da:

„Zur Frage der Luftbarkeitssteuer teilt Herr Parlow mit, daß sich der Bundesvorstand in seiner letzten Sitzung noch einmal mit dieser Materie beschäftigt habe. Die Meinungen seien indes auch diesmal geteilt geblieben. Nach einer persönlichen Unterredung mit dem Kammerer Dr. Steiniger habe er die Überzeugung gewonnen, daß, falls die Luftbarkeitssteuer nicht zur Annahme gelangte, die Grundsteuer abermals eine Erhöhung erfahren würde. Herr Guff wendet sich energisch gegen eine derartige Absicht der städtischen Körperschaften, gegen die der Bund beizeiten einen geharnischten Protest einlegen müsse, da die Ablehnung der Luftbarkeitssteuer als wahrscheinlich gelten müsse. Herr Stadtverordneter Landsberg glaubt indes zu versichern zu können, daß die Gefahr einer weiteren Erhöhung der Grundsteuer nicht vorliege. Gleichwohl vertreten die Herren Architekt Biffing und Major Freiherr v. Reichenstein, in gleicher Weise wie Herr Guff, den Standpunkt, der Bundesvorstand müsse schon jetzt entsprechende Schritte gegen eine eventuelle Erhöhung der Grundsteuer unternehmen, um nicht plötzlich von seiten der städtischen Behörden durch die Erhöhung überrascht zu werden. Der Bundesvorstand wird hierauf von der Versammlung ermächtigt, eine entsprechende Protesterhebung in die Wege zu leiten.“

Nach diesem Bericht hat der Herr Kammerer anscheinend die Grundbesitzer besonders für die Luftbarkeitssteuer einsparen wollen unter Hinweis einer etwaigen Erhöhung der Grundsteuer. Damit kann doch nicht die Ungerechtigkeit der Luftbarkeitssteuer aus der Welt geschafft werden. Hoffentlich wird in Kürze dieses Steuerprojekt endgültig begraben werden.

Stiftung für Heimstätten. Der Magistrat gibt wieder einmal bekannt: Von Herrn Dr. jur. Schloffer ist der Stadtgemeinde Berlin im Jahre 1892 ein Betrag von 100 000 M. zur Begründung einer Stiftung unter dem Namen „Auguste-Emilie-Schloffer-Stiftung“ überwiesen worden. Der Zweck der Stiftung ist, aus den Zinserträgen des Kapitals bedürftigen Personen beiderlei Geschlechts ohne Ansehung der Religion Freistellen in den städtischen Heimstätten zu beschaffen. Personen, die auf die Wohltaten dieser Stiftung reflektieren, haben ihre Gesuche an das Bureau der städtischen Heimstätten, hier, Stadthaus, Stralauer Straße 15/22, 8. Stod. Zimmer 202/203, unter Beifügung eines ärztlichen Attestes über ihren Zustand nach einem bestimmten Formular, das von dem Bureau kostenfrei verabfolgt wird, zu richten oder dort mündlich anzubringen. Wir bemerken hierbei, daß die Heimstätten den Zweck verfolgen, Personen nach einer überstandenen Krankheit oder zur Verhütung einer zu besorgenden Krankheit zwecks schnellerer Wiedererlangung ihrer Erwerbsfähigkeit, sowie Wöchnerinnen mit ihren Kindern aufzunehmen. Der Aufenthalt dabelst ist also nur vorübergehend, auch werden bare Geldunterstützungen aus der Stiftung nicht gewährt.

Kommunale Ehrenämter. Der Magistrat gibt folgendes bekannt: Bei Besetzung städtischer Ehrenämter wird in folgender Weise verfahren: Die Kommission bzw. der Gemeindevorstand beantragt bei Freiwerden einer Stelle oder bei einer notwendigen Verpflanzung der Kommission oder des Gemeindevorstandes die Neuwahl bei der betreffenden Verwaltungsabteilung, eventuell unter Beifügung einer Wahlempfehlung. Die Verwaltungsabteilung stellt den Antrag beim Magistrat, der die Stadtverordnetenversammlung um Vornahme der Wahl ersucht. Der Stadtverordnetenversammlung hat der Bezirksstadtvorordnete einen Wahlvorschlag zu machen. Die Kommissionsvorsitzenden können ihre Wünsche direkt dem Bezirksstadtvorordneten mitteilen, zumal in den Fällen, in denen Wahlempfehlungen den Wahlanträgen nicht beigefügt sind und die Bezirksstadtvorordneten sich wegen Namhaftmachung geeigneter Personen an die Vorsitzenden wenden. Fernmündlich sind einzelne Kommissionen der Ansicht gewesen, daß die von ihnen geäußerten Wünsche auch von der Stadtverordnetenversammlung berücksichtigt werden müssen. Ueber die geäußerten Wünsche entscheidet der Bezirksstadtvorordnete bzw. auf Vorschlag des Ausschusses für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindevorordneten die Stadtverordnetenversammlung. Zur Feststellung der Wahlfähigkeit werden die Wahlvorschläge stets dem Magistrat übermittelte. Die Feststellung erfordert in den meisten Fällen längere Zeit, da durch Nachfrage beim Wahlbureau, bei der Steuerdeputation und beim Einwohnermeldeamt die Personalien zu ermitteln sind. Nunmehr gelangen die Vorschläge an den Ausschuss für die Wahlen von unbesoldeten Gemeindevorordneten zur Vorprüfung. Die Vorschläge des Ausschusses kommen dann in der folgenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung zur geschäftsordnungsmäßigen Erledigung. In verschiedenen Fällen ist es vorgekommen, daß ein und derselbe Wahlvorschlag wiederholt wegen eines anderweitigen Vorschlags an den Bezirksstadtvorordneten zurückgegeben werden mußte, weil die zur Wahl empfohlenen Personen, da Bedenken gegen sie vorlagen, nicht zur Wahl gestellt werden konnten. Daraus geht hervor, daß die Vollziehung der Wahl von unbesoldeten Gemeindevorordneten sich nicht immer in kurzer Zeit ermöglichen läßt. Es ist deshalb erforderlich, daß Anträge auf Neuwahlen sogleich nach Freiwerden der Stelle von den Kommissions- usw. vorstehenden der betreffenden Verwaltungsabteilung gestellt werden und daß solche Anträge immer „eiligst“ behandelt werden müssen.

Eine neue Kirche — Erlöserkirche hat man sie getauft — ist am Sonntag in Roabit eingeweiht worden. Wie das immer der Fall, hatten sich in dem neuen Hause an der Lebehovstrasse und dem Widingerufer die Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden eingefunden, auch ein Prinz fehlte nicht, um die Einweihungszeremonie in möglichst feierlicher Weise zu begeben. Dabei sind im Großen und Ganzen die jetzigen Kirchen schon öde und leer. Aber dem Volke muß doch die Religion erhalten werden!

Ein Rotschrei geht uns aus dem Hause Pflugstr. 3 zu, dessen Hintergebäude an das Gelände der Stettiner Bahn angrenzt. Bewohner dieses Hauses beschwerten sich bitter darüber, daß sie durch Rauch und Ruß der Lokomotiven in unerträglicher Weise belästigt werden. Der Pflugstrasse zunächst liegen die Vorratgleise, und gerade gegenüber dem Grundstück Pflugstr. 3 stellen sich gewöhnlich die Lokomotiven auf, die außerhalb des Bahnhofes warten, um vor die wieder abfahrenden Züge gelegt zu werden. Hier draußen wird meist frische Feuerung unter die Ressel geworfen, und es entwickelt sich dann dicht unter den Fenstern ein so starker Qualm, daß kein Mensch dabei ein Fenster offen halten kann. Besonders an Sonntagen, wenn auf der Vorratgleise ein harter Zugverkehr stattfindet, wird dieser Uebelstand als überaus lästig empfunden. Die Bewohner des Hintergebäudes klagen, daß sie entweder sich die Zuhufe frischer Luft abschneiden lassen müssen oder ihnen durch den hereinfließenden Ruß die Gardinen, die Möbel, die Sofabezüge usw. ruiniert werden. Von früheren Bewohnern des Hauses sollen schon Beschwerden an die Eisenbahnverwaltung gerichtet worden sein. Es wird behauptet, daß bereits ein Verbot erteilt, dicht unter den Fenstern die Maschinen zu feuern. Wir glauben das nicht; denn sonst würde doch wohl der Uebelstand nicht weiterdauern.

Wasserkünste mit tödlichem Ausgang haben sich am Sonntag auf den Gewässern in der Umgebung Berlins ereignet. Auf der

unteren Havel ertrank der Kaufmann Ziehle aus Berlin. 3. hatte mit einem Freund eine Bootsfahrt auf der Havel unternommen. Als das Ruderboot an der Halbinsel Scharpenwerder vorüberfuhr, wechselten die beiden Insassen ihre Plätze. Sie beiderstelligten dies so ungeglückt, daß das Boot zur Seite neigte und schließlich umkippte. Die beiden Ruderer stürzten in die Fluten. Während es dem einen der Verunglückten gelang, sich einige Zeit am Kiel des umgeschlagenen Bootes anzuklammern, versank 3. in der Tiefe und geborgen werden. — Aus der Obersee wurde die Leiche eines Ertrunkenen, des neunzehnjährigen Arbeiters Oskar Edlände aus der Volkstraße 6 gelandet. Sch. hatte mit einer Anzahl von Bekannten eine Ruderpartie auf der Obersee gemacht. Bei Treptow kam das Boot in die Wellen eines vorüberfahrenden Personendampfers und kam zum Kentern. Bis auf Sch. konnten die verunglückten Bootsinassen sämtlich gerettet werden. Der junge Mensch dagegen fand den Tod in den Fluten.

Aus Not in den Tod. Der 64jährige Arbeiter Emil Knobloch aus der Soldiner Straße 107 hatte vor zwei Wochen seine Stellung in einer Fabrik im Norden der Stadt verloren und bemühte sich vergeblich, eine Beschäftigung zu erhalten; überall wurde er mit Rücksicht auf sein Alter zurückgewiesen. Das nahm sich R., der mit seiner Familie in eine bedrängte Lage geriet, so zu Herzen, daß er Selbstmord zu verüben beschloß. Obwohl die Angehörigen auf den Arbeiter sorgfältig Obacht gaben, gelang es ihm doch, in der letzten Nacht seine Absicht zu verwirklichen. Während Frau und Kinder schliefen, erhob sich R. unbemerkt von seinem Lager und erhängte sich an dem Fensterrahmen. Als seine Frau gegen 1/2 7 Uhr morgens erwachte, fand sie ihren Mann als Leiche vor. Wiederbelebungsversuche blieben erfolglos.

Beim Spielen von einer Autodroschke totgefahren. Gestern mittag um 12 Uhr spielte der sechsjährige Sohn Hans des Portiers Juhre aus der Joachimshaler Straße 14 mit anderen Kindern vor den Nachbarhäusern auf dem Strahndamm, als eine Autodroschke angefahren kam. Obgleich der Chauffeur wiederholt das Warnungsschild gab, wurde der Knabe doch noch von dem Auto gefaßt und gegen die Vordachswelle gesteuert. Er erlitt hierbei so schwere Verletzungen, daß er auf der Stelle verstarb.

Wo bleibt der Obduktionswagen? Die 20jährige Köchin Emma Wagner, welche am Sonnabend, wie wir in der Sonntagsausgabe berichteten, in einem Restaurationslokal in der Stallschreiberstraße Selbstmord durch Erhängen beging, hat dort fast 4 Stunden im Billardzimmer an der Erde gelegen, ehe die Leiche abgeholt wurde. Kurz nach 8 Uhr fiel der tödliche Schuß. Die Polizei war schnell zur Stelle und telephonierte wiederholt nach dem Leichenschauhaus, doch langte der Obduktionswagen erst gegen 12 Uhr nachts an. Die Verzögerung beweist, daß hier ein Missetat, der schon mehrmals gerügt wurde, noch immer nicht beseitigt ist. Es kann nur an verkehrten Einrichtungen liegen, da der Obduktionswagen am Sonnabendabend an anderer Stelle nicht zu tun hatte.

An der Toten erfüllte sich das traurige Geschick jener hübschen Mädchen, die in unglücklichen sozialen Verhältnissen geboren und als Dienstmädchen von der sogenannten guten Gesellschaft sittlich verborben werden. Von früher Jugend an war sie durch viele Hände gegangen, da ihr ein anständiger Arbeiter nicht paßte, ließ sie sich stets mit besser situierten Männern ein, die schließlich auch den Körper vergifteten. Ihren Bräutigam wollte sie, wie sie am Sonnabend allenthalben erzählte, ebenfalls erschlagen, doch hat sie diese Absicht noch in letzter Minute aufgegeben. Emma Wagner litt nicht, wie der „Lokal-Anzeiger“ berichtet, an Verfolgungswahn, wohl aber an einer heimlichen Frauenkrankheit, die ihr den Tod noch leichter machte.

Ein Geisteskranker im Adamsstium erzeugte am Sonntag abend in der Brunnenstraße gewaltiges Aufsehen. Der Mann lief gegen 10 Uhr abends die genannte Straße wild gestikulierend auf und ab und verkehrte die zahlreichen Passanten, namentlich Frauen und Kinder, in nicht geringen Schrecken. Schließlich gelang es einem Schutzmann den Mann festzunehmen und ihn nach der Unfallstation in der Gendstrasse zu bringen. Hier ergab die ärztliche Untersuchung, daß man es offenbar mit einem Geisteskranken zu tun hatte. Der etwa 50jährige Mann, dessen Personalien bisher nicht festgestellt werden konnten, wurde nach dem Rudolf-Sirchow-Krankenhaus übergeführt.

In einem heftigen Zusammenstoß zwischen zwei Straßenbahnwagen und einem Droschkenautomobil kam es am Sonntag nachmittag zwischen 2 und 3 Uhr an der Ecke der Altonaerstraße und Brudenallee. Ein mit zwei Fahrgästen besetztes Auto versuchte, vom Großen Stern im Tiergarten kommend, an einem Wagen der Linie 17 links vorbeizufahren, weil die rechte Seite durch den weiten Vorrang des königlichen Velleuefischgartens und der dadurch entstehenden Straßenbiegungen recht schmal ist. Die vielen Bindungen der Brudenallee an dieser Stelle verhindern die freie Ueberfahrt, deshalb konnte der Führer des Autos nicht sehen, daß ein Wagen der W-Linie vom Halteplatz an der Ecke ihm entgegen sich in Bewegung setzte. Beim Versuch, noch zwischen beiden durchzufahren, wurde das Auto so eingeklemmt, daß es vollständig in Trümmer ging. Die Insassen des Autos und der Elektrischen kamen mit dem Schreck davon, der Chauffeur erlitt eine leichte Quetschung eines Fingers, die Straßenbahnwagen wurden leicht beschädigt.

Die Leiche eines unbekannt etwa 18 bis 20 Jahre alten Mädchens wurde am Sonntag nachmittag aus dem Westhafen geschafft. Weil sie schwere Verletzungen an der rechten Kopfseite aufwies, so wurden die Kriminalbehörden benachrichtigt. Auch die Nordkommission des Berliner Polizeipräsidiums begab sich mit einem Gerichtsarzt nach der Leichenhalle in Britz, wohin man die Tote unterdessen gebracht hatte. Der Arzt gab auf Grund der Besichtigung sein Gutachten dahin ab, daß die Verletzung höchstwahrscheinlich von Dampferschrauben herrührte. Die Persönlichkeit der Toten, die etwa 4 bis 5 Tage im Wasser gelegen zu haben scheint, konnte noch nicht festgestellt werden. Die Unbekannte, die gut gekleidet war, ist etwa 1,05 Meter groß, hat dunkelbraunes Haar, braune Augen, eine Stumpfnase und kleine Ohren. Sie trug eine grüne Bluse, einen graugrün gestreiften Rock, der unten in Falten ausläuft, einen blauen Unterrock, schwarze Strümpfe und schwarze Schnürstiefel. Ihre weiße Wäsche ist nicht gezeichnet. Als Vermittler die Tote bisher nicht angezeigt.

Im Tiergarten erschossen hat sich in der Nacht zum Sonntag der 42 Jahre alte Kaufmann Jakob Tsch. der als Junggeselle in der Kaiserstraße 5 ein möbliertes Zimmer bezog. Der Mann war schon seit längerer Zeit unheilbar krank und äußerte wiederholt Selbstmordgedanken. Aus Verzweiflung griff er endlich zum Revolver und tötete sich am Gartenufer durch einen Schuß in den Kopf.

Spielabende für die arbeitende Jugend

veranstaltet der Jugendausschuss für Groß-Berlin an folgenden Wochentagen und auf folgenden Spielplätzen: Humboldthain: Montags und Donnerstags von 7-9 Uhr; Schillerpark: Mittwochs von 7-9 Uhr; Friedrichshain: Montags und Mittwochs von 7-9 Uhr. (Die Spielabende im Friedrichshain finden auf dem verbreiterten Fußweg nahe der Elbinger Straße statt.) Treptow: Spielplatz 4. Mittwochs von 7-9 Uhr; Exerzierplatz an der Schwedterstraße (einsame Pappel): Mittwochs von 7-9 Uhr.

Für Spielgelegenheit ist gesorgt. Die Jugendlichen werden gebeten, möglichst zahlreich an diesen Spielabenden teilzunehmen. Der Jugendausschuss.

**Radrennen zu Zehlendorf, 14. Mai.** Im Gegensatz zu den vorigen Rennen um das Goldene Rad erlitten sich die Veranstaltungen des Sonntags des besten Wetters. Der Besuch war leider nur mäßig, was zum größten Teil der am selben Tage stattfindenden Eröffnung der Olympia-Bahn zuzuschreiben ist. Das Duertennen um den Preis der Nationen für Steher, der in drei Läufen ausgefahren wurde, brachte wenig Spannung, da die Fahrer häufig von Motorschäden betroffen und dadurch zum Aufgeben gezwungen wurden; im zweiten Lauf war zuletzt nur Hall tätig; im dritten schied der Franzose Miquel vorzeitig aus; der Zehlendorfer W. Schulze fuhr nur im ersten Lauf, da beim Ablassen zum zweiten sein Schrittmacher Reichner zu Fall gekommen war und dabei, wenn auch nicht schwer verletzt, doch außerstande war, weiter zu fahren. Die Fliegerrennen verliefen dagegen sehr spannend. Am erfolgreichsten war Schilling, der zwei Siege erringen konnte, während Nütt den Preis der Nationen für Flieger gewann.

**Radrennen auf der Olympia-Bahn.** Weit draußen im Nordwesten, in Blihsensee, hat eine neue Radrennbahn ihr Heim eröffnet. Nach öfteren An- und ebensoviele Abgängen erfolgte am Sonntag das erste Rennen. Die Bahn, deren Lauffläche aus Holz besteht, ist 400 Meter lang und macht einen gefälligen Eindruck. Der Besuch am Eröffnungstage war nur ein mäßiger. Auch der gebotene Sport hob sich nicht über das Mittelmäßige hinaus. Die Fliegerrennen wiesen zwar starke Felder auf, doch gehörten die Teilnehmer durchweg der B- und C-Klasse an. Mit Spannung sah man dem Stundenrennen hinter Motoren entgegen, sollte doch aus dem Resultat ein Schluß auf die Güte der Bahn gezogen werden. Vier Fahrer stellten sich dem Starter: Brunt, Janke, Breytendel und Stoll. Janke eroberte sich bald die Spitze und ging mit großer Bravour los, um aber gleich darauf von seinem Motor im Stich gelassen zu werden. Später energische Angriffe auf Zurückgewinnung von Terrain scheiterten stets am Verlegen des Motors, so daß der Berliner weit zurückfiel. Nicht viel besser erging es Brunt, der unter Raddefekten zu leiden hatte. So blieben noch Stoll und Breytendel übrig. Bis zum 20. Kilometer hatte der Holländer die Spitze, erlitt dann Raddefekt und konnte gegen den gut fahrenden Berliner nicht viel aufholen.

**Ein großer Brand kam am Sonntag nachmittags aus noch nicht ermittelten Ursache auf dem Dachboden des von zahlreichen Parteien bewohnten Vorderhauses in der Friedrichselder Straße 17 (Öfen) zum Ausbruch. Durch energisches Wassergeben gelang es schließlich gegen 3 1/2 Uhr die Nacht des Feuers zu brechen. — Die Aufräumungsarbeiten zogen sich noch bis gegen Abend hin. Der Schaden soll beträchtlich sein und unter anderem auch Mieter treffen, die nicht versichert sind.**

**Die Verweisung eines Jettelverteilers** rief gestern am Lauenburger Platz in Steglitz erhebliches Aufsehen hervor. Der Invalide Anton Buchwald, Kirchbadsstraße 18 in Berlin wohnhaft, hatte, da er mit seinen Rentengeldern nicht auskam, nebenbei Jettel verteilt, um sich dadurch täglich einige Groschen zu verdienen. Die Rentenanstalt erfuhr aber hiervon und sie kürzte ihm nun die Rente um 25 Prozent. Buchwald nahm sich dies derartig zu Herzen, daß er den Entschluß faßte, aus dem Leben zu scheiden. Er befürchtete, er werde nun überhaupt nicht mehr von seinen Einnahmen leben können. Auf dem Lauenburger Platz sprang der Selbstmordkandidat in den Teich, doch wurde er von zwei vorübergehenden Passanten wieder aus dem Wasser herausgeholt.

**Jungen geküßt.** Personen, die auf dem Bahnhof Jannowitzbrücke am Sonntag gesehen haben, wie einem jungen Mädchen durch Aufklagen der Rar ein Glied des Mittelfingers abgeknipst wurde, werden um Angabe ihrer Adressen an Lucas, Lüneburger Straße 20, Quergeb. I, gebeten.

## Vorort-Nachrichten.

**Schöneberg.**  
**Große Beunruhigung unter der Einwohnerschaft** rufte das Vorgehen der hiesigen Kirchengemeinde hervor. Wenn die Angehörigen eines Verstorbenen zu dem Beamten des Kirchspiels kommen und mitteilen, daß die BeerDIGUNG nicht in Stahnsdorf, sondern auf dem städtischen Friedhof erfolgen soll, erhebt der Küster sofort 20 M. sogenannte Stolzgebühren. Da die Kirche hierzu kein gesetzliches Recht herleiten kann, tun die betreffenden Angehörigen gut, jede Nacht zu verweigern. Es genügt, wenn die notwendigen Kosten, die die Stadt erhebt, an der Stadthauptkasse hinterlegt werden. Sollte die Kirche trotzdem auf ihrer Forderung beharren, dann lasse man es auf einen gerichtlichen Austrag ankommen. Die Stadt ist bereit, jedem Rechtschick zu gewähren, ohne daß besondere Kosten entstehen.

**Ein eigenartiger Unglücksfall** hat sich am gestrigen Montag auf dem Bahnhof Schöneberg zugetragen. Der 60jährige Tischler Peter Adrian aus der Jahnstr. 10 wollte um 1/2 Uhr früh von der Station Schöneberg aus mit einem Vorortzuge nach seiner Arbeitsstelle fahren, hatte sich jedoch etwas verspätet und traf auf dem Bahnsteig erst ein, als sich der Zug bereits in Bewegung befand. A. ließ nur schnell dem Train nach und rannte mit voller Wucht gegen einen Perronpfeiler. Der Anstoß war so heftig, daß der Tischler blutüberströmt zu Boden sank. In bestmöglicher Weise wurde er nach der Unfallstation in der Vorbergstraße gebracht, wo eine 20 Zentimeter lange Wunde festgestellt wurde. Nach Anlegung eines Rotverbandes konnte der Verunglückte, der sich inzwischen erholt hatte, sich allein nach seiner Wohnung begeben.

**Charlottenburg.**  
**Neubau der Leibniz-Oberrealschule.** Auf dem der Stadt durch Erbschaft zugefallenen kgl. Grundstück Schillerstraße 124/126, unmittelbar am Anie, soll der Neubau der Leibniz-Oberrealschule entstehen. Zunächst war nur die Ausführung eines ersten Bauteiles beschlossen worden, da auf dem Grundstück noch ein Wohnrecht lastete. Inzwischen hat die Stadt durch ein Abkommen die Aufgabe dieses Wohnrechtes erreicht; so daß nunmehr der ganze Schulbau gleichzeitig zur Ausführung gelangen kann. Die Kosten für den Gesamtbau sind auf 1.100.000 M. und für den Erwerb des ganzen Grundstückes auf 555.700 M., zusammen also auf 1.655.700 M. berechnet worden.

**Dreiwitz (Potsdam).**  
**Die Sabotegeleit in der Schule** beschäftigt die Gemeindevorstellung. Nach kurzer Debatte, in der zugleich angeregt wurde, das Baden auch auf Erwachsene auszuweiten, überwies die Vertretung die Sache zur Regelung an die Baukommission. Eine längere Debatte entspann sich bei Besprechung der Mängel am neuen Schulbau. Da die Hoffnungen ganz erneuert werden mußte, ersuchte der Bauherr Herzprung, ihm eine Unterstützung zu gewähren. Nicht seine, sondern das Verschulden seines Kalkulieranten sei es, daß das Material so mangelhaft gewesen. Genosse Sieck trat dem entgegen. Der Bauherr hat sämtliche im Laufe von zwei Jahren auftretende Mängel zu beseitigen; außerdem hätten die Arbeiter Herrn S. schon während des Baues auf die Minderwertigkeit des Materials aufmerksam gemacht. Die bürgerlichen Vertreter bewilligten dem Bauherrn, der zugleich Gemeindevorsteher ist, trotzdem 150 M. Diesen Betrag lebnte S. als zu gering ab. Bei Besprechung der Gleisanlage der Struma Dreiwitz teilte der Gemeindevorsteher mit, daß vor kurzem eine Lotabmessung stattgefunden habe. Hierbei seien ihm, als er die Interessen der Gemeinde als Eigentümerin des betreffenden Weges vertreten habe, von hohen Persönlichkeiten Vorwürfe gemacht worden, wie sich die Gemeinde erlauben könne, der Firma, die größer sei wie das ganze Dorf, Schwierigkeiten in den Weg zu legen. Falls die Gemeinde auf ihrem Standpunkt beharre, werde sie durch die Polizeibehörde zur Regulierung des Weges gezwungen werden, und außerdem sei die Ungemeindung des betr. Terrains nach Romäwes eingeleitet. In der folgenden Diskussion wurde von allen Parteien die einstimmige Stellungnahme der Regierung verurteilt. Schließlich einigte man sich, die von

Dreiwitz an Romäwes zu zahlende einstimmige Abfindungssumme von 6000 M. auf 3000 M. zu erniedrigen. Zum Schluß teilte der Gemeindevorsteher mit, daß sich der Pfarrer infolge der Weigerung der Zahlung von 1/2 der Kosten für Reparaturen am Pfarrgebäude (Tapetieren der Wohnung, Tapete 80 Pf. pro Meter) beim Kassatorium beschwert habe. Vom Landrat habe er ein Schreiben erhalten, wonach die Gemeinde zur Zahlung verpflichtet sei.

**Friedrichshagen.**  
**Ein Unglücksfall ereignete sich am Sonnabendvormittag** in der Aktiengesellschaft Gladbeck. Dem Fabrikarbeiter Genossen Paul Siebel wurde von einem herabfallenden Metallblock die Schädeldecke getrümmert, so daß das Gehirn bloßgelegt wurde. In äußerst bedenklichem Zustande wurde der Schwerverletzte nach der königlichen Klinik in Berlin gebracht, wo er noch am selben Tage verstarb. — Wie wir noch erfahren, liegen die ersten Hilfeleistungen für den Schwerverletzten sehr viel zu wünschen übrig, da dieser erst nach einigen Stunden nach Berlin geschafft wurde. Die Beerdigung des auf so tragische Weise verstorbenen Genossen Siebel wird im Inserat der Witzochnummer bekannt gegeben.

**Niederschöneweide.**  
**Eine eigenartige Ueberraschung** wurde am Freitag, den 12. Mai, verschiedenen Einwohnern des hiesigen Ortes zuteil, welche gewillt waren, der Gemeindevorstellung beizuwohnen. Der Wahlverein von Niederschöneweide hatte vor einiger Zeit den Antrag gestellt, die Sitzung um 6 Uhr nachmittags anzubereuen, damit es auch den in Berlin arbeitenden Gemeindevorstellern ermöglicht werde, derselben beizuwohnen. Dieser Antrag wurde auch angenommen. Als aber verschiedene Einwohner der letzten Sitzung beizuwohnen wollten, wurden sie an der Tür zum Sitzungszimmer vom Gemeindevorsteher nach Namen und Wohnung gefragt. Darauf hingewiesen, daß die Sitzung doch eine öffentliche sei und jedes Gemeindevorstellerglied das Recht habe, derselben beizuwohnen, gab der Gemeindevorsteher zur Antwort, daß der Gemeindevorsteher das so haben wolle. Wie kommt der Gemeindevorsteher dazu, die Einwohner des Ortes bei Teilnahme an der öffentlichen Gemeindevorstellung durch solche Verhinderungsmittel zu belästigen? Die Bevölkerung von Niederschöneweide mag hieraus ersehen, wie notwendig es ist, daß bei der nächsten Wahl endlich einmal ein Kandidat in das Gemeindeparlament gewählt wird, welcher die Interessen der Gemeindevorstellerglieder mehr als dies jetzt geschieht, vertritt.

**Adlershof.**  
**Das Thema: „Die Lehren der sozialistischen Klassiker“** behandelte bei der Generalversammlung des Wahlvereins bei Kaul Genosse Horlich. Hierauf erstattete Genosse Klodt den Bericht über die Tätigkeit im verfloffenen Quartal. Das hauptsächlichste Interesse beanspruchte die aus Anlaß der Vermehrung der Gemeindevorordneten erfolgten Neuwahlen. Der Kampf um das Mandat der zweiten Abteilung nahm durch die fast nur persönliche Kampfmethode unserer Gegner äußerst scharfe Formen an, die dem Genossen Klodt eine Beleidigungsklage eintrugen. Der Mitgliederbestand betrug am 1. Januar 826, am 31. März 845. Die Zahl der „Vortrags“-Leser im Januar 885, im März 744. Der Kassabericht verzeichnet an Einnahme 558,84, an Ausgabe 610,84 M. Als Mitglieder der Behringsschutzkommission wurden gewählt die Genossen Gelske, Bornig und Jul. Volkman. In die zu errichtende Propagandakommission für das Genossenschaftswesen wurden die Genossen Struss, Ernst Stroppe und Paul Fischer gewählt. Zum Schluß forderte der Vorsitzende zur regen Beteiligung an dem am Sonntag bei Wölfflein stattfindenden Stiftungsfest des Transportarbeiterverbandes auf.

**Weißensee.**  
**Aus der Gemeindevorstellung.** Vor Eintritt in die Tagesordnung würdigte Herr Dr. Klamroth einen Artikel des „Weißenseer Tageblatts“ in abfälliger Weise, der sich mit einer „bedauerlichen Abnahme der Gewerbetriebe“ beschäftigte. Das Blatt hatte eine Tabelle aus dem Geschäftsberichte der Ortskrankenkasse tendenziös ausgewertet, wogegen sich nicht nur der Beigeordnete, sondern auch Genosse Fuhrmann als Vorsitzender der Ortskasse verwehrte. Am Eingange des Schloßrestaurants, gegenüber dem Zeitungslokal, soll eine Bedürfnisanstalt mit sieben Ständen eingerichtet werden, die hierzu erforderlichen Mittel wurden bereitgestellt. Eine Anregung, auch für Frauen Gelegenheit zur Vermehrung der Anstalt zu schaffen, soll bei einer späteren Aufstellung solcher Anstalt Berücksichtigung finden — doch wenigstens ein Trost. Zum Besuch der Hygiene-Ausstellung in Dresden wurden sechs Herren aus der Gemeindevorstellung, die beiden Bauvereine und auch der Leiter des Weißseeramtbes besichtigt. Für den Besuch sind zwei Tage in Aussicht genommen. Pro Person wurden inklusive Fracht 30 M. zur Verfügung gestellt. Von unseren Genossen sind Fuhrmann und Laubmann mitbelegiert. Es ist das erste Mal, daß die Gemeindevorstellung zu Informationsreisen für sich selbst Mittel bewilligt. — Ein Bierfahrer, der eine Wohnung in einem der Gemeinde gehörigen Hause inne hatte, weigert sich 150 M. Stempelgebühr für seinen Weidvertrag zu zahlen; des „Prinzipes wegen“ wird er jetzt beklagt. Der Bedarfsplan für das Gebiet zwischen Gubow Adolfsstraße und Heinersdorfer Gemarkung wird festgesetzt, ebenso für die neuangelegte Uferstraße. Die Urlaubezeiten für die Gemeindevorstellung wurden auch von der Gemeindevorstellung genehmigt. — Der hiesige bürgerliche Schwimmverein veranstaltet in diesem Jahre sein 25. Verbandfest und hierzu soll ein Beitrag von 300 M. aus Gemeindevorstellern zur Verfügung gestellt werden. Genosse Laubmann wurde sich dagegen, es verhege keine Sitzung, in der nicht ein Verein um Unterstützung zu irgend welchen festlichen Veranstaltungen bittet. Seine Ablehnungsbegründung beachte dann auch eine rege Diskussion hervor, aber dennoch bewilligte man die Summe. — Mit der Errichtung von Kinderspielflächen soll nun endlich der Anfang gemacht werden und zwar auf drei Gemeindevorstellergeländen. In der Falkenbergstraße, neben der alten Schule, 2. in der Leberstraße, Ecke Wilhelmstraße, 3. in der Mittelstraße, Ecke Strahburgstraße (alte Pumpstation). Für die Instandsetzung dieser Plätze sind 300 M. erforderlich, die auch bewilligt wurden. Nur der Köpfermeister Jung nahm einen entgegengeetzten Standpunkt ein. Er meinte zwar, daß er kein Feind von Wohlfahrts-einrichtungen sei, jedoch erklärte er zum Schluß Spielplätze für überflüssig. Selbst seine bürgerlichen Kollegen schüttelten bedenklich den Kopf und rückten bei der Aussprache weit ab von dem komischen Reaktionsgenossen.

**Reinickendorf.**  
**Ein durch Gasexplosion entstandener Brand** verheerte gestern nachmittags die Bewohner des „Seebad-Restaurants“ in Aufregung. Anfangs drohte der Brand einen größeren Umfang anzunehmen, doch wurde derselbe durch das energische Eingreifen der Feuerwehr von Reinickendorf-West gelöscht, noch ehe die Wehren der Nachbarorte in Tätigkeit traten. Ein Zuschauer, der die Leiter hinaufgestiegen war, fiel herunter und zog sich so erhebliche Verletzungen zu, daß seine Ueberführung in das hiesige Krankenhaus notwendig wurde.

**Berlin.**  
**Die Stadtverordnetenversammlung** beschloß die Auffstellung von 8 Anschlagtafeln aus Zement, welche von den Diesenhäuser Zementwerken zum Preise von 100 M. pro Stück geliefert werden sollen. Der evangelische Jünglingsverein hatte um die Ueberlassung des oberen Raumes im lateinischen Schulhause ersucht, dem auch die Versammlung zustimmte. Von unseren Genossen wurde eine Erklärung von der Versammlung verlangt, wie sich dieselbe stellen würde, wenn ein anderer Verein gleichfalls um Ueberlassung von Räumen nachsuchen würde. Der Stadtverordnete Giese meinte, man könne doch dem Jünglingsverein eines anderen Vereins wegen nicht den Raum entziehen, worauf ihm von unseren Genossen erwidert wurde, daß der Jünglingsverein doch nicht alle Tage den Raum brauche, also an anderen Tagen auch anderen Vereinen überlassen werden könnte. Der Bürgermeister gab dann die Erklärung ab, daß der Magistrat auch anderen Vereinen nach vorheriger Prüfung

den Raum überlassen wollte. Es würde dann das Schulgeld für Kinder, welche die hiesige Gemeindevorstellung besuchen aber außerhalb Bernau wohnen, pro Jahr auf 40 M. festgesetzt.

**Spandau.**  
**Die Wahl der Beisitzer zum Kaufmannsgericht,** an der sich der Zentralverband der Handlungsgehilfen zum erstenmal beteiligte, hat nach dem jetzt veröffentlichten amtlichen Resultat folgendes Ergebnis gezeitigt. Es wurden insgesamt 370 Stimmscheine mit 341 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf Liste I (Deutschnationaler Handlungsgehilfenverband) 1288 Stimmen = vier Beisitzer, Liste II (Verein der 1888er) 467 Stimmen = ein Beisitzer, Liste III (Zentralverband) 333 Stimmen = ein Beisitzer, Liste IV (Leipziger Verband) 720 Stimmen = zwei Beisitzer, Liste V (Verein der Kaufleute) 603 Stimmen = ein Beisitzer.

**Romäwes.**  
**In der letzten Wahlvereinsversammlung** gab der Vorsitzende nach einem kurzen Rückblick auf die verfloffenen Gemeindevorstellungen die Namen derjenigen Mitglieder bekannt, die ihr Wahlrecht nicht ausgeübt haben. Die vorgebrachten Entschuldigungen konnte der Vorstand zum Teil nicht als berechtigt anerkennen, und er machte daher die Betroffenen auf die Folgen im Wiederholungsfalle aufmerksam. Während ein Mitglied wegen der ihm dieserhalb gemachten Vorhaltungen dem Verein freiwillig den Rücken lehrte, soll auf Beschluß der Versammlung gegen ein anderes Mitglied, den Gastwirt Anton Jech, beim Kreisvorstand der Ausschluß beantragt werden, da er zu seiner Entschuldigung wahrheitswidrige Angaben gemacht hat. — Der nun folgende Vortrag des an Stelle des Genossen Bächner erschienenen Stadtverordneten Dr. Alfred Bernstein-Berlin über das Thema „Der Schnapshotel und die Reichstagswahlen“ nahm die ganze Aufmerksamkeit der Anwesenden in Anspruch. Reicher Beifall folgte dem äußerst interessanten, ausfüllenden Ausführungen. In der Diskussion zeigte die Genossin Drescher an Hand zweier drastischer Beispiele, wie berechtigt die Forderung aller sozial Denkenden nach vermehrtem Ratten- und Säuglings-schutz ist. — In den Bildungsausschuss wurden die Genossen Weinert, Gerich Schulz, Borong, Richter und Wille gewählt. — Zur Aufnahme gelangten 15 neue Mitglieder, davon 5 Frauen; der Gesamtmitgliedsstand beträgt 821, davon sind 74 weibliche Mitglieder.

**Eine Uebersicht über die Gestaltung des Geschäftes** in der ersten Hälfte des laufenden Rechnungsjahres des Konsumvereins wurde vom Geschäftsführer in der letzten Generalversammlung gegeben. Danach betrug der Gesamtumsatz 174.745 M. oder 60247 M. mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Diese erhebliche Steigerung ist hauptsächlich auf die wachsende Mitgliederzahl, die gegenwärtig 1350 beträgt, zurückzuführen. Seit dem 1. Oktober 1910 sind dem Verein infolge der emigen Tätigkeit der Agitationskommission 350 neue Mitglieder beigetreten. Das eingezahlte Mitgliederbeiträge betragen 2067 M. Die Vereinskasse, die seitens der Mitglieder wie der Gewerkschaften und Vereine immer größere Beachtung findet, weist an Spareinlagen rund 36.815 M. auf. In Anbetracht der enorm gestiegenen Verwaltungsarbeit beschloß die Generalversammlung die Anstellung eines zweiten Vorstandsmitgliedes. Gleichzeitig wurde die Verwaltung ermächtigt, mit den Angestellten, soweit dies noch nicht geschehen ist, zweckentsprechende Tarifverträge abzuschließen, die erhebliche Gehaltsaufbesserungen zur Folge haben werden. — Die in Gemeinschaft mit dem Potsdamer Verein erbaute und im September 1910 in Betrieb genommene Bäckerei hat sich zwar gleichfalls gut entwickelt, doch entspricht das bisherige finanzielle Ergebnis nicht den gebotenen Erwartungen. Betriebs- und Verwaltungstechnische Schwierigkeiten, wie sie wohl jedes neue Unternehmen zu überwinden hat, sind schuld daran. Nachdem nun jedoch die Mängel erkannt und zum größten Teil beseitigt sind, steht zu erwarten, daß das Ergebnis am Jahresschluß ein alle Teile befriedigendes sein wird. Dazu bedarf es aber der tatkräftigen Mithilfe der Mitglieder wie auch derjenigen, die bis jetzt noch abseits stehen. Die Nettoeinnahmen in der Zeit vom September bis März betrugen: für Brot 31.482,29 M., für Weizwaiz 19.556,45 M., insgesamt 51.038,77 M.

**Potsdam.**  
**Ein schwerer Wagenunfall** ereignete sich gestern nachmittags gegen 2 Uhr auf der Chaussee von Eiche nach Potsdam. Der Jägermeister Friedrich Stahlberg aus Bary, ein 61 Jahre alter Herr, fuhr mit seiner Frau und seinem Schwager in einem Wagen in der Richtung nach Potsdam. Kurz vor Eiche schreuten die Pferde des Wagens und gingen durch. Die Insassen wurden aus dem Wagen geschleudert und Stahlberg stürzte so unglücklich gegen einen Baum, daß er einen schweren Schädelbruch und Kniebrüche erlitt. Seine Frau und ihr Bruder kamen mit Verwundungen davon. Alle drei Verunglückten wurden von einem Automobil nach dem hiesigen St. Josephs-Krankenhaus gebracht. Dort legte man den leichter verletzten Personen Rotverbände an und entließ sie dann in häusliche Pflege. Der schwerverletzte Stahlberg liegt im Krankenhaus. Sein Befinden ist sehr bedenklich.

**Leser- und Diskutierklub „Wilhelm Liebknecht“.** Heute, Dienstag, abends 9 Uhr, bei Paul Eichhorn, Danziger Str. 93: Vortrag, Gäste willkommen.

**Marktpreise von Berlin am 13. Mai 1911, nach Ermittlung des königlichen Viehschlachthaus, Markthallenpreise (Kleinhandel.)**  
 100 Kilogramm Weizen, gelbe, zum Kochen 30,00—50,00. Gersteböden, weiße 30,00—50,00. Weizen 20,00—60,00. Kartoffeln 6,00—9,00. 1 Kilogramm Rindfleisch, von der Keule 1,60—2,40. Rindfleisch, Bauchfleisch 1,20 bis 1,70. Schweinefleisch 1,20—1,60. Kalbfleisch 1,50—2,40. Hammelfleisch 1,40—2,20. Butter 2,20—2,80. 60 Stück Eier 2,80—4,50. 1 Kilogramm Karotten 1,20—2,40. Kote 1,40—3,00. Fender 1,40—3,80. Heide 1,20 bis 2,80. Karhe 0,80—2,00. Schale 1,20—3,40. Hefe 0,80—1,60. 60 Stück Äpfel 2,50—3,00.

**Witterungsübersicht vom 15. Mai 1911.**

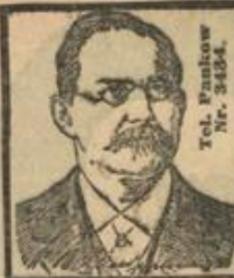
Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 6 u. 9 u. M.	Stationen	Barometer hoch mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in 6 u. 9 u. M.
Schwetmb.	753,9	1 halb dd.	18	Dapaxanda	759,3	2 wolllg	8				
Humburg	755,3	3 bedekt	15	Delersburg	753,3	1 Regen	9				
Berlin	754,9	4 bedekt	17	Stoll	753,3	2 Nebel	12				
Frankf. a. M.	756,3	3 halb dd.	15	Übersee	752,3	2 Regen	9				
Königsberg	757,3	4 bedekt	14	Paris	756,3	1 wolllg	13				
Wien	755,3	2 heiter	18								

**Wetterprognose für Dienstag, den 16. Mai 1911.**  
 Etwas kühler, vorherrschend wolllg mit leichten Regenschauern und ziemlich frischen westlichen Winden.  
 Berliner Wetterbureau.

**Wasserstands-Nachrichten**  
 der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau

Wasserstand	am 14. 5.		am 13. 5.		Wasserstand	am 14. 5.		am 13. 5.	
	cm	cm	cm	cm		cm	cm	cm	cm
Remel, Litz	177	-10	177	-10	Seale, Grochitz	78	-	78	-
Segele, Jüterburg	—	—	—	—	Habel, Sandow	63	-13	63	-13
Segele, Taux	90	-2	90	-2	Kathenow	182	-	182	-
Oder, Rathor	170	+5	170	+5	Spree, Spremberg	92	+2	92	+2
Profien	165	-2	165	-2	Reedlow	62	-4	62	-4
Frankfurt	174	+1	174	+1	Sejer, Rindow	-7	+5	-7	+5
Barthe, Schrum	32	-4	32	-4	Rindow	2	-4	2	-4
Landesberg	50	-1	50	-1	Rein, Ragmillandau	—	—	—	—
Rege, Forstmann	25	-4	25	-4	Rand	197	+2	197	+2
Silbe, Leimnitz	94	-1	94	-1	Rin	186	+3	186	+3
Dresden	-94	-6	-94	-6	Redar, Hellstrom	68	-7	68	-7
Bay	164	-4	164	-4	Rain, Wertheim	—	—	—	—
Magdeburg	140	-8	140	-8	Roel, Litz	67	-2	67	-2

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — \*) Unterpegel.



**Warnung vor Betrug!**  
Meine Packung ist nur echt mit der Aufschrift:  
**Dr. Landmann's**  
Messer-Putzpulver.  
Jedes 10 St. Eisenstücke 30 und 50 St. nur echt in Original-Packung in allen besseren Geschäften zu haben.  
Dr. B. Landmann, Berlin-Pankow, Parkstr. 5 A.

**Hygienische Bedarfsartikel**  
Drogerie Zarenba.  
Weinbergweg 1, dir. a. Hofenthalet  
Lor. Billigste Bezugsquelle!  
Versuch f. zur dauernden Handhaft!  
**H. Pfau, Bandagist**  
Berlin, Direksenstraße 20  
am alten Bahnhof Alexanderplatz und  
Hohelagerplatz. — Amt VII, 13799.  
Für Damen Frauen-Bedienung.  
Lieferant für alle Krankenkassen.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, dicht am  
Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12. 3-4  
**Lege-Hühner,**  
garantiert junge, beste Lege, empfiehlt  
F. Wegner, Berlin 80.,  
Mariannenstr. 34.

**H. & P. Uder,** Berlin 80. 16,  
Engel-Ufer 5.  
Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.  
Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.  
Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.  
Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.  
Sämtliche bekannten Marken **Zigaretten** zu Originalpreisen.  
Amt 4, 3014.

**H. Weltmann Nachf. Stefan Esders**  
Kaiser Wilhelmstr. 40-41 Ecke Spandauer Str. 70/71

**Anzüge**

13<sup>50</sup> 19<sup>00</sup> 25<sup>00</sup> 32<sup>00</sup>  
38<sup>00</sup> 45<sup>00</sup> 55<sup>00</sup> 65<sup>00</sup>

Meine Herren-Konfektion

wird in 28 verschiedenen Größen gearbeitet, für jede Figur und alle Weiten, von 88 bis 130 cm Brust- und Leibumfang

Meine Konfektion ist bekannt durch mustergültige Passform.

Ziehung 25., 27., 29., 30. u. 31. Mai

**Geld-Lotterie** zum Ausbau der Veste COBURG

17 563 Gewinne: Dar ohne Abzug Mk. **360,000**

Hauptgewinne: Dar Gold Mark:

**100,000**  
**50,000**  
**10,000**  
**5,000**

Coburger Geld-Lose à 3 M.  
Porto und Liste extra 80 Pfg.  
Zu haben in allen Lotteriegeschäften u. d. Plakate kennnt. Verkaufsstellen.  
**Lud. Müller & Co.**  
Berlin C., Breitestraße 6  
**H. C. Kröger**  
Berlin W., Friedrichstr. 192a  
**Ferd. Schäfer**  
Düsseldorf, Königs-Allee 32

**Beteiligen Sie sich** und beschließen Sie die letzten 17 Parzellen in Gevernisd, die ich sehr billig verkaufe.  
— Pläne gratis. —  
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

**Theater und Vergnügungen**

**Dienstag, den 16. Mai.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. **Figaros Hochzeit.**  
Königl. Schauspielhaus. **Goldfische.**  
Deutsches. Faust 2 Teil. Anfang 6 Uhr.  
Anfang 8 Uhr.  
Kammerspiele. **Sumurun.**  
Romische Oper. **Der Teufelsberg.**  
Neues königl. Opern-Theater. **Geflohen.**  
Neues Schauspielhaus. **Eine Million.**  
Reising. **Glaube und Heimat.**  
Kleines. **Der Volksgart.**  
Berliner. **Bummelstudenten.**  
Westen. **Ein Walzertraum.**  
Neues. **Mein erlauchter Ahnherr.**  
Lustspielhaus. **Der Feldherrnhügel.**  
Trianon. **Das Verlangen.**  
Thalia. **Polnische Wirtshaus.**  
Schiller O. **Wahner - Theater.**  
Der große Name.  
Schiller - Charlottenburg. **König Heinrich.**  
Friedrich - Wilhelmstädtisches. **Kasernenluft.**  
Kalenenluft.  
Serrusfeld. **Das Scheidungs-Gesuch.**  
Ein Verlobungs-Geschäft. **Die Bar-Schnecker.**  
Neues Operetten. **Der Graf von Luxemburg.**  
Baltsover. **Geflohen.**  
Luisen. **Ohne Mutter.**  
Moderne. **Wanzenmännchen.** (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Reis. **Auf nach New York.**  
Golfed Caprice. **Werheim wird plätzen!**  
Nächstes III. Klasse. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Metropoli. **Hohheit amüsiert sich!**  
König. **Das Glück im Winkel.**  
Wolke. **Spezialitäten.**  
Volgt. **Spezialitäten.**  
Road. **Die Hochzeitsreise.**  
Reichshallen. **Stettiner Sänger.**  
Wintergarten. **Spezialitäten.**  
Walhalla. **Heim und Weltlerin.** (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Kaiser-Panorama. **Beisch von Wiesbaden und der Saalburg.**  
— **Paraffo während des Krieges.**  
Jutimes. **Die neue Geliebte.** Gut und Daphnis. (Anfang 8 1/2 Uhr.)  
Karl Haberland. **Spezialitäten.**  
Wedding. **Lichtspiele.**  
Urania. **Zauberkroße 48/49.**  
Abends 8 Uhr: **Lebende Tierbilder von nah und fern.**  
Sterntorte. **Smalldenstr. 57-62.**

**Berliner Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
**Bummelstudenten.**  
Morgens: **Bummelstudenten.**

**Neues Theater.**  
Täglich:  
**Mein erlauchter Ahnherr.**  
Anfang 8 Uhr.

**Theater des Westens.**  
Abends 8 Uhr:  
**Ein Walzertraum.**  
Sonntag 3 1/2 Uhr: **Die lustigen Rabelungen.**

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
**Der Feldherrnhügel.**

**Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.**  
Dienstag, den 16. Mai, 8 Uhr:  
**Kasernenluft.**  
Morgens und folgende Tage: **Kasernenluft.**

**Luisen-Theater.**  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
**Ohne Mutter.**  
Preisgekröntes Sensations-Schauspiel in 5 Akten von Benjamin Depaire.  
Sonabend, 20. Mai, einmalige Aufführung: **Der kritische Tag.**  
Sonntag, 21. Mai, 3 Uhr: **Aus erster Ehe.**

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
**Auf nach New York.**  
Anfang 8 Uhr.  
Wittmoos: **Kutterlegen.**

**Apollo Theater**  
8 1/2 Uhr: **Das neue Programm der Attraktionen.**  
9 1/2 Uhr: **Verlind Sensation:**  
**Um ein Weib.**  
Großes amerikanisches Lustspielungs-Sensationsspiel in acht Bildern.  
Wie gefundene Kette.

**Folies Caprice.**  
Täglich 8 1/2 Uhr:  
**Werheim wird plätzen!**  
Bunter Solo-Teil.  
**III. Klasse.**

**Neue Welt.**  
Donnerstag: **Elitetag. Gr. Parade-Gala-Feuerwerk,**  
ausgeführt vom Feuerwerker E. Vieland.  
Auf vielseitigen Wiederholung des Mühlenbrandes  
Wunsch:  
**Große Spezialitäten-Vorstellung**  
Auffr. der indischen Schönheit **MIB Lala-lea.**  
Im Kinema ausgewähltes Programm. — Täglich nachmittags:  
**Großes Promenaden-Konzert.**  
Wasserrutschbahn — Liebesmühle — Lachkabinett,  
Gebirgsbahn, Cake walk u. a. — Heute Eintrittspreis 10 Pf.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Taubenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr:  
**Lebende Tierbilder von nah und fern.**

**Luna-Park**  
Sensationelle Attraktionen!  
**Ben Ali Bey**  
Klassische Zauberkunst des Orients.  
**Tanagra-Theater. □ Lachhaus**  
Der harte Schädel  
u. a.  
Tradition- und Militär-Konzerte.  
Eintrittspreis 50 Pfennig.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger.  
Hirtin als Wiehe im Hosenrod.  
Anfang  
hochentags  
8 Uhr,  
Sonntags  
7 Uhr.

**Metropol-Theater.**  
**Hohheit amüsiert sich!**  
Operette in 3 Akten von A. Heun.  
Musik von Rudolf Nelson.  
In Szene gesetzt vom Dr. R. Schulz.  
Anfang 8 Uhr. **Rauschen gestatter.**

**Herrnfeld Theater**  
Das Scheidungs-Gesuch.  
Ein Verlobungs-Geschäft.  
Die Bar-Schnecker.  
Anf. 8 Uhr. **Barverkauf 11-2 Uhr.**

**Passage-Theater.**  
Kammerspiele der Hunde.  
Ota Gygi,  
Violinvirtuose.  
Alt-Bonner Studenten  
und das große  
Mai-Programm!

**Volgt-Theater**  
Gesundbrunnen, Badstraße 58.  
Dienstag, den 16. Mai 1911:  
Gastspiel in Puhmanns Theater.  
**Der Störenfried.**  
Lustspiel in 4 Akten von R. Benedix.  
Kasseneröffnung 7, Anfang 8 Uhr.

**Admiralspalast**  
Am Bahnhof Friedrichstraße.  
Geöffnet ununterbrochen von  
10 Uhr vormittags.  
**Zahlreiche Kunstlauf-Produktionen.**  
Allabendlich:  
Das feenhaft ausgest. Eisballott

**Montreal**  
**Die Stadt auf Schlittschuhen**  
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr  
abends: halbes Kassenpreise.  
Unterricht im Schlittschuh- und  
Kunstlaufen wird ertallt.

**WINTERGARTEN**  
Neues Programm!  
**LA TORTAJADA.**  
The suri Bathers  
eine Idylle am Meerestogastade.  
De Dio  
in ihren neuesten Schöpfungen  
von Phantasietänzen  
und der von  
Publikum und Presse  
glänzend beurteilte  
**Mai-Spielplan.**  
— Rauchen gestattet. —

**Passage-Panoptikum**  
Lebend!  
**Hede Kosch**  
das Mädchen aus Steinzeit!  
Das Urbild der Mensch-  
werdung, und die anderen  
Schauspielattraktionen.  
Ohne Extra-Entree!

**Königstadt-Kasino.**  
Holymarktstr. 72.  
Sensationeller Erfolg:  
**Flachshaar als Erzieher.**  
The 3 Luosets. Otto Bayer.  
Leyter Epjalmomat vor den Jerten.  
Golly. d. berühmte Tigerfellentrupe:  
Leben und Treiben im Kaukau.  
Dazu d. gr. Lagerfolg in dieser Saison  
**„Zwei Wappen“.**  
Sonntag 8 1/2 Uhr: **„Merianne“.**

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
**Großes Militär-Konzert.**  
Eintritt 1 Mark,  
von abends 8 Uhr ab  
50 Pf. Kinder unter  
10 Jahren die Hälfte.  
Jahres-Abonnement an allen drei  
Schalterkästen.

**Nur noch kurze Zeit!**  
**Zirkus Busch**  
Heute abends 8 Uhr:  
**Großer Gala-Abend.**  
Graf von Meißner tartarischer Kriegswaffen.  
Dr. Durhard. Follitt. Schulmeister.  
Der Ernst Schumann. Meister-  
dressuren. Der urkomische Jansky.  
Janzen. Die Prechtanis. berühmte  
Reiterfamilie. 3 Gebr. Fratellinis,  
urkomische Clowns.  
Um 9 1/2 Uhr zum 20. Male:  
**Ein Jagdfest am Hofe  
König Ludwig XIV.**  
Vorher das große Gala-Programm.

**Stadt-Theater Moabit**  
Alt-Moabit 47/48.  
Donnerstag, den 18. Mai 1911:  
Letzte Abonnement-Vorstellung.  
Ehrenabend für Dir. Hans Reich:  
**Vater und Sohn.**  
Anf. 8 1/2 Uhr. Kasseneröffn. 7 Uhr.  
Nach der Vorstellung:  
**Tanz.**

**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Das Prinzen.**  
Liebesroman in 5 Akten v. R. Witz.  
Anfang 8 1/2 Uhr.

**Noacks Theater.**  
Direktion: Robert Dill.  
Berlin N., Brunnstraße 16.  
Heute: **Geflohen.**  
Nächste Vorstellung:  
Sonabend, den 20. Mai:  
**Die Liebe auf den ersten Blick.**

**Max Kliems Sommer-Theater**  
Rudolf Krüger, Goleisstraße 13-15.  
Täglich: **Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.**  
Selbstbesetzten Theatergärten, bei ungünstiger Witterung **Schau** bietend.  
Donnerstag: **Elitetag.**

# Die Qualität gibt den Ausschlag!



**MAGGI<sup>s</sup> Bouillon-Würfel** sind mit allerbestem Fleisch-Extrakt nebst feinsten Gemüseauszügen sowie dem nötigen Kochsalz und Gewürz auf das sorgfältigste hergestellt. Ein Würfel zu 5 Pfg. gibt 1/4-1/3 Liter kräftige Fleischbrühe, die der besten selbstgemachten in nichts nachsteht.

**Allein echt** mit dem Namen **MAGGI** und der Schutzmarke

## RIBA-MALZ RIBA-MALZ RIBA-MALZ

von ersten ärztlichen Autoritäten dauernd verordnet und empfohlen, wirkt nach kürzester Zeit blutbildend, nervenstärkend, kräftigend, appetitanregend.

gibt dem Körper gesundes, blühendes Aussehen, sowohl Kindern, wie Erwachsenen.

gibt Kranken und Rekonvaleszenten neue Kraft, neuen Lebensmut, neue Arbeitslust.

Ihr Präparat „Riba“ hat mir die denkbar besten Dienste geleistet, um meine Kräfte in überraschend schneller Weise wieder zu heben.  
Henny Stoizenbach, Bremen.

Der Appetit hat sich sehr gehoben, ich habe gut zugenommen und fühle mich bedeutend wohler. Ich werde nicht verfehlen, „Riba“ stets zu empfehlen.  
August Wagner, Maurermeister, Rudow.

Preis der Originaldose M. 2.50 Zu haben in Apotheken u. Drogerien **RIBA-WERKE G. M. B. H., BERLIN NW 87** Man verlange Aufzichten über die Wirkung von Riba

### Verkäufe.

**Zehn Prozent Rabatt „Vorwärts“** lesen.

**Teppiche.** Farbenebeler, jetzt sabelhaft billig. Kleinen-Abstrichlager, Große Frankfurterstraße 125, im Hause der Möbelabteilung; billiger wie überall. Vormärtslesen noch extra 10 Prozent Rabatt. Sonntags geöffnet.

**Gardinen.** Fabrikpreise, Fenster 1.65, 2.25, 2.85, 3.50, 4.50, 6.75 usw.

**Totalverkauf** von angedruckten Gardinen, Stores, Bettdecken stannend billig. Große Frankfurterstraße 125.

**Tuch- und Wäscheportieren.** Garnitur 3.55, 4.50, 5.25, 6.50, 8.25, 10.50. Abstrichlager Große Frankfurterstraße 125.

**Tuch- und Wäschebeden** mit kleinen Flecken zu Spottpreisen. Große Frankfurterstraße 125. Nur im Hause der Möbelabteilung. 2604R\*

**Waffen zu Hoes Onyots und Eginund Lacroix.** Die wahre Gestalt des Christentums, von August Debel. Preis 75 Pf., billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Baden.

**Herzengarderobe ohne Geld** bei kleiner Anzahlung in reicher Auswahl. Der ganze Osten kauft bei uns. Krefmann u. Co., Koppenstraße 4 (E-Schleifer Bahnhof).

**Vormärtslesen** erhalten fünf Prozent Ertrabatt, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomad.

**Teppiche, farblichste, sportlich.**

**Schlafdecken, Schürplaids 1,15.**

**Teppiche, Similiseide 3,75.**

**Teppich-Thomad, Dranienstraße 160, Dranienplatz; Rosenfelderstraße 54.** 2505R\*

**Herbertbetten, Stand 11,00, große 16,00, neue Aussteuerbetten, Aussteuerbetten, Gardinen, Vorhänge, Teppiche, Decken, große Auswahl, sportlich, Handledhaus, Köhlerstraße 7.** 2300R\*

**Teppiche! (lederbaste)** in allen Größen, jetzt für die Hälfte des Wertes. Teppichlager Brünn, Hadericher Markt 4, Bahnhofstraße. (Leder des „Vorwärts“ erhalten 5 Prozent Rabatt) Sonntags geöffnet!

**Drehtischen, bestes Fabrikat, Herberbrand, Kautschuk, Kelle, Kellungs-schleife, Fabrik Franz Thiele, Berlin, Kochstraße 19, Altdorf, Friedelstraße 27.** 2313R\*

**Jährlich nur einmal** Inventur-Auflösungserlös in Teppichhaus Emil Lehndorff, Dranienstraße 158, Grivastraße gratis. 1992R\*

**Gute Wäsche, prima Qualität.** 130/200 14,25, 160/230 20,75, 200/300 33,00. Inventurpreis, Teppichhaus Emil Lehndorff, nur Dranienstraße 158. 1992R\*

**Grundbesitzer der Kolonien** von Friedebach Stampfer. Gebunden 3 W. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Baden).

**Billige Holenwege.** Dochlegante Heizöfen aus feinsten Rohstoffen 7-15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R\*

**Vorjährige elegante Herrensätze** und Toiletten aus feinsten Rohstoffen 20-40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R\*

**Billig, billig, billig!** Monatsanzüge, wenig getragen. Ullsterpaletots, Beinkleider, Jacks, Smoking kauft man nur bei Weingarten, Schützenstraße 28 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Göttingerstraße. 2472R\*

**Germanian 6.** Handledhaus, Stamenbillige Jacketanzüge, Herrensätze. Herrenpaletots, Herrensachen, Extrabilliger Bettenverkauf, Wäscheverkauf, Teppichverkauf, Gardinenverkauf, Steppdecken, Wäschebeden, Kleinauswahl Schmuckwaren, Taschenuhren, Wanduhren, Portellhafte Einkaufsquelle, Handledhaus Germania, Kochstraße 8, Sonntags geöffnet. 120R\*

**Wortplatz 58a** im Veltheimhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Cavalieren getragene Jacketanzüge, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenkonfektion, Kostümen, Kleibern, Hüben bis 100 Mark, jetzt 10 bis 30 Mark (hochlegant). Gelegenheitsläufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wägen, Aussteuerwägen, Betten, enorm billig, Wortplatz 58a. 2587R\*

**Vormärtslesen** aufgepasst beim Einkauf von Monatsgarderoben. Bei mir gibt es gute, getragene Garde-robe, vom feinsten Nähmaschinen angefertigt, für jede Figur passend. Jacketanzüge, Sommerpaletots, Ullster, Beinkleider zu stannend billigen Preisen. Damengarderobe: Paletots, Kostüme sehr preiswert. Pringen, Beinkleider, Pringenstraße 34 I.

**Tuchjacken, Kostüme, elegante** Konfektion, auf Seide, weit unter Preis. Konfektions-König, Koppenstraße 54, an der Frankfurterstraße. 2534R\*

**Tüllgardinen, Stores, Rouleaux** umgibt - Ausnahmepreise. Fenster 1,15, 1,65, 2,50 bis 9,-. Praktische Hebesgardinen: Fenstergarnitur 3,50 bis 13,50. Woll-Teppichhaus, Dresdenstraße 8 (Kottbuscher), Abonnement Rabatt. 2500R\*

**Gartenland (10 Pfennig-Lour),** Obstbäume, Erdbeeren, Gemüse, Lauben verpackt oder verkauft. Galt, Schöneberg, Feuerstraße 63. 1113R\*

**Kleines Hausgrundstück** im freundlichen Treuenbrietzen umhändelbar sofort billig zu verkaufen. Wasserleitung im Hause. Beste Geschäftslage. Gute Steuerverhältnisse. Näheres bei Witwe Böhm, Treuenbrietzen, Großstraße 53. Agenten werden. 1781R\*

**Teppiche.** Die Restbestände einer Teppichfabrik kommen zum schmeichelnden Verkauf. Preise bedeutend herabgesetzt. Woll-Teppiche, ganz schwere Qualität: Stabengröße, früher 18,50 jetzt 12,00; Wohnzimmersgröße, früher 32,75 jetzt 24,50; Salongröße, früher 43,50 jetzt 35,00. Teppichhaus Georg Waage, Chausseestraße 73/74.

**Portieren, Wäsch und Filz, Zell-** bestände 1-4 Reuster bedeutend unter Preis.

**Erbsen, Stores, ein großer Vollen** mit Belant, volle Breite und Länge 4,75. 2571R\*

**Teppiche, eigene Anfertigung** richtige Größe, 3,75, 4,50, 5,50, 7,50, Teppichhaus Georg Waage, Chausseestraße 73/74. Vormärtslesen 5 Prozent.

**In freien Stunden.** Wochenschrift für das arbeitende Volk. Romane und Erzählungen. Abonnement monatlich 10 Pf., nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

**Teppiche (Herbenerle) Gelegen-** heitskäufe, Abstrichlager Rouerhoff, nur Große Frankfurterstraße 9, Flur- einzug. Gebrüder 1874. Vormärts- lesen 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

**Teppiche** billig Abstrich Große Frankfurterstraße 9. Flur einzug.

**Gardinenhaus.** Große Frank- furterstraße 9, Flur einzug. 2491R\*

**Teppichlager.** Herrensätze, Damen- garderobe, Kleider, Kleider- stoffe, Betten, Wäsch, Gardinen, Steppdecken, Teppiche, Tischdecken, Vorhänge, Spiegel, Bilder, Uhren, Grammophone, Kinderwagen, Schmidt, Petersburgerstraße 23. 2472R\*

**Gartengrundstück** im Vorort ver- kauft Familienverhältnisse halber Restaurant Strauch, Gärtnersstraße 11

**Geschäftsverkäufe.**

**Zigarrengeschäft.** Verkaufsstelle der Tabakarbeiter-Gewerkschaft, preiswert zu verkaufen Altdorf, Panier- straße 8. 122R

**Parteilokal veräußert.** Diefen- bachstraße 64. 1115R\*

**Milchgeschäft** billig zu verkaufen, täglich 70 Liter. Charlottenburg, Reichelstraße 78. 162R

**Gerichtsanwalt.** Gärtnersstraße 11, Ede Krossenstraße, verkauft Familien- verhältnisse halber sofort. 1803R

**Restaurant** anderer Unterneh- mungen halber billig zu verkaufen. Passend für Anfänger. Heinrich Seidel, Grotzwalderstraße 27. 156R

**Restaurations, gutgehendes Ge-** schäft, für billig veräußert, 11 Jahre in eigener Hand. Stephanstraße 47.

**Möbel.**

**Möbel ohne Geld** bei ganz kleiner Anzahlung geben Wirtschaften und einzelne Stühle auf Kredit unter äußerster Verbilligung. Der ganze Osten kauft bei uns. Krefmann u. Co., Koppenstraße 4, Schleifer Bahnhof. 1951R

**Möbel-Verleger, Brunnenstraße 7,** am Rosenfelder Tor, Wohnungs- einrichtungen auf Kredit und gegen bar. Kleiner-Auswahl. Stube und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Klischen. Wochen-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Ueber- einkunft. Liefere auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Anzeigers erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

**Rehfeld, Badstraße 49 (Gesinde-** trammen), liefert ein Zimmer und Küche für 165,-, auch außerhalb.

**Rehfeld, Badstraße 49, liefert** Englische Bettstellen, Maträtze für 39,-.

**Rehfeld, Badstraße 49, liefert** ge- brauchte Bettstellen, Maträtze für 12,-, 15,-, 18,-, 21,-.

**Rehfeld, Badstraße 49, liefert** russische Bettstellen für 27,-, gebrauchte 12,-, 15,-, 18,-.

**Rehfeld, Badstraße 49, liefert** komplette Schlafzimmer, hell für 200,-. 2531R\*

**Rehfeld, Badstraße 49, liefert** nagelneue Wäsch-Sofas für 45,-.

**Möbel-Verleger, Wortplatz 58.** In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelhandlung stehen in fünf Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf. Als Spezialität liefere: Ein- und Zwei- zimmer-Einrichtungen. 1 Zimmer und Küche 194,-, 200,-, 222,-, modern 479,-, 2 Zimmer und Küche modern 501,-, 667,-, 721,-. Schlafzimmer, englisch 199,-, modern, echt Eiche, 347,-. Wohnzimmer, modern 297,-, Speisezimmer 355,-, Herrensätze 200,-, englische Bett- stellen mit Maträtze 44,-, Kleider- schrank 30,-, Truhen, geschliffen 34,-, Schlafsofa 36,-, Wäschsofa 55,-, Umbau 50,-, Teppiche. Kleiderlager. Beschäftigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Günstigste Zahlungsbedingungen. Geöffnet 8-8, Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Fabrikgebäude. Musterbuch P. gratis und franco. 1905R\*

**Ruhbaumwirtschaft.** Ist neu, verkauft umhändelbar. Hausver- walter, mit eleganter Füllgarnitur, zwei Teppiche, prachtvolle Küchens- möbel, Küchengeräte 190,-, nur Privatkaufen. Weinmeisterstraße 1b-2.

**Auf Teilzahlung** liefert kom- plette Wohnungseinrichtungen, sowie einzelne Möbel unter kulantesten Zahlungsbedingungen. Köhlermeister Kollie, Honsdorfstraße 29. 1796R\*

**Jugendstil.** Kleiderchränke, Bertillos, Beistellen, Truhen in reicher Auswahl! Wollstoffmoden, Tische aus Mahagoni; komplette Schlafzimmer, bunte Küchen 65,-, Sofas, Um- bauten, Garnituren, Chaiselongues zu enorm billigen Preisen! Lagerung, Transport frei! Möbelabstrich R. Hirschowitz, Stalderstraße 25, an der Hochbahn. 71/8\*

**Möbel!** für Brautleute günstige Gelegenheiten, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung gebe schon Stube und Küche. In jedem Stück deutlicher Preis. Ueberbeteiligung daher ausgeschlossen. Bei Kaufver- sällen und Arbeitslosigkeit anerkannt größte Rücksicht. Möbelgeschäft R. E. Goldstand, Joffenstraße 38, Ede Gneisenaustraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 201R\*

**Möbel-Gelegenheitskäufe** in aller- größter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen be- deutend billiger wie regulär. Be- zugszahlungsmodell. Büfette, Schreib- tische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Truhen 37, Schränke, Bertillos 27, Kronen, Tischche, Bilder, Stühlen- möbel, Klaviers, Ledersofas, Um- bauten, Lederstühle usw. Sportbillig, Nennerts Möbelgeschäft, Köhler- straße 55, Rosenfelder Tor. Die Möbel sind in vier Etagen auf- gestellt. 2588R\*

**Möbelhandlung** Mariannen- straße 25, billige Preise. Teilzahlung gestattet. Vormärtslesen 3 Prozent Rabatt. 2503R\*

**Möbelgeschäft.** Hornad, Tischler- meister, gegründet 1901, Stalderstraße 57 (Wortplatz), liefert kom- plette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Preisen. Unab- hängige Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungsvereinfachung. Vormärtslesen 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf Fabrikgebäude.

**Sofa 15,00, Wäschsofa 24,00,** Schlafsofa 5,00, Küchenstuhl 10,00, ganze Wäschkasten (sportbillig). Kottbuscher- straße 18, Rehrborn. 211/8\*

**Einzelmöbel** und ganze Ein- richtungen jeder Art; auch ge- braucht, beliehen gewesen, sport- billig. Kleinauswahl, 5 Etagen. Möbelgeschäft Neue Köhlerstr. 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. Teilzahlung gestattet. 243/20\*

**Gneisenaustr. 10, Ede Kollifahr,** E. Braun, bekannt als beste Bezugs- quelle. Kassa und Teilzahlung.

**Fahrräder.**

**Herrenfahrrad, Damenfahrrad,** einmal benutzt, 35,-, Holz, Blumen- straße 36b. 2108R\*

**Geschäftsdreirad, äußerst stabil,** 50,00 an Holz, Blumenstraße 36b.

**Fahrräder.** Teilzahlungen. Spe- zialräder 45,00 Barzahlung. Inva- lidenstraße 29, Wilhelmshaven- straße 73 (Ede Lammstraße). 2470R\*

**Brennaborrad.** Torpedofreilauf 35,-, Damenfahrrad 29,-, Winter, Sophienstraße 11, hochparterre.

**Brennaborrad.** Somanaräder, Teilzahlungen eventuell ohne An- zahlung, Dantscherstraße 95. 2640R\*

**Untes Decembad** billig, Straf- lunderstraße 30, Hühnerstraße. 1797R

**Musik.**

**Pianos, 80,00 an Teilzahlung,** mehrweise 600, Scherer, Chausse- straße 105. 2576R\*

**Verschiedenes.**

**Patentanwalt Müller, Göttinger-** straße 81. 2439R\*

**Kunststofferei von Frau Kollisch,** Schmalenstraße 8 III.

**Patentanwalt Bessel, Göttinger-** straße 94a.

**Kunststofferei Lehler, Große** Frankfurterstraße 67. 2399R\*

**Technikum, Berlin, Reanderstraße 6** (Schinkel-Akademie), Inhaber Artur Werner, Maschinenbau, Elektrotechnik, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkunde, Lehrmittelkunde, Vermessung, Monteur- kunde, Innungsmesse, Volkshilfe, Architektur, Logistik, Abendkurse.

**Die Beleidigung** gegen Fräulein Raabe, Marktstraße 16, nehme hiermit zurück. Frau Löhn, Münch- bergestraße 30. 1128R

**Die Beleidigung** gegen Herrn R. Pannisch nehme ich hiermit zurück. R. Kubrig, Granachstraße 24.

**Die Beleidigung** gegen Frau Steinke, Frankstraße 60, nehme hiermit zurück. Frau Löhn, Münch- bergestraße 30. 1128R

**Ehrenerklärung.** Die Beleidigung gegen die Wendlandischen Eheleute und Fräulein Brandt, Kamler- straße 23, nehme ich zurück. Margarete Ehme, Sontenänderstraße 50.

**Gewerkschaften, Vereinen** emp- fiehlt zu Jubiläen und Sitzungen ungemietetes Zimmer, Brunnenstr. 181, 2. Hof, Rannke. 1757R

**Großwäscherei Drehsle, Köpenick,** Varisschloß 18, liefert schneeweiße im Freien getrocknete Wäsche, 4 Hand- tücher 0,10. Abholung Donnerstags.

**Waschanstalt Palm, Köpenick,** Dorotheenstraße 18, liefert bei sch- nendster Behandlung im Freien ge- trocknete Wäsche. Kafen, Weißbische, 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstags. 2641R

**Handwäscherei.** Wäsche wird sch- nend gewaschen, freies getrocknet, Weißbische, vier Handtücher, vier Taschentücher, Kafen 0,10. Kein Ver- saufen. Abholung Donnerstags. Frau Kollisch, Köpenick, Flemingstraße 9. 2642R

**Rehrborn, Bahn bis 80 Pfennig.** Goldschmied, Handlöhner, Altertümer, Hochglanz, Kohn, Neue Köhler- straße 76. 213/19\*

**Zimmer.**

**Möbliertes Zimmer** für Herrn vermietet. Pöhlstraße 19, Lang- hammer. 119R

**Möbliertes Zimmer, 1 oder** 2 Herren. Jofau, Alte Kottbus- straße 166, III. 1802R

**Schlafstellen.**

**Schlafstelle, 1-2 Herren.** Möb- lirt, Kommandantenstraße 72, IV.

**Freundliche Schlafstelle** zu ver- mieten bei Schaefer, Rixdorf, Kaiser Friedrichstraße 234. 129R

**Schlafstelle** Dresdenstraße 30, Bierente. 74/15

**Mietsgesuche.**

**Zuche** Berlin, Kottbuscher Damm, Hallesche, Stube oder Küche bei ruhigen, gemüthlichen Leuten, er- wünscht parterre, alte anständige Frau. Haas, Grünauerstraße 11, Hof III. 453

**Arbeitsmarkt.**

**Stellenangebote.**

**Gaudeiniger 1. Juni** verlangt Schönleinstr. 6. 1115

**Gärtnermonteure** auf Kronen für dauernde Stellung verlangt. P. O. 174, Postamt 13. 1807R

**Portierstelle** mit Hausreinigung an kinderlose Leute zum 1. Juni zu vergeben. E. Holz, Wilhelm-Str. 35. 1133R

**Kontenempfänger** oder -Empfän- gerin für leichte Hausarbeit sofort gesucht. Regenburgerstraße 32, par- terre. 1505R

**Tüchtiger Steinmetz** sucht Friedebach u. Heid, Steinbrüder, Reanderstraße 4. 1806R

**Fräulein** für eine neu errichtete Näh- maschinenfabrik nach Berlin sofort gesucht. Meldungen bei Stadane, Kommandantenstraße 16. 1804R

**Bergmännin** und Bergmännin auf Goldsteinen, nur beste Kräfte, be- zogen Keimann, Drenig u. Co., Zeughausstraße 21. 118R

**Reinigungsfrauen** für die Tour Holmannstraße sofort verlangt. Schützenstraße 24/25. 74/15

**Gegen** Wochenlohn und Provision werden für 4-5 Stunden am Vormittag noch einige redegewandte Frauen gesucht. Meldungen Tief- straße 6, parterre rechts. 1795R

**Wamiels** auf Staubmäntel sofort. Stöbel, Schlemmerstraße 21. 1120R

**Reinigungsfrauen** für Niederländ- schen und Pankow verlangt. Bors- holmerstraße 1, Ede Schönauer- Allee. 74/10\*

**Rehrborn** aus achtbaren Fam- ilien im Alter von 14-16 Jahren bei monatlicher Vergütung sofort ge- sucht. Meldungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes in unserer Personal-Verwaltung, dritte Etage, Kaufhaus des Westens, G. u. H. D., Tauentzienstraße 21/24.

**Im Arbeitsmarkt** durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

**Tüchtiger** 74/12

**Perlmutter-Drechsler**

geht auf Chem.-Anlage sofort ge- sucht. Derselbe kann das gut gehende Geschäft unter sehr günstigen Bedin- gungen später übernehmen.

**A. Noblinsky, Gomburg,** Gimbütteler Chaussee 100.

**Achtung! Holzarbeiter.**

Wegen Streit über Lohn- differenzen sind gesert:

**Sanitätsdirektor Gebr. Faul,** Monumentenstr. 22.

**Salonfabrik Hehr, Freese,** Berlin-Niederschönhausen.

**Tischlerei Schneider,** Man- teuffelstraße 59 und Lantzer- Straße 40 v. v.

**Pianofabrik Späthe,** Pots- damer Str. 29.

**Sämtliche Betriebe** in Ham- burg, Altona, Harz, Winter- walde, Schönwalde u. Cranten- burg.

Das Berliner Arbeitswilligen- vermittlungsbureau d. geb. Handwerker-Verbandes.

**Die** Arbeiterverwaltung Berlin des Deutsch. Holzarbeiterverbandes.

**Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW.**